



# Landtag von Baden-Württemberg

5. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. Juni 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 14:49 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten .....	53	Anlage 1 Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzung im Europaausschuss .....	105
Umbesetzung im Europaausschuss .....	53	Anlage 2 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti- on der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertreten- den Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG ...	106
<b>1. Aussprache über die Regierungserklärung .....</b>	<b>53</b>	Anlage 3 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti- on der SPD – Wahl der Mitglieder und stellvertreten- den Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG ...	107
Abg. Stefan Mappus CDU .....	53, 98	Anlage 4 Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Frakti- on der SPD – Wahl von Abgeordneten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlaus- schusses .....	108
Abg. Ute Vogt SPD .....	56, 92	Anlage 5 Gemeinsamer Wahlvorschlag der Rechtsanwaltskam- mern – Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied und zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses .....	109
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE .....	66, 95		
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP .....	74		
Ministerpräsident Günther Oettinger .....	85		
<b>2. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mit- glieder des Gremiums nach Artikel 10 GG .....</b>	<b>103</b>		
Abg. Theresia Bauer GRÜNE (zur Abstimmung) ..	103		
Beschluss .....	103		
<b>3. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mit- glieder der Kommission nach Artikel 10 GG ...</b>	<b>104</b>		
Beschluss .....	104		
<b>4. Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses .....</b>	<b>104</b>		
Beschluss .....	104		
Nächste Sitzung .....	104		

## Protokoll

über die 5. Sitzung vom 28. Juni 2006

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsident Peter Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Entschuldigt aus dienstlichen Gründen ist heute Herr Minister Stächele. Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professor Dr. Hübner.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der SPD für eine Umbesetzung im Europaausschuss (*Anlage 1*). Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

(Abg. Ute Vogt SPD: Jawohl!)

Auch das ist beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 27. Juni 2006 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/4

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 27. Juni 2006 – Entwurf einer Verordnung des Wissenschaftsministeriums zur Neuordnung der sozialen Betreuung der Studierenden der Hochschule Esslingen (Technik) und der Hochschule Esslingen (Sozialwesen) – Drucksache 14/54

Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### Aussprache über die Regierungserklärung

Das Präsidium hat für die Aussprache gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von 45 Minuten je Fraktion festgelegt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Jawohl!)

Das Wort erteile ich zunächst dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Mappus.

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 26. März dieses Jahres hat Baden-Württemberg den neuen Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer Entscheidung eine grundsätzliche Aussage gemacht: Das politische Erfolgsmodell für dieses Bundesland soll fortgesetzt werden.

Unser Ministerpräsident Günther Oettinger persönlich und die von ihm geführte Regierung sind mit diesem Ergebnis mehr als eindeutig bestätigt worden. Mit 44,2 % der Stimmen und einem Vorsprung von rund 20 Prozentpunkten vor der SPD hat die CDU ihre Stellung als **d i e** Volkspartei in Baden-Württemberg deutlich gemacht. Bis auf einen einzigen Wahlkreis konnte sie alle Direktmandate im Land gewinnen. Dies bedeutet, dass unseren Kandidaten landesweit das größte Vertrauen ausgesprochen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir zur Regierungserklärung kommen, möchte ich noch einen Punkt bezüglich dieses Wahlergebnisses ansprechen, über den ich – und ich vermute, wir alle sind dies – überaus froh und dankbar bin, nämlich die Tatsache, dass auch in der 14. Legislaturperiode im Landtag von Baden-Württemberg keine radikale Partei vertreten ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dies zeugt davon, dass die Wählerinnen und Wähler erkannt haben, dass unser Staat besser ohne radikale Kräfte von rechts und links zu gestalten ist.

Meine Damen und Herren, wir debattieren heute über die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten. Er ist in der letzten Woche in diesem Hause gewählt und vereidigt worden. Seine Wahl hat gezeigt, dass nicht nur die Mannschaft von CDU und FDP/DVP geschlossen steht, sondern dass darüber hinaus auch aus dem Bereich der Opposition – ich habe dies ganz bewusst auch im letzten Jahr bei seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten gesagt – für ihn Unterstützung in Form von Stimmen kam. Ich habe Respekt vor der Entscheidung der Kollegin oder des Kollegen, die oder der mit uns gestimmt hat, weil diejenige oder derjenige eingesehen hat, dass dieses Land um ein Vielfaches besser regiert wird, als es unter einer anderen Führung jemals möglich wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Guido Wolf CDU: Stimmt! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Dieser Vorgang zeigt, dass sich die Konstellation der Opposition auch in dieser Wahlperiode nicht geändert hat. Ich

(Stefan Mappus)

möchte im Gegenzug – bei allen unterschiedlichen Ansichten in der Sache – das Angebot machen, bei vielen Themen, die in Kürze anstehen, konstruktiv zusammenzuarbeiten, gemeinsam wichtige Themen anzugehen und im Dialog bedeutende Maßnahmen, zum Beispiel eine Parlamentsreform, gemeinsam zu beraten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat seine Regierungserklärung unter den Titel „Solide, innovativ, leistungsbereit – Gemeinsam für ein generationengerechtes Baden-Württemberg“ gestellt. Diese Regierungserklärung ist extrem ehrgeizig, und sie ist mutig, weil sie Ziele definiert und vorgibt, die außer uns – mit einer Ausnahme – noch kein anderes Bundesland erreicht hat. Ich möchte für die CDU-Fraktion deshalb erklären, dass wir diesen Titel für unsere Arbeit in der neuen Legislaturperiode annehmen und dass wir nicht nur grundsätzliche Arbeit verrichten, auf die sich die Regierung verlassen kann, sondern dass wir die Regierung auch bei dem Bemühen unterstützen wollen, diese wichtigen Ziele für dieses Land in den nächsten fünf Jahren so hinzubekommen, dass wir weiterhin gemeinsam mit Bayern an der Spitze aller Bundesländer stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das wesentliche Ziel für die 14. Legislaturperiode ist hierbei – dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Regierungserklärung – die Nullneuerschuldung ab dem Jahr 2011. Bayern erreicht sie in diesem Jahr. Alle anderen Länder sind meilenweit davon entfernt. Aber wir sind in diesem Punkt auch auf Hilfe von außen angewiesen, was einige Zahlen verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mehr als 50 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich erwirtschaftet. Der Schuldenstand dieses Landes steht Ende dieses Jahres bei rund 42 Milliarden €. Daran können Sie ersehen, wie die Probleme gestaltet sind. Der Umsatzsteuerausgleich liegt etwa in der gleichen Höhe. Wenn Sie den Risikostrukturausgleich im Gesundheitswesen als ein weiteres Beispiel hinzunehmen, dann heißt dies, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land aus falsch verstandener Solidarität mehr als 6 Milliarden € in Ausgleichssysteme bezahlen, während wir gleichzeitig Probleme haben, unseren Haushalt auszugleichen.

Deshalb appelliere ich auch an die große Koalition in Berlin; denn bei diesen Mehrheiten muss es möglich sein, andere Finanzausgleichssysteme zu bekommen. Es kann nicht sein, dass aus einer falsch verstandenen Solidarität heraus aus einem Wohlhabenden plötzlich ein Armer wird, meine Damen und Herren. Dies kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen, das die Perversität dieses Systems kennzeichnet. Im Jahr 2005 hatten wir im Land Baden-Württemberg Steuermehreinnahmen in Höhe von 350 Millionen €. Nach dem Länderfinanzausgleich hatten wir Mindereinnahmen von 100 Millionen €. Meine Damen und Herren, zur Not könnte ich ja noch ver-

stehen, wenn von den Mehreinnahmen nichts mehr übrig bliebe. Es darf aber nicht sein, dass aus Mehreinnahmen Mindereinnahmen werden. Dieses System darf so keinen Bestand haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir schaffen eine Änderung – ich sehe in diesem Bereich vor allem in die Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der SPD – aber nur dann, wenn wir auch in Berlin mit der entsprechenden Argumentation auftreten und die dortige große Koalition dahin bekommen, dass das Finanzausgleichssystem geändert wird. Ich weiß, dass es immer schwierig ist, ein Ausgleichssystem zu ändern, bei dem sich mehr Beteiligte Geld herausnehmen als andere einzahlen. Aber wir werden Probleme haben, alleine, aus eigener Kraft bestimmte Ziele zu erreichen, wenn in diesem Bereich nicht das eine oder andere geändert wird.

Ein weiteres Beispiel kennzeichnet die Problematik: Meine Damen und Herren, es muss sich auch lohnen, in diesem Land zu sparen. Das Bemerkenswerte ist ja, dass es Bundesländer gibt, die eigentlich Insolvenz anmelden müssten, die aber gleichzeitig Dinge tun, die sie sich eigentlich gar nicht leisten können. Ich denke daran, dass es Bundesländer gibt, die Kindergartengebühren abgeschafft haben, obwohl sie eigentlich schon pleite sind,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja!)

während wir, die, finanzpolitisch gesehen, vergleichsweise hervorragend dastehen, uns dies nicht ohne weiteres leisten können und/oder wollen. Wenn dies Schule macht, dann werden wir nie positive Ausgleichseffekte bekommen. Deshalb brauchen wir auch in diesem Bereich Leistungsanreize dafür, dass sich Sparen in Zukunft lohnt. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben gemeinsam Maßnahmen in die Wege geleitet, die es uns ermöglichen sollen und nach meiner Überzeugung auch werden, dass wir im Jahr 2011 die Nullneuerschuldung erreichen. In der Koalitionsvereinbarung ist zum Beispiel gekennzeichnet – ich zitiere –:

*Mehreinnahmen ..., die durch Maßnahmen auf Bundesebene herbeigeführt werden, sind zwingend zur Reduzierung der Neuverschuldung einzusetzen.*

Das ist nur einer der Punkte; viele andere werden folgen. Ich fordere in diesem hohen Hause – auch in Richtung der Opposition – mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt, mit dem dieser Weg eingeleitet werden muss und in dem die ersten deutlichen Signale und damit auch Einschnitte gekennzeichnet werden müssen, ausdrücklich dazu auf, dies zu unterstützen und nicht nur zu sagen, was man nicht will, sondern auch konstruktiv zu äußern, wohin die Reise gehen könnte, damit wir – weil ich es für eine höchst moralische Aufgabe halte, für die Zukunft ausgeglichene Haushalte vorzulegen – dieses Ziel gemeinsam angehen und – möglichst fraktionsübergreifend – entsprechende Schritte gehen können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Stefan Mappus)

Dazu gehört zum Beispiel, im Bereich der Pensionsregelaltersgrenze Veränderungen vorzunehmen. Das haben wir im Koalitionsvertrag gekennzeichnet. Hierzu gehört auch, bezüglich des Hauptproblems in der Zukunft – Stichwort Pensionen – endlich entsprechende Schritte einzuleiten – Stichwort Pensionsfonds. Hierzu gehört des Weiteren, dass es teilweise auch eine Eigenfinanzierung der Altersvorsorge geben wird, auch bei den Landesbediensteten. Wir müssen die notwendigen Schritte schnell gemeinsam vornehmen, damit wir, meine Damen und Herren, im Jahr 2011 die sich daraus ergebenden Möglichkeiten erreichen.

Ich will einen weiteren Punkt nennen. Ich weiß, dass es auch Parlamentarier gibt, die suggerieren, dass wir mit Blick auf die Nullneuerschuldung das Geld quasi speziell bei den Kommunen holen wollen.

Meine Damen und Herren, fair ist, dass wir im Zuge eines kommunalen Finanzausgleichs – der in Baden-Württemberg im Übrigen so gut ist wie in keinem anderen Bundesland, um dies auch einmal zu sagen – bei den Einsparungen unserer Kommunen zwar nicht überdurchschnittlich belasten, aber logischerweise auch nicht an ihnen vorbeigehen können. Ich glaube, zu einem fairen Lastenausgleich gehört, die Lasten gemeinsam, auch mit den Kommunen in diesem Land, zu tragen.

Dazu möchte ich noch zwei Zahlen nennen, die kennzeichnend sind. Wenn Sie die besten beiden Bundesländer miteinander vergleichen – Bayern und Baden-Württemberg –, dann stellen Sie fest, dass der Freistaat Bayern etwa 40 % weniger Schulden hat als das Land Baden-Württemberg. Aber richtig ist auch, dass die Verschuldung der Kommunen in Bayern doppelt so hoch ist wie die der Kommunen in Baden-Württemberg. Daraus können Sie ersehen, dass wir einen guten kommunalen Finanzausgleich haben. Dies muss und wird so bleiben, aber eine faire Lastenteilung muss mit Blick auf die nächsten fünf Jahre möglich sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll  
FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in der ersten Runde einen Punkt ansprechen, der nicht zwingendermaßen die zweithöchste Priorität der Landespolitik hat. Aber ich möchte ihn trotzdem an dieser Stelle, und zwar ganz bewusst an dieser Stelle, ansprechen, weil er zum einen aus meiner Sicht der Dinge überfällig ist, zum anderen aber auch deshalb, weil ich in den letzten Tagen und Wochen vieles – mit Verlaub: auch viel Unsinn – darüber lesen konnte.

Ich möchte bewusst den Punkt einer Parlamentsreform ansprechen, den auch der Ministerpräsident mit Blick auf die Wahlkreise dankenswerterweise in seiner Regierungserklärung angesprochen hat.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das hat doch mit der  
Regierungserklärung nichts zu tun!)

Wir brauchen eine Parlamentsreform, aber wir brauchen sie in einer Art und Weise, die nicht nur medialen Darstellungsmöglichkeiten genügt, sondern die auch dazu führt, dass dieses Parlament zeitgemäßer und effizienter wird. Dazu gehört aber auch, dass man von externer Seite – auch

von dem einen oder anderen Journalisten, der in diesen Tagen über dieses Thema schreibt – diesem Parlament mit einer gewissen Objektivität, um nicht zu sagen mit einem gewissen Maß an Respekt begegnet.

Wir brauchen nach meiner Überzeugung eine Parlamentsreform, die in die Richtung geht, die wir seit längerem vorgezeichnet haben: eine Absenkung von Pensionen vielleicht bis hin zu einer Abschaffung der Pensionen, eine deutliche Anhebung der Diäten, die es auch ganz bestimmten Berufsgruppen schmackhaft macht, in ein Parlament zu gehen. Wenn Sie den Querschnitt unserer personellen Zusammensetzung sehen, dann stellen Sie hier sicherlich Optimierungsbedarf fest, um es sehr zurückhaltend auszudrücken.

Wir brauchen eine Parlamentsreform, die die Landtagsarbeit spannender macht und das Parlament nach außen entsprechend darstellbar macht, aber auch eine Parlamentsreform, die nicht nur daraus besteht, dass man sagt: Wenn man entsprechend reagiert, dann ist es etwas Positives, und wenn man in die andere Richtung geht und mit dem entsprechenden Maß an Selbstbewusstsein, aber in sachlicher Wahrung der Interessen hinsteht, dann ist es nicht in Ordnung.

Das, was ich in den letzten Tagen und Wochen mit Blick darauf lesen konnte, nützt weder dem Parlament noch den Parlamentariern, nützt nicht dem Land und nützt – mit Verlaub – auch denen nicht, die vielleicht das eine oder andere an medialen Vorteilen in diesem Bereich herausholen wollen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer  
GRÜNE – Gegenruf von der CDU: Boris, zuhören!)

Ich sehe uns im Wort, noch in diesem Jahr bezüglich dessen, was ich gesagt habe, die Eckpunkte für diese Parlamentsreform zu beschließen. Aber ich bitte auch darum, dies über alle Fraktionen hinweg zu machen, wie es in den vergangenen Jahren gute Sitte in diesem Hause war. Das, was wir morgen machen, dass man etwas ablehnt, wohl wissend, dass es dann kommen wird und man von den Vorteilen genauso partizipiert, ist mit Sicherheit kein geeigneter Anfang in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb: Lassen Sie uns in noch diesem Jahr diese Schritte gemeinsam gehen, und lassen Sie uns dies auch in der Öffentlichkeit den Menschen in aller Ruhe, aber auch in aller Sachlichkeit darstellen und ihnen erklären! Dann wird, da bin ich mir sicher, diese Parlamentsreform verstanden

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wir müssen doch den  
Käs' draußen erklären!)

und wird die Arbeit des Landtags auch in der Außendarstellung wieder attraktiver. Darum bitte ich an dieser Stelle, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir dies in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam umsetzen könnten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Nils Schmid SPD:  
Sagenhaft! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zur  
Regierungserklärung dürfen Sie gar nichts sagen!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich der Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Frau Abg. Vogt.

**Abg. Ute Vogt SPD:** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Mappus, die Tatsache, dass es Ihnen gelungen ist, in Ihrer Bewertung der Regierungserklärung nahezu ausschließlich über die Fraktionsarbeit zu sprechen, ist auch ein Zeichen dafür, wie die Fraktion offenbar die Regierung und die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bewertet. Verstehen kann ich es, dass Sie sich dazu nicht äußern wollten.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, zunächst gratuliere ich Ihnen noch einmal zu Ihrer Wahl, die zahlenmäßig so überzeugend gewesen ist. Denn Sie haben sogar eine Stimme mehr bekommen, als die beiden Fraktionen des Regierungslagers Stimmen haben.

Nach diesem starken und durchaus freundlichen Rückenwind, der Sie beflügeln sollte, durften wir und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten, dass Sie Ihre Amtszeit mutig, mit einer kraftvollen und gehaltvollen Regierungserklärung sowie frei von kleinlichen Rücksichten beginnen würden. Diese Erwartung haben Sie enttäuscht.

Sie haben Ihre Chance nicht genutzt und die Erwartungen nicht erfüllt, die Sie mit Ihren Ankündigungen im Wahlkampf geweckt hatten. Kinderland, Ganztagschuloffensive, Integration und Sorge um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, Stärkung des Mittelstands oder Einsatz für die Arbeit im Land – keine einzige konkrete Maßnahme zu den schönen Wahlkampfverheißungen war tatsächlich zu finden.

Sie haben auch nicht Ihre Chance genutzt, mutig gegenüber den Mitgliedern der eigenen CDU-Fraktion Stärke zu beweisen.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle  
CDU: Dümmer geht's nimmer!)

Es wäre Ihre Pflicht als Ministerpräsident gewesen, Ihre eigenen Schwerpunkte deutlich zu machen

(Beifall bei der SPD)

und auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu sagen, was diese in den nächsten fünf Jahren konkret von Ihnen zu erwarten haben. Wann, wenn nicht in einer solchen Situation, bietet sich die Chance zu wirklichem Fortschritt und zu Mut zur längst überfälligen Modernisierung auch bei Themen, bei denen Ihre eigenen Leute wirklich langsam hinterherhinken?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gewiss viele Themen und Probleme angesprochen. Aber wenig haben wir darüber gehört, wie Sie den Herausforderungen wirklich gerecht werden wollen. In bewegten Worten – zu Recht in bewegten Worten – schilderten Sie die Finanzsituation und die Verschuldungskrise des Landes. Aber was tun Sie? Eine „Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt“ wollen Sie einsetzen.

Innovation ist ein wichtiges Thema und elementar für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Also berufen Sie einen Innovationskongress ein, und das schon im nächsten Frühjahr! Schon in den kommenden Wochen gar wollen Sie einen Innovationsbeauftragten einsetzen, der die Landesregierung beraten soll!

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Und gleichfalls für das große Jahr 2007 bereiten Sie einen Zukunftskongress zur Rolle von Mittelstand und Handwerk vor.

(Unruhe bei der CDU)

Donnerwetter, Herr Ministerpräsident! Das sind Paukenschläge, die uns den Weg weisen,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

offenbar damit das Land versteht, was die Regierung nicht versteht: was es nämlich heißt, innovativ zu sein.

Und Sie, meine Damen und Herren von der FDP/DVP: Da sehen Sie alt aus!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was?)

War es denn nicht die vornehmste Aufgabe des Wirtschaftsministers, Innovation, Wirtschaft und Handwerk voranzubringen? Muss es Ihnen denn nicht in den Ohren klingen, wenn der Ministerpräsident offenbar nun den Wirtschaftsminister von Kongress zu Kongress hinter sich herschleift und ein Feuerwerk von Events, Beauftragten und Foren abbrennen wird?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen  
– Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Es sind freilich nur Flitter, die da brennen, und leider werden auch diese Flitter schnell verbrannt sein.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Ist das das neue Büro?)

„Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis“ – das hat uns schon der Volksmund mitgegeben. Vielleicht ist das, meine Damen und Herren, manchmal besser als gar nichts. Aber ich frage Sie: Seit wann braucht man eine Regierungserklärung, um Kongresse und Events anzukündigen?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Ministerpräsident, als ich Ihnen am letzten Mittwoch zuhörte, fragte ich mich verwundert: Warum zaudert der Mann so? Warum versteckt er sich bei jeder Frage hinter einem Rauchvorhang von Kommissionen, von Beauftragten, von Foren und Gutachten? Der Gipfel der gezeigten Entscheidungsfreude war dann erreicht, als Sie gesagt haben: „Wir werden ergebnisoffene Prüfungen anstreben.“ So sehen bei Ihnen Entscheidungen aus.

Ich frage mich: Warum steht er zögernd am Beckenrand und fragt sich: „Soll ich, oder soll ich nicht?“ Wovor, Herr

(Ute Vogt)

Ministerpräsident, fürchten Sie sich? Etwa vor der Opposition? Bei Ihren Mehrheitsverhältnissen?

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Eben; sehen Sie.

(Zuruf von der CDU: Nein! Das wäre ja wohl das Letzte! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor welcher Opposition? – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wir fürchten uns höchstens vor Ihnen!)

Aber wenn es das nicht ist, meine Damen und Herren: Fürchten Sie sich vor dem Parlament, dem Sie offenkundig so wenig zutrauen, dass Sie es durch lauter Sondergremien ergänzen und zum Teil gar ersetzen wollen? Oder fürchten Sie sich womöglich vor der eigenen Fraktion, der ja überhaupt nichts mehr dazu einfällt, die förmlich sprachlos geworden ist, als sie Ihre Regierungserklärung gehört hat?

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Michael Theurer FDP/DVP zur SPD: Freuen Sie sich nicht zu früh!)

Oder fürchten Sie sich schlicht vor den Problemen und Herausforderungen selbst, die ein solches Amt mit sich bringt? Am liebsten hätte ich Ihnen am letzten Mittwoch schon zugerufen: Trauen Sie sich, Herr Ministerpräsident!

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Warum haben Sie sich nicht getraut?)

Und dabei fiel mir der lebenslange Wahlspruch eines Württembergers, einer großen Gestalt unserer Landesgeschichte, des Grafen Eberhard im Bart, ein, der da sagte: „Attemp-to!“ – „Ich wage es!“ Wir hätten uns gefreut, Herr Ministerpräsident – ja, auch wir in der Opposition hätten uns wirklich gefreut –, von diesem Geist des Grafen Eberhard im Bart zumindest Spurenelemente in Ihrer Politik und in Ihrer Regierungserklärung zu entdecken.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stattdessen gehen Sie keines der Probleme mit mutigen Schritten an. Die schwere Aufgabe, die Staatsverschuldung zu stoppen, leiten Sie mit den Worten ein:

*Mit der Rasenmähermethode allein kann man dieses Ziel nicht erreichen.*

(Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

*Wir müssen auch bereit sein, uns von einzelnen Programmen und Aufgaben ganz zu trennen.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sachlich richtig!)

Gut gebrüllt – die Spannung steigt, die Messer sind gewetzt, die Lage für die Interessenvertreter in Ihrer Fraktion und auch innerhalb der FDP/DVP wird vielleicht ernst. Von welchen Programmen, von welchen Aufgaben wird sich das Land denn nun trennen? Keine Antwort darauf in der Regierungserklärung. Zuerst sagen Sie, mit dem Rasenmäher wollten Sie sich nicht abgeben; der sei Ihnen zu simpel.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth und Michael Theurer FDP/DVP)

Aber was dann? Sie wollen alle finanzwirksamen Programme auf dem Stand von 2005/2006 deckeln und alle freiwilligen Leistungen des Landes um 5 % kürzen. Voilà! Zehn Sätze später sind Sie vom Höhenflug schon wieder beim alten, klapprigen Rasenmäher gelandet, den Sie zuvor noch so verschmäht hatten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Und dann kündigen Sie pflichtbewusst an, die so genannten Subventionen auf den Prüfstand zu stellen. Ja, auf den Prüfstand! Auf dem Prüfstand, Herr Ministerpräsident, stehen sie schon seit vielen Jahren, und da stehen sie nach Auffassung Ihrer Klientel in Baden-Württemberg, die auch regelmäßig durch Ihre Landesregierung gefüttert wird, bekanntlich schon seit vielen Jahren gut. Sie können aufatmen, meine Damen und Herren Interessenvertreter, auch diesmal wird Ihnen nichts passieren!

(Beifall bei der SPD – Zurufe und Unruhe)

Ich komme gerne zu dem konkreten Punkt, denn die Probe aufs Exempel hat der Ministerpräsident in seiner Rede gleich selbst geliefert.

(Zuruf von der CDU: Den Bauern, meinen Sie?)

Es ging tatsächlich um die Agrarsubventionen. Er sagte: „Alle freiwilligen Aufgaben werden reduziert.“ Die freiwilligen Aufgaben in diesem Feld sollen für die Zukunft fortgesetzt werden, und das bisherige Finanzvolumen wollen Sie trotz rückläufiger Mittel der EU beibehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, Glaubwürdigkeit im Sparen sieht anders aus. Glaubwürdigkeit zeigt sich nicht zuletzt darin, dass man bereit ist, auch bei sich selbst anzufangen. Für uns im Parlament heißt das, dass das die längst überfällige Kürzung der eigenen Altersvorsorge zur Folge hat und dass wir auch eine Verpflichtung haben, Eigenvorsorge anzugehen. Ich bin froh, Herr Kollege Mappus, dass Sie hier nochmals erklärt haben, dass Sie eine solche Reform sehr schnell angehen wollen. Aber dann fordere ich Sie auf: Nehmen Sie auch das Gesetz zurück, mit dem Sie morgen im Vorgriff die Diäten erhöhen wollen! Das wäre glaubwürdig auch in Bezug auf die geplante Diätenreform.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

In Bezug auf die Landesregierung wäre es ganz einfach gewesen, ein deutliches Signal zu setzen, Herr Ministerpräsident. Hätten Sie zwei Ministerien gestrichen, hätten Sie Kultus- und Wissenschaftsministerium zu einem Ministerium zusammengelegt und die Aufgaben des Landwirtschaftsministeriums einerseits auf das Wirtschafts-, andererseits auf das Umweltressort verteilt, dann hätte man in der Bevölkerung merken können: Es ist Ihnen Ernst, und Sie nehmen auch sich selbst nicht aus bei den Bemühungen zum Sparen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

(Ute Vogt)

Ich kann Ihnen empfehlen: Wenn Sie Sparmöglichkeiten suchen, dann vertrauen Sie zum Beispiel den Schulen, den Rektoren, den Lehrerinnen und Lehrern und den Fachkräften.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und der GEW!)

Reduzieren Sie die Stellen der überflüssigen Kultuskontrollbürokratie, die wir in den Landratsämtern und in den Regierungspräsidien haben. Zeigen Sie Mut zu einer echten Verwaltungsreform, und trennen Sie sich von den Regierungspräsidien,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Macht er doch jetzt!)

auch wenn es im Einzelfall wehtut, weil Parteifreunde betroffen sind. Aber wann, wenn nicht jetzt, haben Sie die Kraft dazu? „Attempo“ sollte Ihr Wahlspruch sein, um auch an diesem Punkt endlich einmal Ernst zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben zusammen mit Ihrem Vorgänger die Neuverschuldung des Landes vor fünf Jahren schon einmal auf null bringen wollen. Stattdessen wurde sie im Jahr 2006 von einem Rekord zum nächsten hochgetrieben. Jetzt also die Ankündigung: 2011. Auch das wird sich als Illusion erweisen. Ihr Finanzminister selbst sagt es hinter vorgehaltener Hand ja jedem, der es hören will.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Was?)

Warum ich und wir uns da leider sehr sicher sind? Weil Sie in Ihrer Regierungserklärung keinen einzigen konkreten Ansatz genannt haben, wie und mit welchen einzelnen Maßnahmen Sie dieses Problem beherrschen wollen. Ich bin überzeugt: Hätten Sie eine Idee, eine überzeugende Vorstellung, dann hätten Sie uns diese auch verraten. Wann, wenn nicht in der Regierungserklärung, hätten Sie dies tun müssen?

Herr Oettinger, Ihre Kernaussage in der Regierungserklärung war: „Das wichtigste Ziel in der neuen Legislaturperiode ist die Sanierung des Landtags.“

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Die Sanierung des Landesetats, Entschuldigung.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Auf der linken Seite des Saals stimmt es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist schon einiges marode! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war ein Blattschuss!)

Insofern habe ich jetzt die Eröffnungsrede des Präsidenten mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vermischt. Aber ich zitiere den Ministerpräsidenten korrekt: „Das wichtigste Ziel in der neuen Legislaturperiode ist die Sanierung des Landesetats.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das machen wir!)

Da unterscheidet er sich in der Tat vom Parlamentspräsidenten.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Herr Ministerpräsident, wir stimmen mit Ihnen überein: Sparen ist tatsächlich notwendig angesichts der Lage unseres Haushalts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Doch so notwendig Sparen ist: Sparen ist immer nur ein Mittel, um landespolitische und inhaltliche Ziele erreichen zu können. Sparen ist nicht ein Selbstzweck und kann nicht selbst das Ziel sein, sondern es ist ein Mittel, das zu einem Ziel führen muss.

Deshalb fragen wir Sie: Welche Antworten geben Sie mit Ihrer Regierungserklärung zum Beispiel einem jungen Hauptschulabgänger, der keine Lehrstelle findet? Glauben Sie wirklich, dass die Ankündigung einer Meldepflicht für Ausbildungsstellen da weiterhilft? Nein, Sie glauben es selbst nicht wirklich. Aber Sie sagen wieder einmal großzügig zu: Auch hier werden wir prüfen.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Und welche Antwort geben Sie einem 52-jährigen Angestellten aus der Versicherungsbranche, der jetzt nach den letzten Ankündigungen Angst um seinen Arbeitsplatz hat?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Welche Antwort geben Sie?)

Glauben Sie wirklich, Herr Ministerpräsident, dass das, was Sie hier angekündigt haben, nämlich ein weiterer Abbau des Kündigungsschutzes, helfen kann? Unmenschlich ist es, in solchen Zeiten die Gefährdung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch zu erhöhen, indem man Entlassungen noch weiter erleichtern möchte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie haben nichts kapiert! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Deshalb würden wir wirklich gerne hören: Was sind Ihre Ziele? Was sind für Sie Ziele des staatlichen Handelns und Ziele der Landespolitik? Nur wenn Sie wissen, was ein Staat leisten soll, können Sie auch bestimmen, wie die Ziele effizient erfüllt werden.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sie wollen jetzt mehr Steuern, oder was?)

Nur wenn Sie wissen, was staatliches Handeln bedeutet, macht es auch Sinn, Controlling-Instrumente einzuführen.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das können Sie auf dem Gewerkschaftstag sagen!)

Wenn diese Maßstäbe fehlen, wenn man nicht weiß, was Ziel des Handelns sein soll, dann haben wir das, was wir schon in der Vergangenheit hatten: bürokratische Monster à la NSI, Instrumente, die zu einfalllosen Privatisierungsorgien verkommen sind.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Der Staat, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Kernaufgaben, die er erfüllen muss.

(Ute Vogt)

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Von was sprechen Sie?)

Offenbar fehlt Ihnen die Überzeugung bei der Frage, welche Kernaufgaben im Land erledigt werden sollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben ein klares Leitbild davon, was durch die Erfüllung staatlicher Aufgaben bewirkt werden muss.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Jetzt wird es interessant!)

Baden-Württemberg ist ein wirtschaftlich starkes Land.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, gut! – Zurufe von der CDU: Oi!)

Wir stehen zu unseren Aufgaben. Aber das Land muss auch Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik als seine Aufgabe begreifen und muss dazu stehen, dass soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft gleichermaßen Ziele einer Landesregierung sein müssen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wird doch bei uns am besten erfüllt! Das erreichen wir doch in Baden-Württemberg am besten!)

Aufgabe der Landesregierung gerade in einem starken Land wäre es, sich verpflichtet zu fühlen, dafür zu sorgen, dass keiner am Wegesrand zurückbleiben muss.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Nirgends bleiben so wenige am Wegesrand zurück wie bei uns!)

Es ist Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass jede Begabung im Land zum Tragen kommt, und nicht, dafür zu sorgen, dass Menschen von Bildung abgehalten werden,

(Unruhe bei der CDU – Zurufe von der CDU: Was?)

so wie Sie es zum Beispiel tun, indem Sie Studiengebühren erhöhen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Das ist unsozial, und das führt auch volkswirtschaftlich völlig in die Sackgasse.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Diese Frage hat der Wähler entschieden, oder?)

Es geht darum, dafür zu kämpfen, dass jedes Kind, egal, aus welcher Familie es stammt,

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das können sie in Baden-Württemberg ohne Probleme!)

eine gerechte Chance erhält, auch am Wohlstand unseres Landes teilzuhaben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau das ist unser Ziel und unsere Politik!)

Das bedeutet, dass wir als Landespolitiker konkreten Themen verpflichtet sind. Ich will Ihnen die Themen nennen, die für uns die Schwerpunkte der Landespolitik darstellen: Die Verpflichtung im Land liegt zuvörderst, auch aufgrund der gesetzlichen Grundlagen, in der Sorge für Bildung und Ausbildung,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha!)

in der Schaffung einer guten Infrastruktur und in der Sorge für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Das sind die Kernaufgaben der Landespolitik.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, aber das haben wir doch!)

In den letzten Monaten sind in Baden-Württemberg 360 000 Menschen ohne Arbeit gewesen, darunter fast 40 000 junge Menschen im Alter von bis zu 25 Jahren. Von diesen 40 000 Personen gehört schon jeder Dritte zu den Langzeitarbeitslosen – das also häufig bereits in jungem Alter. Angesichts dieser bedrückenden Zahlen, Herr Ministerpräsident, haben wir Ihre Ausführungen zum Thema „Arbeit und Wirtschaft“ mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Bei der Frage, wo zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen können, und bei der Frage, wie die Landespolitik dazu beitragen kann, dass solche Arbeitsplätze entstehen, ist Ihre Regierungserklärung eine Antwort schuldig geblieben. Gewiss, Sie machen ganz allgemeine Aussagen zur Arbeitsmarkt-, zur Steuer- und auch zur Wirtschaftspolitik. Aber das war doch nicht die Antwort auf die Frage, was Ihre Regierung, was Sie im Land hier tun wollen.

Kein Wort dazu, wo in unserem Land neue und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen können, und kein Wort davon, was Sie dazu beitragen wollen. Kein Wort zum Beispiel, wie Sie die Gesundheitsbranche voranbringen wollen, die heute schon einen großen Anteil der Arbeitsplätze im Land bereitstellt. Kein Wort darüber, wie Sie das Potenzial des Tourismus und der Tourismusindustrie weiter voranbringen möchten.

Im Wahlkampf war immer davon zu hören, hier fehle es an Konkretisierung. Kein Wort dazu, wie groß das Beschäftigungspotenzial bei den Umwelttechnologien und im Bereich der erneuerbaren Energien ist. Bis heute sichert der Umwelt- und Klimaschutz allein in Deutschland 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Im Umfang von 55 Milliarden € wurden im Jahr 2004 Umwelt- und Klimaschutzgüter produziert.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Subventioniert!)

Das sind bereits 5,1 % der gesamten Industriegüterproduktion.

Ihr krampfhaftes Festhalten an der Atomenergie zeigt, dass Sie die wirtschaftliche Dynamik dieses Bereichs offenbar überhaupt nicht erkannt haben

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

und dass Ihnen nicht klar ist, welche Chancen sich dadurch für die Beschäftigung ergeben.

(Ute Vogt)

Ihre Regierungserklärung bleibt selbst da im Unverbindlichen, wo Sie als Landesregierung die Förderung auch ganz praktisch voranbringen könnten, wo Sie Verantwortung in der Wirtschaftspolitik tragen. Nach der Föderalismusreform zum Beispiel wird ein wesentlicher Bereich zusätzlich ins Land kommen. Die Landeswohnraumförderung wird unsere ureigene alleinige Aufgabe werden mit deutlich aufgestockten Bundesmitteln.

Insbesondere in den städtischen Ballungsräumen besteht doch heute das Problem, dass es keinen bezahlbaren Mietwohnungsbau mehr gibt. Es wäre notwendig, dass Sie hier ankurbeln, dass Sie hier etwas in die Hand nehmen. Dadurch würden wir enorme Beschäftigungspotenziale für Handwerk und Bauwirtschaft hervorbringen können. Aber kein Wort dazu in Ihrer Regierungserklärung.

Eine weitere wichtige Branche ist die Automobilindustrie; sie ist eine der Schlüsselindustrien unseres Landes, und sie ist eine Branche, deren Zukunft

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

mit der Zukunft unseres Landes verknüpft ist. Warum setzen Sie sich nicht dafür ein, dass das Land gemeinsam mit Partnern aus Forschung und aus Unternehmen neue emissions- und abgasfreie Antriebstechnologien weiterentwickelt? Das Potenzial ist in Baden-Württemberg vorhanden. Aber es braucht die Unterstützung der Infrastruktur, und es braucht den politischen Willen, die Anstöße und auch Ihren persönlichen Einsatz, Herr Ministerpräsident, um solche Zukunftstechnik auch voranzubringen und populär zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Es war die Rede davon, dass Sie für die Unterstützung des Projekts Stuttgart 21 werben. Wir sind dafür, dass wir Mannheim 21 genau wie Stuttgart 21 als wichtiges Infrastrukturprojekt voranbringen. Wir bieten ausdrücklich unsere Unterstützung – aber für beide Projekte – an.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Aber bitte nicht ein Wechselbad von Zögern und Ankündigen! Bitte nicht wieder hü und hott!

Lieber Herr Ministerpräsident, Zaudern und Zögern darf nicht das Markenzeichen der baden-württembergischen Politik werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Art und Weise, wie in anderen Regionen des Landes Arbeitsplätze entstehen, wird natürlich durch die Infrastruktur beeinflusst. Da braucht es Führung vonseiten einer Landesregierung und keinen Eiertanz, wie wir ihn bei der Auseinandersetzung um die Genehmigung des Flughafens Lahr erlebt haben. Das darf nicht zur Regel werden, weil das keine wirtschaftlich vernünftige Politik ist, wie sie die Regionen insgesamt in Baden-Württemberg brauchen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es sollte Ihnen schon zu denken geben, wenn selbst Ihre eigenen Leute oder Leute, die früher jedenfalls in Ihren eige-

nen Reihen waren, Ihnen deutlich etwas ins Stammbuch schreiben. Ich zitiere den früheren Regionalverbandsdirektor aus Karlsruhe, Herrn Dietrich Schmidt. Dieser schrieb an seinen früheren Parteifreund:

*Ihr Herumlavieren in der Frage einer Fluglizenz für den Standort Lahr über Wochen und Monate war mir unerträglich. Es war bei Ihnen kein Mut zu einer klaren ... Position zu erkennen. Mehr Glaubwürdigkeit – übrigens nicht nur in dieser Frage – wäre wünschenswert gewesen, dann gäbe es auch generell unter den Bürgern weniger Politikverdrossenheit.*

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt aber!)

Herr Ministerpräsident, besser als mit der Formulierung, die ein ehemaliges CDU-Mitglied verwendet hat, könnte die Opposition nicht beschreiben, was im Moment das Problem ist, das Sie als Ministerpräsident durch das Land tragen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Kommen Sie einmal nach Südbaden!)

Kehren wir wieder zu Ihrer Regierungserklärung zurück.

(Lachen des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Dort ging es genauso weiter

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

bei der Frage, wie es am Stuttgarter Flughafen mit der nächsten Start- und Landebahn weitergeht. In Ihrem Redetext haben Sie sich um diese Frage herumgemogelt. Aufgrund eines Zwischenrufs kam dann Ihr kraftvolles Bekenntnis: „Im Moment bin ich noch dagegen. Aber ich weiß ja nicht, was die nächsten Gutachten bringen werden.“

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Zitieren Sie einmal sauber!)

Das ist genau die Fortsetzung der Taktik, herumzulavieren, auf Gutachten zu warten und darauf, dass irgendein anderer eine Eingebung gibt, zu warten, bis man genau weiß, ob die CDU-Fraktion in die eine oder in die andere Richtung pendeln wird.

Herr Ministerpräsident, für jemanden, der an der Spitze eines Landes steht, geht es nicht darum, immer nur nach Gutachten zu schielen und das zu tun, was die jeweiligen Betreiber verlangen. Vielmehr erwarten wir von Ihnen bei der Frage der Flughäfen, dass Sie eine Entscheidung treffen: Zentralisierung oder Dezentralisierung. Das bedeutet, eine politische Richtung vorzugeben. Das ist Ihre Aufgabe, und dabei kann Ihnen kein Gutachten der Welt weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie haben das Ziel erwähnt, dass Sie den Anteil der erneuerbaren Energien im Land auf 11,5 % erhöhen möchten. Dies ist ein Ziel, das Sie in Baden-Württemberg auch nur deshalb erreichen können, weil es Bundesgesetze gibt, die eine Regierung von Rot-Grün auf den Weg gebracht hat,

(Ute Vogt)

eine Regierung, die Sie hier im Saal immer für das geehrt haben,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Oje!)

was man auch für Baden-Württemberg an Fortschritt erreicht hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Es wäre von Ihrer Seite her zumindest ehrlich, wenn Sie das auch bekennen würden.

Fast 90 % der erneuerbaren Energien, die bei uns im Strombereich entsprechend produziert und eingespeist werden, kommen aus der Nutzung der Wasserkraft – eine Technik, die wir ja nicht jetzt erst entwickelt haben,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

sondern die schon bei unseren Vätern und Müttern – ja, fast über Jahrhunderte – in Baden-Württemberg eine lange Tradition hat.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Aber nicht durch Rot-Grün!)

Aber bei allen anderen Technologien, bei denen in anderen Bundesländern ein Zuwachs erreicht werden konnte – Windkraft, Biogas, Kleine Wasserkraft oder Biomassenutzung –, ist der Aufschwung an Baden-Württemberg weitgehend vorbeigegangen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir haben in Baden-Württemberg heute nur etwas mehr als 250 Windkraftanlagen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Gott sei Dank! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jede einzelne ist eine zu viel!)

Damit liegen wir zusammen mit Bayern am Ende der Liste aller Flächenländer. In Nordrhein-Westfalen sind es – übrigens bei ähnlichen klimatischen Bedingungen – über 2 000 Anlagen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und im kleinen Thüringen trägt die Windkraft immerhin mit einem Anteil von 7,4 % 20-mal mehr zur Stromproduktion des Landes bei als bei uns in ganz Baden-Württemberg mit einem Anteil von 0,36 %.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wollen Sie 2 000 Windräder in Baden-Württemberg?)

Nachhaltigkeit, Herr Ministerpräsident, ist ein prima Wort. Was aber fehlt, sind die entsprechenden Taten dazu. Die Blockade der Nutzung von Windkraft und der Kleinen Wasserkraft in Baden-Württemberg muss aufhören, wenn das Ziel auch wirklich aus eigener Kraft erreicht werden soll.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Welche Blockade denn?)

Erneut haben Sie uns vorgeschwärmt, wie es gelingen kann, den mit den Stromkonzernen vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie wiederum infrage zu stellen. Ihre Milchmädchenrechnung, dass Sie zusätzliche Gewinne aus länger laufenden Atommeilern dann für erneuerbare Energien einsetzen wollen,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

wird nicht richtiger, auch wenn man es jede Woche zweimal wiederholt. Wenn ausgerechnet die vier Energieriesen dazu animiert werden sollen, dann in erneuerbare Energien zu investieren, ist das so, als wenn Sie vor dem Mittagessen Ihrem Hähnchen sagen: „Jetzt rupf dich einmal schnell selbst, damit ich dich dann auch verspeisen kann.“

(Zurufe von der CDU)

Es ist ein halbes Jahr her, dass der Präsident des Deutschen Atomforums klipp und klar gesagt hat, Herr Ministerpräsident, im Gegenzug zu einer Laufzeitverlängerung werde es keinerlei Preissenkungen oder andere Auflagenerfüllungen geben. Den Reibach – das steht jetzt schon fest – würden also nur die Aktionäre machen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Oje! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo sind denn die Aktionäre?)

Auf der Strecke bleibt das, was dringend notwendig wäre, um erneuerbare Energien voranzubringen: die Ersatzinvestitionen. Auf der Strecke bleibt die Sicherheit der Menschen im Land, und es bleiben vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke, die am Ende die Preise für die teure Atomenergie zahlen müssen. Der Energiepreis ist ohnehin ein großes Problem in unserem Land.

Es zeigt sich also, dass der Feldzug, den Sie gegen die erneuerbaren Energien und gegen den Atomausstieg anzetteln, unsere Zukunftschancen behindert. Er behindert die Steigerung der Energieeffizienz, und er hindert daran, dass in erneuerbare Energien investiert wird. Das Einzige, was daran nachhaltig ist, Herr Ministerpräsident, ist, dass Sie den nächsten Generationen nachhaltig strahlenden Atom Müll hinterlassen und dass Sie eine Debatte nach Baden-Württemberg ziehen, die am Ende noch dazu führen wird, dass hier nach möglichen Standorten für die Endlagerung gesucht wird, weil Sie nicht bereit sind, zu sagen: Wir machen beim Ausstieg mit. Ich halte es für unverantwortlich,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Ach, ist das verantwortungslos? Sie sind unverantwortlich! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

dieses Thema so ins Land zu ziehen. Wir müssen am Energiekonsens festhalten. Ziehen Sie endlich mit und ermöglichen Sie den Ausbau erneuerbarer Energien. Dort hinein sollten Sie Ihre Kraft stecken.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Unrealistisch und unverantwortlich! Unreif!)

(Ute Vogt)

Ich möchte aus der Regierungserklärung zitieren:

*Mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren, Rechtsanspruch für alle Zweijährigen, schrittweise aufbauend bis 2010.*

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Richtig!)

*Flächendeckende Sprachförderung und gute Schulvorbereitung sind bei uns ebenso wie gut ausgebildete und fortgebildete Erzieherinnen und Erzieher und das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr schon jetzt Markenzeichen unserer Politik.*

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

– Klatschen Sie ruhig.

*Auch die nächsten Schritte werden wir verlässlich für alle Beteiligten gestalten.*

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Auch richtig!)

*2008, 2009, 2010 wird jeweils ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei.*

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gut aufgepasst!)

Ich freue mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Zustimmung aus den Reihen von FDP/DVP und CDU.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wo denn? Wo war denn die Zustimmung?)

Denn es war mitnichten die Regierungserklärung Ihres Ministerpräsidenten, sondern es war der Sozialdemokrat Kurt Beck, der in seiner Regierungserklärung so konkret geworden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Während wir „Kinderland“ auf die Poststempel unserer Umschläge drucken, tut Rheinland-Pfalz Butter bei die Fische

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit unserem Geld! – Zurufe und Unruhe)

und macht Ernst mit dem, was Sie nur angekündigt und im Wahlkampf hochgehalten haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei uns, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es zum Thema Kinderland – Sie ahnen es schon – ein Kunterbunt von Ankündigungen und Modellprojekten. Ein solches Modellprojekt will ich herausgreifen; das soll die Einrichtung von Behörden- und Hochschulkindergärten sein. Leider ist das auch hier bloße „Kinderland“-Rhetorik. Denn als sich unlängst Eltern bei Ihnen beschwert haben, dass an der Universitätsklinik in Ulm der

Betriebskindergarten geschlossen wird, erhielten sie aus dem Staatsministerium folgende Antwort:

*Ein Betriebskindergarten gehört nicht zu den Aufgaben einer Universitätsklinik, weshalb die Entscheidungen, die wegen der Einrichtung oder Schließung eines solchen Betriebskindergartens fallen, alleine in der Sphäre der Uni liegen. Dies soll keinesfalls bedeuten, dass der Landesregierung die Kinderbetreuung kein wichtiges Ziel ist.*

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

*Aber es gibt Bereiche, auf die wir keinen Einfluss haben.*

(Unruhe bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, da ist es wieder. Auch die Verwaltung braucht eine klare Zielsetzung. Der arme Beamte wusste ja gar nicht weiter: „Ich soll für Kinderbetreuung sein, aber konkret darf ich nichts machen. Es gibt keine Maßnahme. Ich habe keinen Ministerpräsidenten, der sich hinstellt und auch den eigenen Leuten deutlich macht,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist Unisache!)

dass man hier auch entsprechend konkret werden muss und nicht nur prophylaktisch ankündigen darf.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Hans Heinz und Gundolf Fleischer CDU)

Es gibt viele solcher Ankündigungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schauen Sie sich einmal die Aufgabenverteilung an!)

Auf ein paar wenige will ich noch eingehen. Der Herr Kultusminister zum Beispiel hatte bemerkenswerte Einsichten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Zum Thema „Streichung der Förderung der Schulsozialarbeit“ lässt er uns wissen:

*Ich glaube, dass das ein unglücklicher Beschluss war, und ich würde mich freuen, wenn dieser Beschluss revidiert werden könnte.*

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wohl wahr!)

*Ich weiß nicht, ob es gelingt.*

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

*Aber es ist überhaupt keine Frage,*

– so der Kultusminister –

*dass Jugendsozialarbeit an den Schulen, insbesondere an den Hauptschulen, eine wichtige Rolle spielt.*

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Genau so ist es!)

(Ute Vogt)

Diese Einsicht loben wir. Schon im Neuen Testament steht: „Der Herr freut sich über einen reuigen Sünder mehr als über hundert Gerechte.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bitte keine Gotteslästerung!  
– Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sagen Sie bloß, dass Sie die hundert Gerechten sind!)

Auch hier, Herr Ministerpräsident, machen wir einen konkreten Vorschlag: Lassen Sie uns die Kosten teilen, sagen wir, ein Drittel trägt das Land, ein Drittel der örtliche Schulträger, ein Drittel die örtliche Jugendhilfe. Dann hätten wir die Möglichkeit, an allen Hauptschulen des Landes die dringend notwendige Jugendsozialarbeit auch tatsächlich einzuführen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Sie versprechen ja, Ihr Möglichstes zu tun, dass jeder junge Mensch eine Eintrittskarte in die Arbeitswelt erhält.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Die Hauptschüler und -schülerinnen sind heute die Verlierer unseres Schulsystems.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh, oh, oh!)

Wenn das, was wir in Baden-Württemberg betreiben – nämlich die frühe Aussonderung von Kindern im Alter von neun und zehn Jahren –, wirklich eine richtige Weichenstellung wäre, dann müssten auch die Hauptschüler von dieser Trennung profitieren.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gesamtschulländer sind doch noch viel schlechter!)

Aber wenn wir hinschauen, erkennen wir: Sie sind die Verlierer, und das sind sie schon länger – je länger sie das sind, desto mehr sind sie es. Die Hauptschule zeigt besonders die bittere Seite unseres selektiven Systems. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Hauptschüler in dieser Lage, zwischen den Mühlsteinen des Ausbildungsmarkts einerseits und dem Schulsystem, das veraltet ist, andererseits, nicht allein zu lassen.

Lassen Sie uns das Berufsvorbereitungsjahr weiterentwickeln. Sie haben das ja selbst angesprochen. Aber lassen Sie es uns so weiterentwickeln, dass es nicht weiterhin ein Parken in einer Warteschleife bleibt. Wir wollen, dass das Berufsvorbereitungsjahr in der Schule den Schülerinnen und Schülern hilft; wir wollen, dass Sie das Geld, das wir heute in die Hand nehmen, um hinterher viel zu reparieren, einsetzen, wenn die Kinder in der Schule sind, und dort die Lehrerinnen und Lehrer stärken,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dort die Fachkräfte hinzuziehen und dort die Klassen kleiner machen. Das ist es, was wir von Ihnen erwarten. Das benötigte kein großes zusätzliches finanzielles Volumen, sondern es bedürfte einfach des Mutes, Schulen auch zu öffnen und viel mehr hineinzulassen, als Sie im Moment zu tun bereit sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Hintergrundwissen!)

„Keiner darf verloren gehen.“ Diesen Satz hat der Gründer der christlichen Jugenddörfer, Pfarrer Arnold Dannemann von der Schwäbischen Alb, geprägt. Lassen Sie uns zeigen, dass dieser Satz auch für uns gilt. Lassen Sie uns mit den Hauptschülern und -schülerinnen und ihren Eltern einen Vertrag schließen: Niemand von denen, die sich anstrengen und die Hauptschule erfolgreich abschließen, darf ohne Chance und ohne konkretes Ausbildungsangebot sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wenn das mehr kostet, dann müssen Sie auch beachten: Es gibt Investitionen, durch die uns, wenn man sie heute tätigt, in den nächsten Jahren jedenfalls viele Folgekosten erspart bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird unter dem Strich auch Geld eingespart, wenn vorsorglich für die Jugendlichen gesorgt wird.

Aber dazu, Herr Ministerpräsident, braucht es auch Ihren persönlichen Einsatz, und es braucht auch die Bereitschaft Ihrerseits, der Wirtschaft auf die Füße zu treten und ihr in Baden-Württemberg etwas abzuverlangen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Stefan Map-pus CDU)

Was für Ihre Politik insgesamt gilt, gilt sicherlich auch und besonders für die Bildungspolitik. Wer als eine der Kernaufgaben des landespolitischen Feldes Bildungspolitik machen möchte, braucht hier auch eine Idee von Bildung. Er braucht den Mut, sich auf Neues einzulassen. Wenn wir allen Kindern den Zugang ermöglichen wollen, dann müssen wir auch selbst bereit sein, dazuzulernen. Da reicht es nicht, Herr Ministerpräsident, dass es schon als Heldentat empfunden wird, wenn Sie vor der CDU das Wort Ganztagschule aussprechen können, ohne dass Sie dafür ausgepfiffen werden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Es reicht nicht aus, dass Sie sich dafür feiern lassen, dass wir bei den PISA-Ergebnissen besser sind als das eine oder andere Bundesland.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das eine oder andere? Mehr oder weniger alle!)

– Von mir aus auch alle.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Also! Vor allem besser als die Gesamtschulländer!)

Diese kleinen Freuden gönne ich Ihnen.

(Unruhe – Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, sorgen Sie bitte für Ruhe!)

Aber trotzdem: Wenn Sie meinen, stolz darauf sein zu können, dass man in der zweiten Liga bei den Oberen mitspielt,

(Ute Vogt)

dann sage ich Ihnen: Eine solche Kleinkariertheit und Mutlosigkeit wird einem Land wie Baden-Württemberg nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Winfried Kretschmann und Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf von der CDU: Die SPD-Länder spielen in der Kreisliga!)

Solange Länder wie Finnland, aber auch Irland oder Schweden beispielsweise bei der Lesekompetenz der Schüler weit, weit bessere Ergebnisse erzielen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ohne Migranten!)

haben wir ein Problem. Und wenn wir in Baden-Württemberg im europäischen Maßstab an der Spitze stehen wollen, dann müssen wir zuvörderst in der Bildungspolitik an die Spitze gelangen und dürfen uns mit einem Spitzenplatz bloß in der zweiten Liga nicht zufrieden geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Ministerpräsident: Denken Sie um! Halten Sie sich an die Wegweisung von Albert Einstein.

(Oh-Rufe von der CDU)

Der hat uns gesagt:

*Der Wert der höheren Schulbildung liegt nicht in dem Erlernen von vielen Tatsachen, sondern in der Übung im Denken, die man durch Lehrbücher nie erlernen kann.*

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Das muss das vorrangige Ziel unserer Bildungspolitik sein. Und wenn eine Schulart hervorragend geeignet ist, Neues zu denken und andere Formen des Lernens möglich zu machen, dann ist das zum Beispiel die Ganztagschule – die man dann aber auch richtig wollen muss, die mit pädagogischem Personal ausgestattet sein muss und die nicht funktionierte, wenn man nur Essen und Betreuung bereitstellt.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Nichts dazugelernt! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das wissen wir doch!)

Es geht darum, inhaltlich etwas zu verändern. – Wenn Sie das wissen, dann tun Sie es doch, und machen Sie nicht den billigen Jakob! Sonst bleiben wir auch bei der Ganztagschule nur Mittelmaß.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Werner Pfisterer CDU: Ziel verfehlt!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gibt ein paar Felder, bei denen man merkt, dass die Landespolitik zuweilen durchaus bereit ist zu sparen – aber wenn, dann doch eher auf Kosten anderer. Ein kräftiges Votum gab es hier an einer Stelle, die den Landtag nicht schmerzen wird: das kräftige Votum zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Das

schädigt allein die Kommunen. Gerade bei uns in Baden-Württemberg – ich kann nicht nachvollziehen, dass Ihnen, Herr Ministerpräsident, das nicht bewusst ist – ist die Gewerbesteuer ein Garant für die Stärke der Gemeinden. Sie ist die Nabelschnur zwischen Rathäusern und der örtlichen Wirtschaft.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ui!)

Deshalb haben wir so viele mittelständische Betriebe auch in den kleineren Gemeinden, weil die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, weil die Bürgermeister mit dieser ihrer eigenen Quelle sorgsam umgehen und sich um die Infrastruktur sorgen. Sie selbst haben eingeräumt, Herr Ministerpräsident, dass Sie zur Gewerbesteuer keine brauchbare Alternative vorliegen haben.

(Zuruf von der CDU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Seien Sie dabei, wenn es darum geht, die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln, aber lassen Sie die Finger davon, den Kommunen den Anreiz zu nehmen, Arbeitsplätze zu schaffen und damit vor Ort für die Menschen Sorge zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen Bereich, Herr Ministerpräsident, wo es mich besonders verwundert hat, dass Sie dazu gar nichts zu sagen hatten. Sie haben die Fußballweltmeisterschaft erwähnt. Klar, wer tut das in diesen Tagen nicht? Aber das fröhliche und gastfreundliche Land, die Bürgergesellschaft, die sich hier aufgeschlossen und offen zeigt, ist darauf angewiesen, dass die Polizei, dass Helferinnen und Helfer der Feuerwehr, der Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes ihre Aufgaben erfüllen können. Dafür gebührt diesen Leuten vor allem ein besonderer Dank, auch von dieser Stelle, dem Landtag von Baden-Württemberg, aus.

(Beifall bei der SPD)

Leider schweigt aber die Regierungserklärung genau zu diesem wichtigen landespolitischen Standbein, der Polizei und der inneren Sicherheit. Was dürfen wir daraus schließen? Ist der Einsatz unserer Polizei bei der laufenden Fußballweltmeisterschaft keines Blickes wert? Bis zum Jahr 2012 stehen bei der Polizei rund 3 300 Pensionierungen an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alles hervorragend vorbereitet!)

Trotzdem haben Sie die notwendige Ausbildung zurückgefahren; nur 150 Polizeianwärter gab es 2004, und im letzten Jahr waren es nur 200. Haben Sie vielleicht deshalb das Thema ausgespart? Um die Aufgaben in den kommenden Jahren zu erfüllen, müsste man mindestens 400 bis 600 Polizeianwärterinnen und -anwärter jährlich einstellen. Als Fraktionsvorsitzender haben Sie zusätzlich mitgetragen, dass im Polizeidienst 1 102 Stellen bei der Verwaltung der Polizei gestrichen wurden. Jetzt machen Vollzugsbeamte, wie wir es vorhergesagt haben, diesen Bürodienst; sie fehlen dadurch auf den Straßen und sind nicht so ansprechbar, wie wir uns das wünschen würden.

(Ute Vogt)

Beim Gewerkschaftstag der Polizeigewerkschaft haben Sie – wie Sie übrigens ja gerne bei Gewerkschaften freundliche Worte finden und das Unbequeme lieber hier im Landtag lassen – vor wenigen Wochen ganz freimütig eingeräumt: Es war ein Fehler, an dieser Stelle die Verwaltungsreform so umzusetzen. Sie sagten selbst, dass es keinen Sinn macht, wenn die Vollzugsbeamten künftig am Schreibtisch sitzen. Sie haben angekündigt, das zu korrigieren. Dabei bauen Sie, wie Sie der Polizei mitgeteilt haben, auf die Mehrheiten im Landtag.

Aber, lieber Herr Ministerpräsident, wenn Sie dieses als Vorhaben umsetzen wollen, dann erwarte ich, dass es in der Regierungserklärung oder vielleicht jetzt im Anschluss ein klares Wort dazu gibt, wie Sie das umsetzen wollen, sodass Sie hier nicht wieder nur leere Versprechungen gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zu Recht, Herr Ministerpräsident, erwähnt, dass Sie stolz auf das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land sind. Aber: Bürgerschaftliches Engagement braucht gerade einen starken Staat. Das Ehrenamt ist eine Art Mäzenatentum der einfachen Leute, die keine großen Gelder spenden können, die jedoch ihre Arbeitskraft einbringen. Aber dafür bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen. Wer Ehrenamt für staatliche Pflichtaufgaben missbraucht, Herr Ministerpräsident, wie Sie es unter dem Etikett der Jugendbegleiter jetzt zum Beispiel tun,

(Zuruf von der CDU: Wer macht denn das? – Widerspruch und Unruhe bei der CDU)

um Lehrerinnen und Lehrer zu ersetzen, der leistet dem Ehrenamt einen Bärendienst und erreicht am Ende nur, dass die Menschen überfordert werden.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Frechheit! Haben Sie überhaupt schon etwas ehrenamtlich gemacht? Wissen Sie überhaupt, was Ehrenamt ist?)

Haben Sie, Herr Ministerpräsident, eigentlich einen Moment darüber nachgedacht, was Ihre jüngste Forderung, Sportunfälle aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung auszugliedern, für den Ehrenamtsbereich im Breiten- und Freizeitsport in unserem Land bedeutet? Natürlich: Kinder, die vor dem Fernseher sitzen, sind nicht in Gefahr, sich zu verletzen. Aber es geht doch darum, dass auch diejenigen, die nicht Vereinsmitglieder sind, aber viele Angebote eines Vereins nutzen, eine Absicherung haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie bitte? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Röhm, hören Sie zu! – Zuruf von der CDU: Das haben wir ja! Sie sind schlecht informiert!)

Das Heil der Krankenkassen darin zu suchen, dass Sie vom Sport abschrecken, ist der falsche Weg, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb schlage ich Ihnen vor: Kehren Sie lieber zu Ihrer ursprünglichen Reformidee zurück. Nehmen Sie die priva-

ten Krankenkassen mit in den gemeinsamen Fonds der Krankenversicherungen – dann haben Sie die sozialdemokratische Landtagsfraktion fest an Ihrer Seite, und dann haben Sie auch die Kraft, der anderen Ansicht Ihres Fraktionsvorsitzenden Mappus die Stirn zu bieten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben – und das will ich als letztes Thema ansprechen, Herr Ministerpräsident – ganz, ganz wenig wirklich konkret benannt. Der Punkt, an dem Sie wirklich konkret geworden sind, das war Ihre Idee, einen Volksentscheid für die Länderneugliederung einzuführen. Ich sagen Ihnen: Sie haben eine Verfassungsänderung vorgeschlagen, und Sie haben bundesweit endlich einmal wieder Schlagzeilen gemacht. Das war sicherlich auch vorrangig Ihre Absicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Aber, Herr Oettinger, ich frage Sie: Was wird nun aus Ihrem Vorschlag?

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sehr richtig!)

Zu diesem Vorschlag hat Stoiber gegenüber der dpa gesagt, es gehe doch nicht an, dass der Chef eines starken Landes daherkomme und anderen vorschreibe, wie sie – als schwächere Länder – zusammenzugehen hätten. Ihr CDU-Kollege Peter Müller sagte: „Ach, wir sind bereit, Baden-Württemberg zu übernehmen.“

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: Ich möchte wissen, wie er das bezahlen will!)

Ihr Kollege Carstensen aus Schleswig-Holstein sagte Ihnen: „Solche Ideen verunsichern nur die Menschen.“

Was werden Sie tun, Herr Ministerpräsident, um Ihre Unionsfreunde Stoiber, Müller und Carstensen zu überzeugen? Welche Initiativen werden Sie jetzt innerhalb der CDU ergreifen, um aus den Schlagzeilen endlich einmal Taten werden zu lassen?

Das Thema Länderneugliederung ist ein wichtiges, und auch wir halten es für notwendig, dass es künftig weniger Bundesländer gibt. Das ist doch gar keine Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Aber glauben Sie im Ernst, dass dieses Thema vorangebracht wird, wenn man überheblich daherkommt und von oben herab anderen ihre Selbstbestimmung nimmt?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Unruhe)

Um Schlagzeilen zu machen, hat er hier viel, viel Porzellan zerschlagen und kommt nicht zu dem gewünschten Erfolg.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das gilt auch für den Sport in Baden-Württemberg!)

Das Gleiche, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gilt für Ihren Vorschlag zur Reform des Finanzausgleichs. Dazu haben Sie hier erklärt, Sie verbündeten sich mit Bayern, mit

(Ute Vogt)

Hamburg, mit Hessen, mit Nordrhein-Westfalen und mit Sachsen, um Ihre Vorschläge umzusetzen. Das klingt schneidig, aber die Strategie kann nicht aufgehen. Sie können doch auch ein bisschen zählen. Selbst dieses Bündnis hätte keine Mehrheit im Bundesrat, ganz zu schweigen davon, dass Sie nie eine verfassungsändernde Mehrheit erreichen würden. Das Ergebnis ist wiederum zerbrochenes Porzellan.

Deswegen sage ich auch hier: Es muss einen anderen Weg geben. Wie Sie bin auch ich der Meinung, dass der heutige Finanzausgleich den modernen Anforderungen nicht gerecht wird. In Wahrheit nutzt er auch den ärmeren Ländern in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse nichts.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Mehr Eigenverantwortung und weniger Kompensationsautomatik, das sind Dinge, die am Ende auch in diesen Ländern tatsächlich Früchte tragen würden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist jetzt konkret!)

Werben wir doch gemeinsam dafür, dass es zum Beispiel auch bei der Föderalismusreform darum geht, einen nächsten Schritt zu machen, was die Finanzen angeht! Werben wir dafür, dass wir eigene Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, dass wir im Steuerrecht auch eigene Einnahmen der Länder organisieren können! Das ist unsere Aufgabe.

Nehmen Sie einmal Ihre vielen CDU-Kollegen, die derzeit in den Ländern regieren, und fangen Sie konkrete Diskussionen an! Machen Sie lieber erst einmal weniger Schlagzeilen und leisten dafür harte Arbeit im Stillen! Das zahlt sich bei solchen Themen, bei denen man ein bisschen Gespür und Diplomatie braucht, mit Sicherheit eher aus als das, was Sie, weil es populär erscheint, hier nach vorn bringen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben, Herr Ministerpräsident, am Ende Ihrer Rede den Bundestrainer Jürgen Klinsmann als ein großes Vorbild dargestellt, der konsequent und charmant seine Reformpolitik auch gegen Widerstände von Funktionären – sogar gegen das Gebrumme von Mayer-Vorfelder – durchsetzen konnte.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Der hat ihm nicht zugehört! Keine Ahnung!)

Es ist tatsächlich vorbildlich, wie sich Jürgen Klinsmann gegen die alten Seilschaften im DFB und gegen die verkrustete Funktionärsriege durchgesetzt hat. Er hat Erfolg, weil er Mut zum Risiko hatte, er hat Erfolg, weil er Mut zu unpopulären Entscheidungen hatte, er hat Erfolg, weil er den Mut hatte, einmal durchzuhalten, weil er bereit war, auch einmal Kritik und Häme einzustecken, weil er wusste, welchen Weg er gehen will, und weil er seine Linie verfolgt hat, auch wenn die Seinen um ihn herum zuweilen noch weit, weit hinterher gehinkt sind.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das unterscheidet den Bundestrainer vom Ministerpräsidenten.

(Zurufe von der CDU)

Der Bundestrainer ist kein Zögerer und kein Ankündiger.

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

In seiner Entschlossenheit, Herr Ministerpräsident, erinnert er mich eher an den Grafen Eberhard.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Werden Sie doch Bundestrainerin!)

Und deshalb, verehrter Herr Ministerpräsident, möchte ich Ihnen im Sinne unseres Landes zurufen: Nehmen Sie den Wahlspruch „Attempto!“ an, wagen Sie etwas,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oje!)

wagen Sie überhaupt etwas! Es ist an der Zeit. Denn wann, wenn nicht jetzt, hätten Sie die Chance dazu?

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: „Preisend mit viel schönen Reden“!)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gott sei Dank, jetzt wird es wenigstens hörenswert!)

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie machen wir Baden-Württemberg im globalen Wandel fit, und wie gestalten wir diesen globalen Wandel mit?

(Zuruf von der CDU)

Die Welt befindet sich in einem dramatischen Wandel. Die Globalisierung wirkt sich auch auf Baden-Württemberg aus. Das Klima wandelt sich, vom Menschen verursacht. Fossile, also endliche Energieträger, das bisherige billige Schmieröl der Industrienationen, werden nie mehr billig sein. Billiglohnländer produzieren Waren zu einem Bruchteil der bei uns hierfür anfallenden Kosten. Bildungsländer sind uns im Wissenswettbewerb weit voraus. Angesichts der demografischen Entwicklung stehen wir vor völlig neuen Herausforderungen, und für ein Land, das mit einem Anteil von über 50 % vom Export lebt, steht viel auf dem Spiel.

Aber wer, wenn nicht unser Land mit den reichhaltigen Ressourcen seiner Kultur, kann diesen Wandel mitgestalten, anstatt sich als Opfer zu fühlen? Ich nenne hier nur die findige Unternehmenskultur dieses Landes, die Wissenskultur seiner Hochschulen, die vielfältigen und reichhaltigen Kulturlandschaften – in denen es sogar echte nachwachsende Rohstoffe gibt –, die politische Kultur mit einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer kommunalen Selbstverwaltung, wie sie ihresgleichen sucht, mit einer Kulturszene, die vom Melchinger Lindenhof bis zum Stuttgarter Ballett reicht und die schönste Seite der Kreativität dieses Landes darstellt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr schön!)

(Winfried Kretschmann)

Diesen globalen Wandel können wir so mitgestalten, dass Baden-Württemberg ein liebens- und lebenswertes Land bleibt, in dem es gerecht zugeht.

Von dieser globalen Warte aus möchte ich den Blick auf das Land richten, und zwar in dem Zeithorizont, den ein solcher Blick erfordert. Dass der Ministerpräsident auf die Spitzenarien seines Vorgängers Teufel verzichtet hat, zeigt, dass auch er sieht: Wir konkurrieren in Wirklichkeit nicht mit Mecklenburg-Vorpommern, sondern mit den reichen Industrieregionen anderer Länder.

Dazu müssen wir erstens die richtigen Ziele suchen, und es geht dabei um Werte, also um die Frage, wie wir leben wollen. Zweitens müssen wir die Mittel und Instrumente angeben, mit denen wir sie erreichen können. Dazu gehören Ehrlichkeit und Realitätssinn und das Bedürfnis, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen. Drittens müssen wir sie auch tatkräftig durchsetzen, und dazu gehört Mut – vor allem aufseiten der Regierung, die dafür vom Volk ja einen Auftrag erteilt bekommen hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Noch nie konnte meine Fraktion so viel Übereinstimmung mit der Regierungserklärung eines CDU-Ministerpräsidenten feststellen wie bei den großen Zielen, die Oettinger genannt hat, besonders auch beim grünen Herzensanliegen, der ökologischen Modernisierung, wenn auch im Einzelnen tiefe Differenzen bei den Haltungen gegenüber der Atomkraft, dem dreigliedrigen Schulwesen oder Großprojekten wie Stuttgart 21 oder der Agrogentechnik bleiben.

Das gilt auch für das wichtigste Ziel, den Haushalt endlich zu sanieren. Aber, Herr Ministerpräsident, ausgerechnet zum wichtigsten Teil, zum Haushalt, von dem die anderen Teile bekanntlich abhängen, kam der schwächste Teil Ihrer Regierungserklärung. Halbwahrheiten, Unklarheiten, Allgemeinplätze, Mutlosigkeit charakterisieren diesen wichtigen Teil Ihrer Erklärung.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie bezeichnen die Sanierung des Landeshaushalts als das wichtigste Ziel der neuen Landesregierung. Richtig! Sie sagen weiter, dass dies mit der Rasenmähermethode allein nicht mehr erreicht werden kann. Richtig! Was Sie allerdings an Maßnahmen und Instrumenten vortragen, ist total enttäuschend; denn fast alle Maßnahmen, die überhaupt ein nennenswertes Volumen haben, sind vom „Typ Rasenmäher“. Die angekündigte Kürzung der freiwilligen und der landesgesetzlichen Leistungen um 5 %, die globalen Minderausgaben, die Haushaltssperre – das ist nicht die Überwindung der Rasenmähermethode, sondern der Rasenmäher feiert fröhliche Urständ.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Perfekt!)

Da fehlt offensichtlich der Mut zu Schwerpunkten und zu Richtungsentscheidungen. Es bleibt bei Erwägungen, allgemeinen Ankündigungen und dem Einsetzen von Kommissionen. Herr Ministerpräsident, dazu hätten Sie ein Jahr Zeit gehabt. Wer wie Sie immer nur mit der Sparkeule droht, statt einmal wirklich zu sagen, wo er spart, der schafft Ver-

druss bei den Betroffenen und Unsicherheit in der Öffentlichkeit. Vielleicht erhöht er dadurch die Sparquote der privaten Haushalte, weil die Bürger ihr Geld zurückhalten, aber die Sparquote des Landeshaushalts erhöht er nicht.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, das ist eine rhetorische Haushalts-sanierung, keine substanzielle. Am Schluss braucht man Zahlen, die man verbuchen kann, und die nennen Sie nicht. Das ist umso unverständlicher, als Sie ja in einem Interview gesagt haben, jetzt seien drei Jahre lang keine Wahlen und jetzt könne man endlich einmal Politik machen, ohne auf Wahlen Rücksicht zu nehmen. Ich frage mich: Worauf nehmen Sie eigentlich noch alles Rücksicht? Denn einen Haushalt mit einem strukturellen Defizit von 3 Milliarden € kann man nicht sanieren, ohne dass das jemand merkt. Ja, man kann ihn in Wirklichkeit nicht sanieren, ohne dass das schmerzt. Das wollen Sie vermeiden.

Das, was Sie bis 2011 vorschlagen, reicht von den Dimensionen her in keiner Weise. Das kann man auf einem Bierdeckel ausrechnen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Kürzung der nicht zwangsläufigen Ausgaben und derer, die auf Landesgesetzen beruhen, beziffern Sie selber theoretisch – bei 8 Milliarden € Ausgaben – auf 400 Millionen €. Das ist allerdings rein definitorisch, denn logischerweise nehmen Sie die großen Posten wie Schule, Hochschule und Polizei von dieser Kürzung ja sofort aus. Das heißt, Sie kommen schon einmal nicht auf die Größenordnung von 400 Millionen €. Sie hoffen also wie Ihr Fraktionsvorsitzender auf Hilfe von außen. Das Einzige, was Sie überhaupt vorgeschlagen haben, sind die 600 Millionen € aus der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung. Aber die 400 Millionen € des 5-%-Abschlags können Sie gar nicht erreichen, weil Sie ja die wichtigen Posten ausnehmen. Sie haben also, selbst wenn 600 Millionen € an zusätzlicher Mehrwertsteuer kommen, noch nicht einmal 1 Milliarde € angesichts eines Haushaltsdefizits von 300 Millionen €.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: 3 Milliarden €!)

– Entschuldigung, 3 Milliarden €. – Hoffen Sie nicht immer auf Hilfe von außen! Die Wachstumszahlen, auf denen jetzt die angenommene Steigerung der Mehrwertsteuereinnahmen beruht, sehe ich sehr kritisch, denn gleichzeitig steigt das Zinsniveau. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Ein Prozentpunkt Zinserhöhung bedeutet bei unserer Verschuldung auf mittel- und langfristige Sicht einen zusätzlichen Finanzbedarf von 400 Millionen €. Unter solchen Bedingungen – das haben Sie hier schon gar nicht klar auf den Tisch gelegt – eine rein rhetorische Finanzpolitik ohne klare Vorschläge zu machen, geht nicht.

Auch der Pensionsfonds ist eine reine Luftbuchung. Sie müssten das ja auf einen Schlag machen. Dazu müsste uns der Bund die Kompetenz geben. Die bekommen wir aber gar nicht. Die Statusfragen bei der gesamten Beamtenbesoldung bleiben ja dem Bund zugeordnet. Es kommt vielleicht das Müntefering-Modell heraus. Das greift dann erst in 16

(Winfried Kretschmann)

Jahren voll. Das spielt also für die Sanierung des Landeshaushalts in der nächsten Zeit erst einmal gar keine Rolle – abgesehen davon, dass wir bisher mit dem Finanzminister der Meinung waren, dass, solange wir Schulden machen, die Einrichtung eines Pensionsfonds ökonomisch keinen Sinn macht, weil man für die im Fonds angelegten Mittel weniger an Zinsen bekommt, als man an Schuldzinsen für die aufgenommenen Mittel zahlen muss. Auch das ist also eine völlige Luftnummer und eine Abweichung von dem, was wir bisher gemeinsam getragen haben.

Es wird also kein einziger wirklich struktureller Vorschlag gemacht. Wir haben bereits im letzten Jahr hier im Haus einen klaren, mutigen und, ich meine, gleichzeitig sozialverträglichen Vorschlag eingebracht: Verzicht auf die Sonderzahlungen bei den Pensionären des höheren und des gehobenen Dienstes. Das bedeutet eine Einsparung von 100 Millionen € pro Jahr. Das sind knapp 5 % des Gesamtvolumens der Pensionen – Wirkung sofort, Entlastung dauerhaft. Reaktion der Regierungsfractionen bei den Haushaltsberatungen: Ablehnung ohne Begründung. Das ist die Art, wie Sie den Dialog mit uns pflegen. Kein Wunder, dass dabei nichts herauskommt.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen, Herr Oettinger, brauchen wir keine zusätzliche Haushaltsstrukturkommission, in der nur Vertreter der Regierung und Beamte sitzen. Die Haushaltsstrukturkommission sind der Landtag und sein Finanzausschuss. In Ihrer ersten Regierungserklärung haben Sie von der Stärkung des Landtags gesprochen. Machen Sie damit Ernst, und holen Sie das Thema „Haushalts- und Verwaltungsstrukturen“ in das Parlament und seine Ausschüsse zurück! Das gilt auch für die übrigen Kommissionen, die Sie vorgeschlagen haben.

Nachdem Sie ein Jahr in der Regierung sind, hätten wir erwartet, dass der Kern der Ansage in Ihrer Regierungserklärung die Aufgabenkritik ist. Fehlanzeige! Keine eigenen Vorschläge. Unsere Vorschläge zur Aufgabenkritik ignorieren Sie. Sie sagen zum Beispiel richtigerweise in Ihrer Regierungserklärung, das Beratungsangebot des Staates müsse überprüft, gestrafft und heruntergefahren werden. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen vorgeschlagen, dass die Beratung der Landwirte von den Landwirtschaftsämtern auf die Bauernverbände übergeht, dass dies also in Zukunft die Bauernverbände subsidiär selber machen können. Wir haben also einen konkreten Vorschlag zu dem gemacht, was Sie wieder nur allgemein vorschlagen. Reaktion der Koalitionsfraktionen auf unseren Vorschlag: Ablehnung.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Zu Recht!)

Oder Sie sprechen – auch da wecken Sie wieder Hoffnung – kryptisch von der Stärkung des Verbunds mit den Nachbarländern. Wir haben in Baden-Württemberg elf landwirtschaftliche Forschungs- und Versuchsanstalten mit zusammen über 650 Personalstellen. Unsere Fraktion hat zum Beispiel beantragt, dass landwirtschaftliche Forschungs- und Versuchsanstalten in Bayern und Baden-Württemberg zusammenarbeiten sollen. Zum Beispiel haben wir vorgeschlagen, die Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Wangen im All-

gäu mit dem nur zehn Kilometer entfernten bayerischen Lehr-, Versuchs- und Fachzentrum für Milchwirtschaft zusammenzulegen. Reaktion der Regierungskoalition: Ignoranz.

Wenn wir konkrete Vorschläge zur Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion machen, ignorieren Sie das und gehen gar nicht darauf ein. Sie selber machen aber in Ihrer Regierungserklärung keinen einzigen substanziellen, konkreten Vorschlag zum Aufgabenabbau.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei anderen Fragen gibt es natürlich einen tiefen Dissens, was die Kernaufgaben des Staates betrifft. Sie sagen, Herr Ministerpräsident, die teuersten Fördermaßnahmen seien solche, die ihr Ziel nicht erreichen. Stichwort Messeförderung: Das ist ein Musterbeispiel eines Subventionswettlaufs über eine Beteiligung, einer Förderung, die ihr Ziel nicht erreicht. 800 Millionen € an öffentlichen Geldern werden allein für den Neubau der Messe auf den Fildern ausgegeben. Wir werden in nächster Zeit erleben, wie sich der Zuschuss an die Projektgesellschaft im Haushalt festfressen wird. Dazu kommen die Regionalmessen, die jetzt natürlich auch nach Gleichbehandlung rufen. Inzwischen muss jedem klar sein, dass das bei den Überkapazitäten, die wir im deutschen Messewesen haben, nicht gut gehen kann.

Herr Ministerpräsident Oettinger, ich schlage Ihnen vor, die Beteiligung des Landes an der Messe auf den Fildern sofort nach der Einweihung der Messe zu verkaufen. Und wenn die Messe so toll ist, wie Sie immer gesagt haben, werden die Investoren, die uns die Beteiligung abkaufen wollen, Schlange stehen.

(Zurufe der Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP und Dr. Dietrich Birk CDU)

Beim Flugverkehr ist es dasselbe: Die Förderung der Billigflieger etwa in Söllingen summiert sich laut Rahmenvereinbarung im Zeitraum bis 2015 auf 114 Millionen €. Dazu kommen weitere indirekte Förderungen durch den Flughafen Stuttgart. Wir fördern hier – Sie haben das freundlicherweise in Ihrem ökologischen Teil angesprochen – die ökologisch unverantwortliche und völlig unsinnige Expansion von Billigfliegern. Wir meinen, wer billig für eine Woche nach Mallorca fliegen will, der soll das selber zahlen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Billigflieger zu subventionieren und damit auch noch zu subventionieren, dass die Wertschöpfung ins Ausland geht. Das ist völlig aberwitzig und unsinnig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben jetzt, Herr Ministerpräsident, vier Flughäfen auf engstem Raum. Ich sage Ihnen: Wenn Sie mit dem Fördercontrolling wirklich Geld sparen wollen, müssen Sie hier bei den großen Töpfen anfangen und dürfen das nicht bei den kleinen wie dem bürgerschaftlichen Engagement tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Auch hier gilt: Anteile an den Flughäfen verkaufen. Der Betrieb von Flughäfen gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates.

Bei den rechtlichen Grundlagen des öffentlichen Dienstes geht mit der Föderalismusreform ein Fenster für die Länder auf, das wir nutzen müssen. Die historische Zwischenphase des zentralistischen Beamtenrechts seit 1969 geht zu Ende. Die Länder, die ja die beschäftigungsintensivste staatliche Ebene sind, können die Rahmenbedingungen für ihre Beamten wieder selbst gestalten, und das begrüßen wir. Das sollten wir auch nutzen, um einzusparen. Das heißt aber nun nicht, dass wir den Beamtenstatus nicht mehr infrage stellen, denn er ist durch den Erhalt des Artikels 33 Abs. 5 – hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums – leider im Grundgesetz stehen geblieben und nur ganz wenig aufgeweicht worden dank des großen Engagements der Oberregulierer von der FDP, die sich natürlich ganz stark in die Brust geworfen haben, ja nichts an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu ändern.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Boris Palmer GRÜNE)

– Ja, so war das. Euer Abgeordneter Funke war der Allerauteste hinsichtlich des Erhalts des Artikels 33 Abs. 5. So ist das nun einmal.

Das heißt, wir müssen bei Neueinstellungen, wo immer es geht, vom Beamten- auf das Angestelltenverhältnis umstellen. Nur so können wir unsere Haushalte, was die Pensionslasten betrifft, nachhaltig entlasten. Es gibt überhaupt keinen Grund, Hochschullehrer und Lehrer zu verbeamten. Aber auch in allen übrigen Bereichen der Verwaltung müssen wir Verbeamtungen rigoros auf die Kernbereiche beschränken, in denen wirklich hoheitliche Aufgaben erfüllt werden, und die anderen Beschäftigten im Angestelltenverhältnis übernehmen. Die Schweiz hat den Beamtenstatus abgeschafft, und sie ist trotzdem nicht von der Landkarte verschwunden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der staatliche Bereich, der mit den neuen Modellen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben am weitesten ist, sind die Kommunen. Sie sind ein wichtiger Partner im zukünftigen Netzwerk der Landespolitik. Sie sind die Zukunftswerkstätten für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Wenn es also, Herr Fraktionsvorsitzender Mappus, um eine faire Partnerschaft mit den Kommunen gehen soll, brauchen wir auch ein Konsultationsverfahren,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Haben wir doch!)

das das Konnexitätsprinzip in einer wirklich fairen Weise, auf Augenhöhe, mit den Kommunen umsetzt. Das ist, glaube ich, die grundlegende Bedingung, die wir brauchen, damit es aufhört, dass sich das Land in unsinniger Weise auf Kosten der Kommunen saniert. Das macht keinen Sinn. Deswegen brauchen wir dieses Konsultationsverfahren. Ich fordere die Regierungsfractionen noch einmal eindringlich auf, sich diesem in Österreich bewährten Verfahren endlich zu öffnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es steht an erster Stelle der Anliegen des Städte- und des Gemeindetags, dass wir zu diesem Konsultationsverfahren kommen.

Noch ein Wort zur Unternehmensteuerreform. Gleich, um welches Konzept es sich handelt: Die verlässliche Finanzausstattung der Kommunen ist hier neben der Mittelstandstauglichkeit für uns der wesentliche Prüfstein jedes Reformmodells. Das muss nicht unbedingt heißen, dass die Gewerbesteuer im Verhältnis 1 : 1 erhalten werden muss. Aber es muss heißen, dass keine Neuregelung getroffen werden darf, die neue Löcher in die kommunalen Haushalte reißt.

(Beifall des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wenn wir uns darauf verständigen, können wir dort sicher zu einer Übereinkunft kommen.

Zum Schluss des Finanzteils möchte ich noch einmal sagen: Wenn Sie sicherstellen wollen, dass die Schuldenlast nicht ausufert, dann folgen Sie endlich unserem Vorschlag des Einbaus einer Schuldenbremse – also Kredite nur noch dann aufnehmen, wenn deren Rückzahlung mit einem klaren Tilgungsplan und einem klaren Maßnahmenprogramm festgelegt ist. Sie haben den Vorschlag ja abgelehnt und ihn jetzt in der Koalitionsvereinbarung in etwas radikalierter Form wieder aufgenommen. Von einem grundsätzlichen Verschuldungsverbot zu sprechen ist, finde ich, immer eine Großmäuligkeit. Bevor ich ein generelles Verschuldungsverbot festschreibe – ein solches Verbot ist ja gar nicht sinnvoll –,

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wollen Sie jetzt sparen oder nicht? – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

baue ich zunächst einmal doch wenigstens eine Bremse ein und verweigere mich nicht auch schon dieser.

Ich fasse zusammen: Das neue Regierungsprogramm zur Konsolidierung des Landeshaushalts besteht weitgehend aus dem alten Rasenmäher. Sie müssen mit dem Rasenmäher vernünftigerweise natürlich an wichtigen Positionen wie Bildung und Polizei vorbeifahren. Vor der Wahl haben Sie ein notwendiges Stelleneinsparvolumen von 30 000 Stellen bis 2015 genannt. Wir sind der Ansicht, dass wir den Haushalt mit der Einsparung von 20 000 Stellen strukturell sanieren können, wenn wir im sächlichen Bereich Maßnahmen nachschieben. Wir hören in der Regierungserklärung davon nichts mehr.

Die Aufgabenkritik spart von vornherein die großen Subventionstöpfe wie Messe und Flughäfen aus. Das Volumen, das Sie vorschlagen, reicht in keiner Weise aus, um die Nettoullverschuldung bis 2011 zu erreichen. Sie haben kein Konzept, wie wir trotz dieser Verschuldung im globalen Wettbewerb Handlungsspielräume bei den Schlüsselqualifikationen des Landes erreichen, nämlich in der Bildung, und zwar vom Kindergarten bis zur Hochschule.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Fazit: Die Ziele sind richtig, aber es werden keine Mittel und Maßnahmen genannt, um diese Ziele zu erreichen. Im Ergebnis kommt weder die Haushaltssanierung noch die Erfüllung der Kernaufgaben voran.

(Winfried Kretschmann)

Warum wollen wir denn so rigoros sparen? Um die Kernaufgaben erfüllen zu können. Dazu gehört als die dramatischste Herausforderung zunächst einmal, dass wir mehr Studienplätze brauchen. Mehr junge Menschen haben durch zusätzliche Studienplätze eine Chance. Diese müssen wir nutzen und uns darüber freuen. Wir brauchen mehr Studierende, und es wollen auch mehr ausländische Studierende hier einen Studienplatz haben. Auch das sehen wir als positiv an.

Baden-Württemberg hat nur erneuerbare Ressourcen, und die wichtigste Ressource ist unsere Gescheitheit –

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

nicht nur weil es einfach zu den sehr schönen Erfahrungen des Lebens gehört, durchzublicken und Ideen zu haben, weil Bildung also zur Persönlichkeitsentwicklung sehr wichtig ist. Vielmehr stehen wir auch im globalen Wettbewerb. Die Hochschulen bilden heute eine internationale Wissenschaftsgemeinschaft. Der PISA-Vergleich hat gezeigt: Wir müssen uns heute mit anderen Ländern in Europa und der Welt messen. Schon aufgrund der demografischen Entwicklung ist jeder Kopf wichtig.

Aber ganz entscheidend ist auch: Die individuelle Förderung unabhängig von der sozialen Herkunft ist in Zukunft das Fundament sozialer Gerechtigkeit. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit wird sich wie nie zuvor über die Teilhabe an Bildung entscheiden, unabhängig von der sozialen Herkunft. Sie wissen alle – da hätte ich von Ihnen ein paar selbstkritische Worte erwartet –, dass Baden-Württemberg bei der Teilhabe an Bildung in der Frage der sozialen Gerechtigkeit außerordentlich schlecht aufgestellt ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch nicht!)

Die Zahlen liegen auf dem Tisch. Wir brauchen unserer Ansicht nach 19 000 neue Studienplätze, weil Sie ja 4 000 abgebaut haben. Sie nennen 16 000 und lassen die 4 000 unter den Tisch fallen. Sie haben auf einem Hochschulkongress gesagt, Herr Oettinger:

*Bei 30 % mehr Studierenden muss mehr Geld her.*

Und Sie sagten weiter:

*30 % mehr Köpfe heißt, dass das Land sich im Haushalt nicht mit null davonestehlen darf.*

Im Koalitionsvertrag steht aber null, und in der Regierungserklärung steht auch null. Sie sagen: bestenfalls auf dem Niveau von 2005/2006. Sie haben keinen Hinweis gegeben, dass im Haushalt etwas anderes steht.

Dabei haben der Wissenschaftsminister und Sie die Dimension klar benannt, nämlich: Zwischen 200 und 300 Millionen € sind dafür erforderlich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 200! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Jährlich!)

Das ist wirklich viel mehr Geld als null. Aber Sie haben wohl null Konzept und auch null Ideen, wie das zustande kommen soll.

(Beifall bei den Grünen)

– Winken Sie nicht ab, Herr Ministerpräsident. Das waren Äußerungen in Ihrer Regierungserklärung. Wer so mit einer großen Chance und Herausforderung umgeht, der handelt grob fahrlässig und verspielt die wichtigsten Ressourcen der Landespolitik.

Auch hier geht es wieder um den internationalen Blick. Die ETH Zürich mit 12 000 Studierenden – die Schweiz ist immerhin unser Nachbar – hat einen Etat von 700 Millionen €, Karlsruhe mit 16 000 Studierenden hat einen Etat von 157 Millionen €. Die ETH Zürich hat also, gemessen an den Studierendenzahlen, das Fünffache an Mitteln. Ich denke, wir wären schon glücklich, wenn wir für Karlsruhe die doppelte Summe hätten. Denn nur wenn wir in Forschung, Entwicklung und Lehre investieren,

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Sparen!)

haben wir eine Chance, stark zu bleiben. Wenn wir das nicht tun, untergraben wir die Quellen des Reichtums der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben mit unserem Bildungspakt ein konkretes Modell der Finanzierung vorgestellt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na?)

Wir haben jetzt und in den nächsten Jahren bis 2012 steigende Bedarfe, und zwar in Hochschule und Schule.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Auf Sand gebaut!)

Wir werden zurückgehende Schülerzahlen haben und damit rechnerisch frei werdende Lehrerstellen. Aber diese Entwicklungen erfolgen zeitversetzt. Dazu kommt – wir wollen ja das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren –:

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie schön!)

Um jetzt in langfristigen, überschaubaren Zeiträumen agieren zu können und verantwortlich zu handeln, wollen wir keine ungedeckten Belastungen für die Zukunft mehr eingehen. Deshalb brauchen wir jetzt mehr Mittel für die Bildung, und zwar für die frühe Förderung, für die Schulen und für die Hochschulen. Wir brauchen knapp 2 000 Stellen für Ganztagschulen, damit 40 % aller Schulen bis 2011 zu Ganztagschulen ausgebaut sind,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau das haben wir vor!)

sowie 800 Stellen für Haupt- und Realschulen entsprechend den Poolstunden an den Gymnasien, damit wir auch diese Schulen besser fördern können. Das strukturelle Defizit an den Berufsschulen und an den Sonderschulen muss abgebaut werden. Dazu brauchen wir noch Stellen für den Ethikunterricht, Fremdsprachen an Grundschulen, Vorgriffsstunden. Außerdem brauchen wir 3 000 zusätzliche Stellen an den Hochschulen bis 2011, und dieses Plateau müssen wir halten.

Mit dem Bildungsfonds finanzieren wir diese Stellen in Schulen und Hochschulen vor. Wir zahlen das Geld zurück, wenn die Schülerzahlen nach 2012 zurückgehen und die

(Winfried Kretschmann)

Lehrerstellen frei werden. Dieses Konzept entspricht genau der Schuldenbremse. Wir legen jetzt also genau fest, wie wir das refinanzieren. Das Ergebnis des Bildungspakts im Jahr 2016 ist: Wir haben die Deckung des zusätzlichen aktuellen Bedarfs für Bildung dauerhaft im Landeshaushalt finanziert, ohne neue Schulden zu hinterlassen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dazu kommt natürlich die Ansage: Mehr Bildung für das gleiche Geld. Wir wollen nämlich kein Geld in unreformierte Systeme stecken.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Dazu haben wir auch Vorschläge für eine Reform der Schulverwaltung durch selbstständige Schulen gemacht, bei der wir davon ausgehen, dass wir damit, wenn man das mutig macht, 80 % der Schulverwaltung im nächsten Jahrzehnt einsparen können. Wir fordern Sie auf, zu überprüfen, ob wir die Lehrerfortbildung nicht wirklich weitgehend an den Schulen machen können und damit keine teuren Institutionen vorhalten müssen. Erst wenn Sie uns nachweisen, dass das nicht geht, können wir dem, was Sie jetzt bei den Neubauten der Lehrerakademien planen, zustimmen.

Das Sitzenbleiben kostet, wenn man das einmal umrechnet, statistisch 1 000 Lehrer – ganz konservativ gerechnet. Wenn man das Sitzenbleiben abschafft und progressiv rechnet, dann kann man noch immer sehr viele von den frei werdenden Lehrern dafür einsetzen, Kinder effektiver zu fördern als durch dieses idiotische Sitzenbleiben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen wir doch G 6!)

Das ist also eine klare Effizienzreserve. Der Korrekturaufwand der Lehrer beträgt teilweise ein Drittel ihrer Arbeitszeit – als würde die Sau vom Wiegen fetter.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Auch da können wir viel machen, um etwas einzusparen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Zahlen haben wir doch schon gekürzt!)

Bei der Hochschule sind die Effizienzreserven gewaltig.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Von wem sprachen Sie gerade?)

Wir haben eine Studienabbrecherquote von 25 %. 25 % der Studenten verlassen die Hochschulen ohne Abschluss. Grund: mangelnde Beratung und Unstrukturiertheit der Studiengänge. Herr Wissenschaftsminister, Herr Ministerpräsident, das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie das jahrelang hinnehmen. Das ist eine ungeheure Verschleuderung von Ressourcen. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie in einem so wichtigen Bereich mit so großen Maschen wirklich einmal eine mutige Ansage machen und sagen: „Ja, in fünf Jahren mit der Einführung von Bachelor und Master senken wir das auf die Hälfte.“ So

etwas hätte ich mir einmal gewünscht. Da ist aber natürlich nichts zu hören.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt komme ich aber noch einmal zu einem Punkt, bei dem Sie total bei Ihrem verkrusteten System bleiben. Das ist das dreigliedrige Schulwesen. Jetzt kommt die geniale 17. Variante zur Rettung der Hauptschule: Die Hauptschule soll sich aufs Praktische verstehen. Da muss man einmal fragen, wo Sie leben. Das Problem ist nicht, dass die Hauptschulabgänger das Praktische nicht könnten, sondern dass sie in den Grundqualifikationen Sprache und Mathematik oft nicht in der Lage sind, die Anforderungen eines Handwerksberufs zu erfüllen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man sieht das schon an dem Migrantenanteil von 60 % in der Hauptschule. Gehen Sie doch jetzt endlich einmal den Schritt aus diesem verkrusteten System heraus!

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wer ist denn mit der Kritik an unserer Seite? Der Handwerkstag, Hans-Werner Sinn vom ifo-Institut in München, Jürgen Kluge von der McKinsey-Stiftung, „The Economist“, Lothar Späth, Leute aus der Wirtschaft. Warum treten die denn dafür ein, dass wir endlich dieses dreigliedrige Schulsystem mit der Hauptschule verlassen? Weil sie wissen, dass es international nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Das ist der Grund.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ist es!)

Wir wissen ja alle, dass man als Landespolitiker vor den direkt gewählten Bürgermeistern und Oberbürgermeistern immer einen großen Respekt haben sollte.

(Unruhe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kollege Pauli!)

Das empfehle ich Ihnen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich empfehle: Haben Sie einmal Respekt vor den Oberbürgermeistern aus dem Hotzenwald, die Sie auffordern, in ihren Gemeinden endlich die Basisschule einzuführen. Haben Sie den Mut, wenigstens dort diesen Schritt aus dem dreigliedrigen Schulsystem heraus zu tun. Ich bin überzeugt: Wenn Sie das machen, wird sich das innerhalb weniger Jahre in unserem ganzen Schulsystem durchsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Herr Oettinger, haben Sie den Mut, dort einfach einmal voranzugehen, auch wenn Ihre Traditionsbataillone da etwas hinterherkrähen.

Ich möchte das Thema Bildung mit dem Schlagwort „Kinderland“ abschließen. Das ist ja ein hochtrabender Begriff, zudem noch von uns geklaut.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Oi! Die Stiftung wahrscheinlich auch noch!)

(Winfried Kretschmann)

Aber wir bilden bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren das Schlusslicht, Herr Ministerpräsident. Die Beteiligung des Landes an den Betriebskosten der Kinderkrippen liegt im Durchschnitt bei 10 %. Tagesmütter werden sowieso nur rudimentär bezuschusst. Die Betreuungsquote liegt bei 6 %. Wir wollen sie auf 20 % steigern; dazu schlagen wir eine 30-prozentige Beteiligung des Landes vor.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und wo kommt das Geld her?)

Jetzt bringt Ihnen die Bundesregierung mit Ihrer Familienministerin eine Steilvorlage – vielleicht weil sie weiß, dass Sie so mutlos sind.

(Heiterkeit bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie führt nämlich das Elterngeld ein. Es gibt also im ersten Jahr Transferleistungen, und selbst in dieser Situation haben Sie nicht den Mut, zu sagen: „Schluss mit dem Landeserziehungsgeld. Wir widmen die Mittel jetzt einfach für Kinderbetreuung um.“ Denn was nutzen diese Transferleistungen im ersten Jahr, wenn wir keine Kinderbetreuung haben, mit der sich Familie und Beruf vereinbaren lassen? Sie nutzen nichts. Deshalb treffen Sie doch auch hier endlich einmal eine klare Entscheidung und sagen Sie: „Ja, so machen wir das: Wir widmen das Landeserziehungsgeld jetzt für Kinderbetreuung um.“

(Beifall bei den Grünen)

Nirgendwo sind die globalen Herausforderungen so deutlich wie beim Klimawandel und bei der Verknappung der Ressourcen. Schon der Energiehunger der Boomländer China und Indien zeigt dies deutlich. In China wird das gigantische Wachstum von 10 % inzwischen von den Umweltkosten aufgefressen. Das heißt, die Gestaltung der Globalisierung durch ein Land wie Baden-Württemberg ist wirklich notwendig.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wir exportieren die Grünen nach Indien!)

Wir haben die Forschungslandschaft, und wir haben die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte, Dienstleistungen und Verfahren umzusetzen. Wir haben die Möglichkeit, mit Energiere Ressourcen und Material intelligent umzugehen. In der deutschen Wirtschaft ist diese Fähigkeit noch unterbelichtet, weil immer zu sehr auf das Personal geschaut wird, aber zu wenig auf Einsparmöglichkeiten, die wir bei Ressourcen und Energie haben. Sie sind im gewerblichen Bereich viel höher als einsparbare Personalkosten, bei großen Betrieben sowieso.

Die Ökologie als Motor von Innovationen im Energiesektor, bei Produkten und Dienstleistungen sowie der Mobilität gehört ins Zentrum der Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den Grünen)

Zentrale Voraussetzung, um sich als Hochlohnland auf den Märkten zu behaupten und die Märkte der Zukunft zu erobern, sind solche Innovationen. Ökoeffizienz wird in Zukunft ein Gradmesser für die Leistungsfähigkeit eines Be-

triebs und einer Volkswirtschaft sein. Das gilt natürlich besonders für die Exportregion Baden-Württemberg. Für uns selbst wird dies eine Quelle neuer Wertschöpfung und ein Arbeitsplatzmotor sein.

All das findet sich auf einmal auch in der Rede des schwarzen Ministerpräsidenten Oettinger. Welch ein Fortschritt! Aber warum so spät?

Vier Beispiele für diese neue Diktion: Der Schlüssel einer nachhaltigen Politik liegt in einer verantwortungsbewussten Politik, die auf drei Säulen ruht: Energie sparen, Energieeffizienz erhöhen und erneuerbare Energien nutzen. Das ist 1 : 1 aus allen Grünen-Programmen der letzten zehn Jahre entnommen. „Unsere Autos brauchen zu viel Sprit. Wir haben als Exportland eine globale Verantwortung.“ 15 Jahre dauerte es, bis ein Ministerpräsident dies im Autoland Baden-Württemberg sagt. Aber wir sind froh darüber, dass der Satz von Ihnen kommt. Das wird uns in der Zukunft viel helfen, nachdem die Kollegin Carmina Brenner das in einer ersten mutigen Rede schon vor einem halben Jahr begonnen hat.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

*Wenn wir nicht aufpassen, entstehen heute mit Wohn- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese die Altlasten von morgen, für die dann niemand mehr zahlen kann.*

Und schließlich:

*... dann muss auch das Ziel der Politik die „Nettonull“ beim Flächenverbrauch sein.*

Ich muss sagen: Beim Flächenverbrauch hätten wir etwas gezögert, solch eine radikale Formulierung in unser Wahlprogramm zu schreiben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Solche Aussagen von der CDU wären unter der Regierung Teufel nicht denkbar gewesen. Offensichtlich haben sich die Gespräche von uns Grünen mit Ihnen nach der Landtagswahl gelohnt.

(Lachen des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Also: Anerkennung in den Zielen. Der tiefe Graben beim Atomausstieg bleibt. Ihr Vorschlag hierzu ist neben den Argumenten zur Sicherheit – die ungeklärte Frage des Mülls, die ja ganz elementar ist, hat Frau Kollegin Vogt schon aufgezählt – ganz klar nichts anderes als eine Innovationsbremse. Wer solch einen Vorschlag macht, wie Sie ihn machen, bremst in Wirklichkeit die Option, dass auf anderen Gebieten – zum Beispiel mit den regenerativen Energien beim Mittelstand – die Post abgeht. Warum soll man denn investieren, wenn Sie jetzt die Option eröffnen, dass weiterhin Atomstrom produziert wird? Das ist ökonomisch unsinnig und nimmt den Druck heraus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Sie haben sehr anspruchsvolle Ziele, Herr Oettinger. Wo sind die Instrumente? Wo sind die Mittel, um die Ziele auch umzusetzen? Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander. Wenn Sie sagen, Sie wollten Baden-Württemberg zum Spitzenreiter in Sachen erneuerbarer Energien machen, und das Ziel eines Anteils regenerativer Energieträger von 11,5 % bei der Stromerzeugung anpeilen, dann muss ich Ihnen sagen: Das ist schon jetzt der Bundesdurchschnitt. Wenn Sie das erreichen, dann sind Sie gerade auf dem mittleren Level, und von einer Spitzenstellung ist gar nicht zu reden.

In einer Mail zu Ihrem Förderprogramm „Klimaschutz-Plus“ heißt es:

*Das allgemeine und das kommunale CO<sub>2</sub>-Minderungsprogramm werden sehr stark nachgefragt. Die vorliegenden Anträge werden die Fördermittel voraussichtlich ausschöpfen. Bitte stellen Sie keine weiteren Anträge.*

So kommt man gewiss nicht auf Spitzenpositionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Beim Thema Flächenverbrauch, Herr Ministerpräsident, kann man sich gar keine radikaleren Ansagen vorstellen. Wo sind die Instrumente? Fehlanzeige! Wir haben sie genannt: handelbare Flächenzertifikate, Mengenziele in den Regionalplänen, Berücksichtigung im Landes-Städtebauprogramm. All das wurde von Ihnen abgelehnt!

Dann kommt: Unsere Autos verbrauchen zu viel Sprit. Sie sagen, hier hätten wir als Exportland eine besondere Chance. Wenn wir die Innovation schafften, komme sie weltweit an, weil die Technik durch den Export automatisch die Welt erreiche. Das habe ich hundert Mal in fast den gleichen Worten im Wahlkampf erzählt. Koalitionsvereinbarung? Nichts steht dazu drin.

Herr Oettinger, wenn das mehr als grünes Feuilleton sein soll,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Grünes Feuilleton“! Interessante Formulierung!)

dann müssen Sie dazu einen substanziellen Vorschlag machen. Da die Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie diese Ziele offenbar nicht erreicht, geht es nur, indem man ganz klare Verbrauchsobergrenzen für Fahrzeugklassen festlegt. Ohne dass Sie das vorschlagen und im Bundesrat durchsetzen, wird dieses hehre Ziel nicht erreicht werden.

(Beifall bei den Grünen)

Da sind wir einmal sehr gespannt.

Wir müssen – das möchte ich am Schluss des Ökologieteils meiner Rede noch sagen – natürlich auch Kontrapunkte zur Globalisierung setzen. Wir wollen unsere Heimat ja schließlich auch bewahren. Wir haben eine reiche Kulturlandschaft, und die können wir nur erhalten, indem wir das Dreieck Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz in den Mittelpunkt der Politik für den ländlichen Raum stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Minister Peter Hauk: Ja, genau! – Unruhe bei den Grünen)

Jeder weiß, dass im Tourismus in Baden-Württemberg genauso viele Leute wie in der Automobilindustrie beschäftigt sind. Das müssen wir stärken. Tourismus gibt es nur mit schönen Landschaften, also brauchen wir Naturschutz. Der Naturschutz ist auf die Landwirtschaft angewiesen; denn nur sie erhält die Landschaften offen. Dazu kommt der Landwirt als Energiewirt. Das ist genau das Dreieck, aus dem in Zukunft die Wertschöpfung im ländlichen Raum erfolgen wird. Ich fordere Sie, Herr Ministerpräsident, und die CDU-Fraktion auf, dafür zu sorgen, dass der Kampf zwischen Landwirten und Naturschützern endlich aufhört und wir da zu einem kooperativen Miteinander kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Peter Hauk)

Kontraproduktiv ist es natürlich in diesem Zusammenhang, wenn man sich, Herr Landwirtschaftsminister, nicht ganz klar gegen die Agrogentechnik stellt. Die Agrogentechnik ist genau das Mittel, um dieses magische Dreieck zu zerstören. Wir können nicht mit den Billigprodukten aus anderen Ländern konkurrieren. Das wollen wir auch gar nicht. Deswegen muss die Agrogentechnik heraus aus Baden-Württemberg. Die Verbraucher wollen sie nicht. Es ist unverantwortlich, gentechnisch veränderte Pflanzen freizusetzen; denn wir können nach einer Freisetzung in Baden-Württemberg nicht verhindern, dass es zu Auskreuzungen kommt. Also brauchen wir endlich ein klares Bekenntnis von Ihnen gegen die Agrogentechnik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Ich muss in der ersten Runde zum Schluss kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Was ist denn das für ein Stil?)

Ihr dialogischer Stil, Herr Ministerpräsident – auch der, den Sie, Herr Mappus, angeboten haben –, ist richtig. Wir nehmen diesen Stil ernst. Aber wir nehmen Sie auch beim Wort. Wir machen hier keine Mäkelopposition, sondern wir machen hier eine konstruktive Opposition, die Vorschläge macht. Ich habe Ihnen gerade in einer langen Rede gezeigt, dass wir sie schon immer gemacht haben und Sie sie meist abgelehnt haben. Die erste Adresse für einen Dialog aber, Herr Ministerpräsident, sind nicht Verbände, sondern ist der Landtag von Baden-Württemberg mit seinen Ausschüssen.

Jetzt kommt die Nagelprobe, ob Ihr Dialogangebot ernsthaft ist. Die Nagelprobe ist ganz einfach: Werden Sie auch in Zukunft wichtige Anträge der Opposition in den Ausschüssen ohne Begründung ablehnen, oder werden Sie in Zukunft auf jeden wichtigen Antrag von uns insbesondere auch bei den Haushaltsberatungen qualifiziert eingehen und, wenn Sie ihn ablehnen, darlegen, warum? Das wird die entscheidende Nagelprobe sein, ob sich in diesem Parlament etwas ändert. Nur dieser sachorientierte Streit wird das Parlament auch interessant und attraktiv machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Nur eine ernsthafte Auseinandersetzung um die richtigen Ziele und Konzepte sowie die Mittel, wie wir sie erreichen, ist die Grundlage dafür, dass die Leute auch in Zukunft etwas zu lachen haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Denn nur der Streit in der Sache kann dazu führen, dass wir keine Schulden mehr machen und dass wir eine grundlegende Parlamentsreform durchführen, nach der wir diese Ziele dann auch so erreichen können, dass unsere Debatten attraktiv sind. Wenn wir das gemacht haben, können wir auch über einen Neubau des Landtags nachdenken. Ich persönlich schlage als Variante – weil mir dieser Landtag eigentlich gut gefällt – vor, dass wir, falls es denn tatsächlich zu einem Umbau kommen sollte, hier ein lichtetes Dach

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Lichthof!)

einbauen lassen, damit ich dann, wenn ich wieder einmal verzweifelt auf der Oppositionsbank sitze, weil Sie stur und uneinsichtig sind, wenigstens einen Blick zum Himmel richten kann und das Stoßgebet

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das nützt aber nichts!)

sagen kann: Herr, schmeiß Hirn ra!

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP/DVP, Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! CDU und FDP/DVP – ich meine nicht die Koalition, sondern die zwei Parteien – haben in der Tat von den Wählerinnen und Wählern dieses Landes im vergangenen März einen klaren Auftrag zur Fortsetzung ihrer erfolgreichen Politik und damit ihrer Koalition erhalten. Wenn man einmal einigermaßen objektiv versucht, andere Alternativen zu betrachten, und nun gehört hat, was die Fraktionsvorsitzenden von Rot und Grün gesagt haben, und zudem nach Berlin schaut und dort sieht, was es bedeutet, wenn zwei Parteien mit völlig unterschiedlicher Denkweise versuchen müssen, gemeinsame Regierungsarbeit zu leisten, dann kann man das Ergebnis derzeit in Berlin wunderbar nachvollziehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollten doch objektiv bleiben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts gegen Frau Merkel!)

Herr Kollege Kretschmann, ich empfehle Ihnen, einfach immer alle Wahlprogramme zu lesen, wenn Sie glauben, dass manche Sätze – die durchaus richtig sind –, die bei Ihnen stehen, bei niemand anderem stünden. Sie stehen teilweise in den Programmen der SPD, teilweise in denen der CDU und teilweise auch in denen der FDP/DVP. Dann zu sagen, das hätten diese Parteien bei Ihnen abgeschrieben, ist schon sehr merkwürdig.

Frau Vogt, nun zu Ihnen und zu der Frage, was Sie denn dem Ministerpräsidenten an Rahmenbedingungen empfehlen. Ich höre da Sätze im Zusammenhang mit der Forde-

rung, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, die deutlich machen, dass Ihnen nichts Besseres einfällt, als zu sagen: „Treten Sie der Wirtschaft einmal auf die Füße!“ Diese Aufforderung haben wir gerade gebraucht, denen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen sollen – also den kleinen und mittleren Unternehmen und den freien Berufen –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von denen reden wir nicht! Wir reden von anderen!)

erst einmal auf die Füße zu treten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist nicht unsere Aufgabe. In der Tat besteht eine gemeinsame Grundüberzeugung der beiden Regierungsfraktionen, dass das nicht der Weg sein kann.

Ein weiteres Beispiel ist Ihre Äußerung von der „verkommenen Privatisierung“. Habe ich das richtig verstanden? Falls ich das nicht richtig verstanden haben sollte, müssten Sie mir noch einmal erläutern, was Sie gemeint haben. Jedenfalls zeigt sich doch auch da offensichtlich, dass Sie nicht verstanden haben, dass der grundsätzliche Ansatz „Privat vor Staat“ nichts mit „verkommenen“ Überlegungen in Bezug auf eine Sanierung des Haushalts zu tun hat, sondern dass es eine ordnungspolitische Grundüberzeugung ist, dass der Staat sich künftig auf seine Kernaufgaben zu beschränken hat, und dass wir dies genau deswegen hier jetzt noch viel konkreter als bisher, auch unter Zuhilfenahme konkreten externen Sachverständs, einmal definieren wollen.

Kollege Kretschmann, in der Tat: Was den echten hoheitlichen Kernbereich angeht, lasse ich mich gerne von Ihnen beschimpfen. Wir stehen jedoch dazu, dass wir dort nach wie vor auf das Beamtentum setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich glaube, dass das Signal, das von unserer Koalitionsvereinbarung und auch von der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ausgeht, wirklich das sein muss, den Menschen nicht Angst vor mehr Verantwortung und vor mehr Eigeninitiative zu machen, sondern ihnen wirklich Mut zur Eigenverantwortung, Mut zur Risikobereitschaft, Mut zur Leistungsbereitschaft und ein Stück weit auch Mut zum Wettbewerb zu machen. Wir wollen gemeinsam alles tun, um die gute Leistungsbilanz der vergangenen zehn Jahre dieser Regierung weiter zu verbessern und die Spitzenstellung unseres Landes zu erhalten und auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wissen aber auch – wir sind nicht überheblich –, dass wir noch Defizite zu verzeichnen haben. Wir müssen vor allem – da möchte ich jetzt dem, der sagt: „Ihr habt irgendein Thema weggelassen“, entgegenhalten, liebe Frau Vogt: es ist einfach nicht möglich, alles in einer Rede unterzubringen –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein bisschen hätte schon hineingehört!)

die Probleme, Chancen und Risiken des demografischen Wandels bewältigen. Das ist für uns die Generallinie, unter

(Dr. Ulrich Noll)

die wir diese Debatte gerne stellen möchten. Denn Sparen ist in der Tat kein Selbstzweck, sondern soll dazu dienen, dass wir endlich Schluss damit machen, Politik zulasten nachfolgender Generationen zu machen. Wir dürfen nicht nur in der Rentenversicherung, nicht nur in der Sozialversicherung, sondern auch in der Haushaltspolitik ganz konkret nicht weiter Politik zulasten nachfolgender Generationen machen. Nichts anderes bedeutet unser generelles Ziel, dass wir Schluss machen müssen mit dem weiteren Marsch in einen Schuldenstaat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Wie?)

Ich freue mich insbesondere, dass Herr Pauli als mutiger Mitstreiter sicherlich mit uns gemeinsam daran arbeiten wird.

In der Tat hat deswegen dieses Thema, weil es ja im Haushalt immer konkret wird, die Neuverschuldung null für 2011, oberste Priorität. Denn wir können und wollen übrigens auch nicht so, wie es gerade in Berlin gemacht wird, an der Einnahmenschraube drehen. Wir können es nicht, weil wir gar keine Steuerautonomie haben; aber wir wollen es auch nicht, weil das immer die einfachste Art ist, Haushalte zu sanieren oder zu konsolidieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Diese Steuererhöhungs- und Abgabengorgie, die derzeit auf Bundesebene stattfindet, ist nicht unser Weg. Im Schwabenland weiß man – dies ist eine uralte Weisheit –: Nicht vom mehr Einnehmen wird man reich, sondern vom weniger Ausgeben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben es nun in der Tat selber in der Hand, bei den Ausgaben zu steuern –

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

selbstverständlich unter der Berücksichtigung, dass wir keine überzogenen Annahmen bezüglich des Wachstums machen, aber selbstverständlich im Bewusstsein, dass wir den Rahmen schaffen müssen, damit Wachstum stattfindet; denn sonst sind alle unsere Bemühungen nichtig. Wir werden trotzdem nicht quasi von selbst durch Wachstum diese strukturellen Defizite wegbekommen.

Deswegen hat mich die Diskussion über den „Sanierungsfall Deutschland“ schon ein bisschen gewundert.

(Abg. Ute Vogt SPD: Mich auch! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Müssen wir jetzt den Haushalt sanieren oder nicht?)

– Eben, deswegen müssen wir den Haushalt sanieren. – Wer sich einmal ein bisschen in der Bevölkerung umhört, der merkt doch, dass die Leute latent durchaus spüren, dass wir – egal, wem man jetzt die Schuld zuschieben will – wirklich an dem Punkt sind, wo zwar jeder sagt: „Möglichst nicht bei mir“, aber im Grunde genommen jeder weiß: Wir werden nicht ohne strikte Einschnitte und Einsparungen auskommen. Genau darum geht es jetzt: dass wir ein Ge-

samtkonzept entwickeln, das nicht einfach planloses Sparen, zielloses Sparen beinhaltet, sondern wo wir wirklich in der Tat – –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was haben Sie in den letzten zehn Jahren gemacht? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr regiert doch schon seit zehn Jahren!)

– Das haben wir schon seit zehn Jahren gemacht,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber das Ergebnis war mager, ganz mager!)

aber wir müssen diese Anstrengungen noch verschärfen. Wir haben zum Beispiel das Subsidiaritätsprinzip, um mehr Privattätigkeit vor staatlicher Tätigkeit möglich zu machen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: „Staatsanzeiger“!)

Wir haben Aufgaben auf freie Träger übertragen.

Frau Vogt, unter privat verstehen wir nicht zwingend AGs, sondern das können bürgerschaftlich Engagierte, Genossenschaften und freigemeinnützige Einrichtungen sein. Das ist doch der Weg, dass der Staat ein Stück weit Aufgaben an die Bürgerinnen und Bürger zurückgibt und dass dadurch nicht nur Risiken entstehen, weil natürlich Arbeitsplätze beim Staat abgebaut werden, sondern dass neue Chancen, neue Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstehen. Darum geht es doch letztendlich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also jetzt: Wo wird gespart, Herr Dr. Noll? Was wird gestrichen? Wir wollen es wissen! Was wird gestrichen? Nicht kritisieren, streichen! Was denn?)

Dass wir in dieser Aufgabenkritik auch externen Sachverstand brauchen, zeigt sich leider immer wieder, weil man einfach manchmal in der ganzen Diskussion auch fachlichen Rat braucht, wo wir – man ist ja oft, im eigenen Saft schmorend, gar nicht in der Lage, alles auf Anhieb zu erkennen – in der Tat externen Sachverstand mit einbeziehen wollen. Heute früh hat eine erste Sitzung, in der wir das weitere Vorgehen beschlossen haben, stattgefunden. Also wir reden nicht nur davon, sondern wir machen das.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mehr Gutachten!)

Um dieses Ziel zu erreichen, ist natürlich, Herr Kollege Kretschmann, das Thema Personalkosten – das ist überhaupt keine Frage – der Schlüssel für die Sanierung des Haushalts.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Sie haben moniert, dass man einzelnen Vorschlägen von Ihnen nicht sofort zugestimmt hat. Aber ich sage Ihnen an dieser Stelle: Es geht genau darum, auch einen Dialog mit den Betroffenen zu führen und nicht mit einzelnen Kürzungsmaßnahmen zu kommen, sondern ein Gesamtkonzept

(Dr. Ulrich Noll)

für den Personalbereich zu entwickeln. Das beginnt eben mit allen Fragen der Lebensarbeitszeit. Dazu sage ich klipp und klar: Wir werden nicht wie Müntefering einfach sagen: „Die Lebensarbeitszeit muss jetzt halt erhöht werden“, sondern wir werden uns sehr wohl innovative Gedanken darüber machen, wie wir zunächst einmal das reale Pensions Eintrittsalter anheben wollen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber fast alle Verbände gibt es seit 50 Jahren, Herr Kollege!)

Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er ganz konkret – Sie sagen immer, er habe nichts Konkretes gesagt – gesagt hat: Wenn wir durch Coaching, Weiterbildung oder Assistenzprogramme zum Beispiel für Lehrer – sie machen einen großen Teil unserer Beamten aus – das Pensionseintrittsalter anheben können, haben wir einen wirtschaftlichen Vorteil im Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diesen Vorteil im Haushalt wollen wir wiederum gezielt an die Lehrerschaft zurückgeben, damit ein Anreiz entsteht. Das sind intelligente Konzepte.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie es zurückgeben, ist nichts gespart! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Bei der Wochenarbeitszeit werden wir auf Dauer nicht die unterschiedliche Behandlung von Beamten und Angestellten tolerieren können. Wir werden weiter für eine Gleichbehandlung kämpfen.

(Zuruf von der SPD: Wer hat das denn eingeführt?)

Aber über die jetzige Wochenarbeitszeit der Beamten wird es nicht hinausgehen.

Zum Thema Lebensarbeitszeit: Auch da müssen die Betroffenen mitgenommen werden. Ich bin in der Tat der Meinung, dass wir wirkungsgleich – genau so steht es im Koalitionsvertrag –

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Entwicklungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenschaft übertragen wollen. „Wirkungsgleich“ heißt zum Beispiel, dass wir uns bei der Erhöhung der Pensionsgrenze auch zeitlich an die Vorgaben halten, die in der gesetzlichen Rentenversicherung gemacht werden. Das heißt, es muss in einem vorhersehbaren Zeitplan vor allem für diejenigen, die bald in Rente bzw. in Pension gehen, gemacht werden. Da bekennen wir uns dazu, das wirkungsgleich zu machen.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Bereich der Sonderzahlungen: Da wird man möglicherweise – das hat nichts mit der Rentenversicherung zu tun – schnellere Schritte gehen müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wir wollen das in einem Gesamtkonzept angehen.

Mich hat schon verwundert, Herr Kretschmann, dass Sie das Thema Pensionsfonds so verächtlich dargestellt haben.

Wir haben beschlossen, für die neu einzustellenden Beamten einen Pensionsfonds gründen zu wollen, und zwar erstens mit Blick darauf, dass wir im Jahr 2011 eine Nettoneuverschuldung von null haben werden – und jedes Jahr, in dem wir mit solchen Maßnahmen noch nicht begonnen haben, ist bei Fonds und Kapitaldeckung ein verlorenes Jahr; das weiß man –, und zweitens dient es natürlich ein Stück weit der Transparenz und der Offenlegung der Kosten, die da auf uns zukommen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was ist mit der Zinsdifferenz? Sie sind doch eine ökonomische Partei! Was ist mit der Zinsdifferenz? Das ist doch rausgeschmissenes Geld!)

– Es gibt, Herr Kollege Palmer, in vergleichbaren Ländern intelligente Konzepte, mit denen man das so regeln kann, dass es unter der Maßgabe, die ich gerade genannt habe, auch ökonomisch Sinn macht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: „Es gibt intelligente Konzepte“! Wo? Was?)

Letztendlich muss bei all diesen Sparmaßnahmen eines klar sein: Das Land Baden-Württemberg muss auch in Zukunft als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Der öffentliche Dienst muss genauso leistungsorientierte Elemente erhalten. Der öffentliche Dienst muss attraktiv im Wettbewerb sein, insbesondere wenn wir bei der Föderalismusreform irgendwann tatsächlich zu mehr Wettbewerb kommen.

Zum Thema Nullnettoneuverschuldung: Da wird die Wahrheit immer im Haushalt konkret. Wir haben demnächst einen neuen Doppelhaushalt zu beraten. Wir glauben, dass wir da die erkennbar großen Schritte hin zur Nettonull machen müssen. Wir stellen uns vor, dass im Haushaltsjahr 2008 die Nettoneuverschuldung unter 1 Milliarde € liegen muss, um klar zu machen, dass wir die Schritte zur Nettonullverschuldung im Jahr 2011 vollends schaffen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Der erste Schritt ist der schwierigste! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Lassen Sie mich, weil Sie, Frau Kollegin Vogt, so verächtlich über die Innovationskongresse und solche Dinge gesprochen haben, eines sagen: Auch da haben wir einen Grundansatz hier im Land Baden-Württemberg, der lautet: Wir wollen, auch unter dem demografischen Aspekt, den Menschen klar machen: Wir bieten euch Zukunftsperspektiven an. Wir bieten euch Kindern Zukunftsperspektiven an für eine exzellente Bildung und Ausbildung, und zwar nicht nur im universitären Bereich, sondern auch und gerade im Hauptschulbereich.

Die Herausforderung, die uns jetzt im Wissenschaftsbereich bevorsteht, ist das, was manche fast als „Überlast“ bezeichnen. Das Wort „Last“ ist da natürlich völlig falsch. Vielmehr müssen wir froh sein, wenn wir die Zahl der Hochschulabgängerinnen und -abgänger steigern können.

Da darf ich einmal ausnahmsweise keinen Rektor einer Hochschule, sondern einen Nicht-Bildungspolitiker, einen

(Dr. Ulrich Noll)

Ökonomen, nämlich Professor Franz – Ihnen wohl bekannt –, zitieren. Er hat wörtlich gesagt:

*Wenn die Politik nicht heute damit beginnt, vermehrt in Bildung zu investieren und die Effizienz des Bildungssystems zu erhöhen, ist der künftige wirtschaftliche Abstieg Deutschlands, einschließlich des Landes Baden-Württemberg, in die Drittklassigkeit vorprogrammiert.*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen wir doch! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Gerade auch der Wirtschaftsminister hat zu diesem Thema, schnelleren Wissenstransfer nicht nur bei den Großbetrieben, sondern auch beim Mittelstand und beim Handwerk zu befördern, in der Vergangenheit viele Initiativen gestartet. Das betrifft gerade auch die Kongressreihe, die jetzt in Zusammenarbeit mit der IHK veranstaltet wird, um genau zu sehen, wo, mit welchem Ziel und mit welchen Mitteln man welche Kapazitäten gezielt aufbauen will. Natürlich muss dies auch unter Beteiligung der Wirtschaft geschehen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das sind intelligente, dialogorientierte Prozesse, mit denen wir diesen Herausforderungen begegnen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sind doch reine Schauveranstaltungen, die da stattfinden!)

Wir haben auch ganz konkret – weil Sie immer sagen, das sei nichts Konkretes – vereinbart, dass man zum Beispiel bei den Professoren schlicht und einfach überlegen kann – –

(Abg. Ute Vogt SPD: „Überlegen kann“! Da kommt es schon wieder! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man muss das mit den Betroffenen bereden. Wir werden ihnen den Vorschlag unterbreiten, dass wir zum Beispiel Stellen von Wissenschaftlern, die sich verpflichten, bis zum 68. Lebensjahr in der Lehre tätig zu bleiben, trotzdem schon neu besetzen, wenn diese 65 Jahre alt sind. Dann haben wir während der drei Jahre praktisch zwei Stellen, zahlen aber für die zweite Stelle letztendlich nur die Differenz zwischen dem aktiven Gehalt und dem Pensionsanspruch der über 65-Jährigen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Winfried Scheuermann CDU)

Das sind intelligente Modelle. Auch ein Vorgriffsstundenmodell kann da durchaus infrage kommen. Da sind wir durchaus im Gespräch mit den Betroffenen. Das ist gut so. Wir wollen nicht überstülpen, sondern wir wollen gemeinsam Lösungen entwickeln,

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

die nicht eine Last, sondern eine Chance darstellen, wenn eine zunehmende Zahl von Abiturienten und damit Hochschulabgängern auf uns zukommt.

Die Studiengebühren sind eine alte Leier. Frau Vogt, außer Ihnen bringt sie eigentlich keiner mehr. Dieses Thema ist inzwischen erledigt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das macht es deswegen nicht richtiger!)

Denn die Studenten haben inzwischen erkannt, dass es nicht nur ein Versprechen war, sie an der Verwendung der Mittel zu beteiligen. Diese Mittel werden ausschließlich in die Lehre gehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das werden wir ja sehen! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Parallel dazu – das haben wir auch immer versprochen – werden wir die Mittel der Hochschulen eben nicht kürzen, sondern den Solidarpakt auf acht Jahre fortschreiben und erneuern.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Da steht die Bewährungsprobe aber noch aus!)

Alle unsere Versprechen wurden also auch eingehalten. Außer der Opposition hier im Landtag redet niemand mehr darüber.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Karl Zimmermann CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Übrigens trägt der Weg, auch den Hochschulen mehr Autonomie zu geben, Früchte in unserem Land. Qualitätssicherung durch Autonomie und Wettbewerb findet bundesweit immer mehr Nachahmer. Wir waren die Vorreiter

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie immer! Die Liberalen voran in allen Lebenslagen!)

bezüglich der leistungsorientierten Mittelzuweisung, der Selbstauswahlrechte der Hochschulen und des Wegfalls bürokratischer Zuteilungsverfahren durch die ZVS. Das haben wir alles hier schon in der Vergangenheit geleistet.

Die zweite Schiene ist das Thema Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das haben Sie in der Tat zu Recht sehr ausführlich angesprochen. Trotz aller Chancengleichheit am Start, um die es uns gehen muss und um die es uns auch wirklich geht, werden die Betroffenen nicht vor die Frage gestellt, ob sie irgendwann Studiengebühren bezahlen müssen oder nicht, sondern vor die Frage, ob sie einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz erhalten. Wir bekennen uns sehr wohl dazu, dass es ein Bürgerrecht ist, dass die Menschen am Start ihres Bildungswegs gleiche Chancen haben, wohl wissend, dass die Ergebnisse unterschiedlich ausfallen werden. Aber es muss am Start faire Chancen geben.

Wir dürfen, glaube ich, gemeinsam stolz darauf sein – auch wenn man immer sagen kann, wir hätten das ein bisschen spät gemacht –, dass wir das Zeichen gesetzt haben, dass Kindergärten nicht mehr in erster Linie Betreuungseinrichtungen, sondern Bildungsstätten sein werden. Deshalb ist dieser Bereich nun beim Kultusministerium zu verantworten. Wir werden das, was wir mit vielfältigen Modellen

(Dr. Ulrich Noll)

schon in der vergangenen Legislaturperiode begonnen haben, fortsetzen. Es ist zu spät, erst dann anzusetzen, wenn jemand nach dem Hauptschulabschluss keinen Ausbildungsplatz kriegt. Wir müssen früher ansetzen und sicherstellen, dass kein Kind zum Beispiel ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Schule kommt, weil es sonst schon vom Start weg verloren hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Deswegen haben wir ja schon in der Vergangenheit Sprachstandsdiagnosen und mehr Sprachförderung durchgeführt. Wir haben jetzt beschlossen, schon im ersten Kindergartenjahr, also im vierten Lebensjahr, mit diesen Sprachstandsdiagnosen zu beginnen. Nach unserer Auffassung – auch da gibt es die unterschiedlichsten Modelle; seien Sie mir nicht böse – ist es sowohl in der Schul- als auch in der Kindergarten- und Betreuungspolitik eines unserer Grundprinzipien, nicht ständig zu versuchen, neue Konzepte von oben überzustülpen oder irgendwo neue Etiketten draufzukleben. Vielmehr muss einmal gesagt werden: „Leute, ihr habt die Freiheit und die Eigenverantwortung. Wenn ihr euch einig seid, in welche Richtung ihr zum Beispiel das Profil eures Kindergartens entwickeln wollt, etwa als Sportkindergarten oder als Waldorfkindergarten, was auch immer, dann macht einmal.“ Wir sollten die Leute dann endlich einmal machen lassen und nicht versuchen, ihnen alles vorzuschreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Ein ganz kleiner Hinweis bezüglich der Sprachförderung: Ein bisschen unterbelichtet – jetzt ist der Kultusminister gerade nicht da; doch, da ist er – scheint mir das Thema „Bewegung und Ernährung“ zu sein.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Das bezieht sich nicht auf das, was tatsächlich passiert. Aber wir reden zurzeit sehr, sehr viel über die Sprachentwicklung. Alle wissen, dass zur intellektuellen Entwicklung und zur körperlichen Entwicklung Bewegung gehört. Dazu gehören natürlich auch solche Themen wie Übergewicht. Diese Themen dürfen nicht unterbelichtet werden. Deswegen brauchen wir da einen ganzheitlichen Ansatz.

Zwar muss in der Tat nicht jede Erzieherin Fachhochschulabgängerin sein, aber die Kräfte, die diese Aufgaben künftig erledigen müssen, bedürfen einer exzellenten Qualifikation und Weiterbildung. Da haben wir schon gemeinsam mit den Kommunen gehandelt. Das ist eben der Unterschied, dass wir nicht theoretisch reden, sondern mit denen, die die Aufgabe schließlich erledigen müssen, praktisch handeln: Wir stellen gemeinsam auch Geld für die Qualifizierung der Erzieherinnen bereit.

Von daher denke ich, dass wir solche Themen, wie Sie, Frau Vogt, sie mit der Schulsozialarbeit – – Das war eine nette Rechnung; das hat mir gefallen. Das wird den Kommunen auch gefallen, wenn man sagt: Schulträger ein Drittel, Kinder- und Jugendhilfe ein Drittel und das Land ein Drittel.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Nils Schmid: Das haben Sie mit beschlossen! Jugendenquete! – Zurufe von der CDU)

– Moment! Sie wissen aber schon, dass die Kinder- und Jugendhilfe auch von den Kommunen bezahlt wird.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das würde also heißen: zwei Drittel Kommunen, ein Drittel Land – ein „faires Angebot“, würde ich einmal sagen.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

– Ja, ja, regen Sie sich jetzt nicht auf! Das ist Rosstäuscheri.

(Abg. Stephan Braun SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt lasse ich keine Zwischenfrage zu.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ja, ja! Das war ein Beschluss der Enquetekommission! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Lassen Sie mich einmal am Stück weiterreden.

Deswegen ist unsere Lösung, Frau Vogt:

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Wir wollen künftig nicht über alle Schultypen im ganzen Land hinweg gleiche Regelungen. Es mag an der einen Schule wirklich sinnvoll sein, Schulsozialarbeiter einzustellen, während an einer anderen Schule möglicherweise über andere Wege das spezielle Profil dieser Schule gestärkt werden sollte.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Deswegen liegt der Schlüssel in mehr Eigenverantwortung für die Schulen – über ein eigenes Profil. Dafür haben wir schon die Möglichkeiten geschaffen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Es gibt im Moment im Land Baden-Württemberg viele Möglichkeiten, um auch schon mit solchen Modellen, wie Sie, Herr Kretschmann, sie genannt haben, zu beginnen. Ich bin der Meinung, dass auch da Best Practice, das Vorbild, sicherlich Wirkung erzielen wird. Das Ganze können wir ideal verwirklichen, wenn wir das machen, was wir klar vereinbart haben: Die Ressourcen im Bildungssystem bleiben erhalten, weil Bildung unsere oberste Priorität für die Menschen in diesem Land genießt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das bedeutet aber nicht gleich Stellen. Die Ressourcen, die Mittel bleiben erhalten. Schon in der letzten Legislaturperiode hat noch Frau Schavan als Kultusministerin hier an diesem Pult gesagt: „Wir können uns auch Mittel statt Stellen vorstellen.“ Nur: Die Mittel müssen in diesem Bereich bleiben. Genau nach diesem Motto werden wir verfahren. Dann liegt es in der Verantwortung von Schulkonferenz, Schul-

(Dr. Ulrich Noll)

träger, Lehrerschaft und Elternschaft, wie sie mit diesem Budget umgehen. Da muss die Schule nicht immer zwingend Lehrer einstellen – sie kann, aber sie muss es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich werde die ewige Leier vom Jugendbegleiter, sage ich einmal, nicht zum Verstummen bringen. Aber es ist nun einmal so: Das Thema Jugendbegleiter scheint für Sie ein absolutes Reizwort zu sein. Aber die Idee, die dahinter steckt, lautet doch nicht: „Billiger Jakob, wir machen das ohne irgendwelche Bezahlung.“ Vielmehr können Sie, wenn Sie es sich vielleicht einmal ansehen, ja sehen, dass wir auch beim Typ der offenen Ganztagschule, von denen wir einen Anteil von ca. 40 % im Land anstreben – Auch da werden wir zusätzliche Lehrerdeputate geben – nicht so viele wie für die Schulen mit besonderem pädagogischem und sozialem Hintergrund; jetzt heißen sie ja nicht mehr Brennpunktschulen. Aber es ist einfach ein Gerücht, man wolle ausschließlich über das Ehrenamt ganztagschulische Angebote finanzieren. Das ist überhaupt nie angedacht worden.

(Minister Ernst Pfister: Das wissen die doch ganz genau!)

Das ist ein wichtiges Element, und zwar nicht einmal so sehr aus Gründen des Sparens. Die wollen auch und die kriegen auch etwas. Wir haben für die Jugendbegleiter auch Geld in den Haushalt eingestellt. Das ist gemeinsam mit den Kommunen besprochen.

Der Ansatz ist doch gerade im Bereich der Hauptschule das, was wir beklagt haben: Kinder und Jugendliche früh mit dem Arbeitsleben in Verbindung zu bringen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese Chance wird ja schon aufgegriffen. Sie müssen einmal im Land herumreisen. Natürlich gibt es immer ein paar Mäkler und Meckerer. Aber die IHKs springen auf diesen Zug Gott sei Dank auf.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch lächerlich! Das funktioniert doch nur vereinzelt!)

– Das ist nicht lächerlich und das funktioniert nicht vereinzelt. Das machen die Vereine. Wenn nicht überall alles gleich funktioniert, kann man doch deswegen nicht sagen:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch keine neue Form von Unterricht!)

„Es ist alles Mist“, sondern dann muss man fragen: „Warum funktioniert es da gut? Vielleicht machen wir etwas falsch.“ Oder: „Es passt uns nicht. Dann stellt halt mit dem Geld zusätzliche Lehrer ein.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber es wird keiner gezwungen. Das ist ein Angebot, das über eine finanzielle Dimension der Öffnung der Schule mehr für Eltern, für die Lehrerschaft, für die Wirtschaft, für Vereine und für das bürgerschaftliche Engagement bringt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Das ist doch nicht der Punkt!)

Da stehen wir dahinter und lassen uns dies nicht ständig mit dem Verweis, das sei ein billiger Jakob, mies machen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das hat nicht nur einen finanziellen, sondern auch einen ideellen Mehrwert, den wir mit diesem Weg zu mehr Flexibilität, zu mehr Öffnung der Schule hinbekommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Thema Betreuung kommen, das natürlich immer mit den Bildungsfragen verbunden ist. Es ist kein Geheimnis, dass dies zwischen den Koalitionären mit unterschiedlichem Gewicht gesehen wird. Ich bin in der Tat der Meinung, dass – dazu hat übrigens Frau von der Leyen kürzlich bei der BW-Bank einen wunderbaren Vortrag gehalten, in dem sie das noch einmal ganz klar dargestellt hat – ein neues Denken in der Familienpolitik stattfindet. Das Elterngeld ist Lohnersatzleistung, nicht Sozialtransfer. Wir müssen auf jeden Fall ganz praktisch reagieren – Kollege Kretschmann hat es schon gesagt, und das ist auch kein Geheimnis –: Elterngeld gibt es ein Jahr respektive möglicherweise plus zwei Vätermomente oder Partnermomente, und was ist dann? Wir müssen also das Landeserziehungsgeld ändern.

Man kann immer Argumente pro und kontra bringen, und da gibt es natürlich manchmal auch althergebrachte Vorstellungen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ist das Ihre persönliche Meinung oder die der Regierung?)

– Meine persönliche Meinung ist, dass wir als Kernaufgabe des Landes nicht Sozialtransfer an Familien haben, sondern Bildung und Betreuung anzubieten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich zu machen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und die FDP/DVP-Fraktion steht da dahinter!)

Dies wird nach der Elternzeit verstärkt nachgefragt werden. Deshalb wird der Druck auf die Kommunen, diese Angebote auszubauen, massiv ansteigen. Deswegen bin ich ja schon dankbar, dass wir an dieser Stelle –

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Sie ziehen das wieder vom Erziehungsgeld ab! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist jetzt die Meinung des Fraktionsvorsitzenden?)

– Herr Kretschmann, das ist die Meinung der FDP. Wir haben versucht, darüber zu reden, inwieweit man schrittweise umschichten kann. Den ersten Schritt haben wir gemacht,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 10 %!)

indem wir gesagt haben – lesen Sie es –: Mindestens 10 % des Landeserziehungsgelds werden künftig zusammen mit den Kommunen für Betreuung und Bildung eingesetzt werden.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mindestens!)

*(Dr. Ulrich Noll)*

Das sind so um die 10 Millionen €. Jetzt kann man sagen: Nasenwasser. Nein, das ist nicht gerade wenig, was man zusammen mit den Kommunen damit machen kann. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man wie an anderer Stelle bei Förderprogrammen immer wieder ein Controlling macht: Wie steht es mit dem Erreichen des Ziels, wie sind der Aufwand, Bürokratie usw.? Wir müssen ja Stellschrauben verändern, damit das eine Dynamik bekommt. Darüber muss man irgendwann Kompromisse schließen, und so haben wir jetzt den Kompromiss geschlossen, mit einer Umschichtung des Landeserziehungsgelds zu beginnen, um gemeinsam mit den Kommunen mehr Betreuung von Kindern unter drei Jahren möglich zu machen.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Das ist völlig unsinnig!)

Das ist der Bereich, in dem wir tatsächlich schon jetzt zusätzliche Angebote brauchen und noch sehr viel mehr brauchen werden, wenn diejenigen, die Elterngeld bezogen haben, hinterher selbstverständlich wieder in ihren Beruf zurückgehen.

Ich glaube, ich brauche gar nicht mehr zu betonen, dass das alte Gegeneinander-Ausspielen – hier Betreuung in der Familie, dort Betreuung außerhalb der Familie – völlig obsolet geworden ist. Das hat nichts mit Verantwortung zu tun. Wer sein Kind betreuen lässt und in dieser Zeit einem Beruf nachgeht, ist nicht eine verantwortungslose Rabenmutter, sondern ist eine sehr verantwortungsvolle Mutter. Manchmal ist es ja auch so, dass allein die Situation, dass ein Kind in einer Gruppe betreut wird, für Einzelkinder schon ein Gewinn an sich ist, weil es mal mit anderen Kindern zusammenkommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese alten ideologischen Debatten brauchen wir nicht mehr, sondern wir brauchen die Möglichkeit, Familie und Beruf tatsächlich vereinbar zu machen – das sollen Frauen und Männer in Anspruch nehmen können –, und das Ganze in Wahlfreiheit. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir, wenn wir umschichten – das haben wir auch schon festgeschrieben –, uns nicht ausschließlich auf die Krippenförderung konzentrieren, sondern auch die Betreuung durch Tagesmütter fördern. Denn wir wollen auch da einen Wettbewerb und die Wahlfreiheit der Eltern; wir wollen nicht gegeneinander, sondern miteinander Lösungen überlegen. Mein Oberbürgermeister Klenk in Leinfelden-Echterdingen hat dafür ein Modell entwickelt – heute steht es in der Zeitung –, das Vorbild für das ganze Land werden könnte. Möglicherweise steigt man da sogar in ein Gutscheinsystem ein. Da gibt es viele Möglichkeiten. Der Grundsatzbeschluss ist da. Wir müssen das jetzt umsetzen.

Das wird übrigens eine nicht ganz einfache Frage werden, weil das gesetzestechnisch mit den überschneidenden Zeiten geregelt werden muss. Da gibt es ja immer einen Vorlauf. Schon bei der Geburt kann ich ja die Auszahlung für das dritte Lebensjahr beantragen. Es gibt also Eltern, bei denen schon jetzt feststeht, dass sie das in zwei Jahren bekommen werden. Der Bezug des Elterngelds fängt aber schon jetzt an. Ich will damit nur andeuten: Darüber wird man ganz konkret noch sehr viel miteinander diskutieren

müssen. Aber ich denke, wir werden da zu einer guten Lösung kommen, die genau in die Richtung führt, dass wir als Land unsere Kernaufgabe zusammen mit den Kommunen angehen, den Menschen mehr Bildung und Betreuung vor allem im vorschulischen Bereich und bei den unter Dreijährigen zur Verfügung zu stellen und damit echte Wahlfreiheit zu schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich will zunächst noch beim Thema Arbeitsplätze bleiben. Wir wissen alle, dass sich Gott sei Dank sowohl unser Wirtschaftsminister als auch der neue Staatssekretär eigentlich originär als Minister bzw. Staatssekretär für Mittelstand, Handwerk und freie Berufe verstehen. Denn wenn wir eines sicher wissen – da brauchen Sie nicht einmal die täglichen Meldungen über Stellenabbau bei großen Firmen zu lesen –, dann ist es dies, dass wir nur in den Bereichen des Mittelstands, des Handwerks und der freien Berufe überhaupt noch mit Zuwachs rechnen können. Diese brauchen aber die berühmten Rahmenbedingungen, Frau Vogt. Mir scheint jedoch manchmal, Sie wollen Rahmen zimmern, die so breit sind, dass sich überhaupt kein Bild mehr entwickeln kann. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Wir malen halt große Bilder!)

Es geht darum, die Möglichkeiten weiter zu gestalten und mehr zu ermöglichen, anstatt immer Neues vorzuschreiben. Bei diesem Punkt erscheint mir auch der Vorschlag, irgendeine Meldepflicht für Ausbildungsplätze einzuführen, als kritisch. Das muss ich auch noch einmal vertiefen, und ich muss prüfen, ob das zusätzliche Stellen schafft.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nicht unbedingt zielführend!)

Wir können es aber auf jeden Fall nicht brauchen, der Wirtschaft auf die Füße zu treten, womöglich noch mit einer Ausbildungsplatzabgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Wie kommen Sie dann zu mehr Ausbildungsplätzen?)

Zur Hauptschule: Die Ansätze, die wir gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und dem Kultusminister besprochen haben, gehen dahin, dass wir zu diesem unseligen Thema, Kinder mit Hauptschulabschluss in Warteschleifen zu stecken, Alternativkonzepte entwickeln. Aber auch das braucht eben ein bisschen Zeit. Da muss man mit allen reden. Da muss man mit den Kammern darüber reden, ob es eine Teilqualifizierung geben kann.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Vor allem mit den Schulen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Gewerkschaften! Die blockieren das!)

– Ja, auch da. – Wir müssen die Zeit nutzen. Da muss es wirklich einen Dialog geben. Das Ziel muss sein, nicht irgendwie zu versuchen, eine Gesichtswahrung oder sonst etwas zu betreiben, sondern wirklich und tatsächlich den jungen Menschen zu helfen, indem wir das Defizit, das die Betriebe häufig beklagen – dass Schulabgänger ankommen,

(Dr. Ulrich Noll)

die mit ihren Defiziten in den Sprachen und in Mathe gar nicht ausbildungsfähig seien –, gezielt gemeinsam zu beheben versuchen und damit neue Chancen eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Themen – Schulträger Land, Kindergarten und Kinderbetreuung originär Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe der Kommunen – führen mich noch einmal zu dem Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Es ist jetzt schon mehrfach angesprochen worden. Klarer, als wir das gesagt haben, kann es eigentlich niemand mehr sagen. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, also das Konnexitätsprinzip, halten auch wir für richtig und für einen fairen Umgang mit den Kommunen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Schauen Sie sich einmal die Koalitionsvereinbarung an. Da steht auch drin, dass wir die Frage von Konnexität und Konsultation wiederum gemeinsam mit den Betroffenen noch einmal überprüfen werden.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Überprüfen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Überprüfen! Das Ergebnis, das da herauskommt, ist doch schon klar! – Zuruf der Abg. Bärl Mielich GRÜNE)

– Man muss doch einmal darüber reden. Das ist wie eine Schuldenbremse oder ein Schuldenverbot per Gesetz. Schauen Sie doch einmal an, was in Berlin passiert.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Seit fünf Jahren bricht man ein im Grundgesetz verankertes Gebot, weil man immer einen Weg findet, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts als Begründung heranzuziehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Frage, was auf dem Papier steht, ist noch einmal eine andere Frage als die Frage, was Realität ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das stimmt in der Tat! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es gäbe viele Möglichkeiten, das zu diskutieren, Herr Noll! Wir haben ein Jahr lang gekämpft!)

Wir bekennen uns dazu, dass wir in einem fairen Miteinander mit den Kommunen versuchen wollen, diese Aufgaben gemeinsam zu lösen. Helfen Sie mit, dass man den Kommunen zumindest das, was ihnen der Bund im Zusammenhang mit Hartz IV einmal versprochen hat – nämlich 2,5 Milliarden € jährlich – zukommen lässt, um Kinderbetreuung auszubauen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nichts davon ist bisher angekommen. Im Gegenteil: Es gibt eine Mehrbelastung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren von der Opposition, bei dem gemeinsamen Versuch, das hinzubekommen.

Das Thema Demografie ist unheimlich vielschichtig und betrifft alle Bereiche. Deswegen bin ich bei aller Skepsis gegenüber dem Beauftragtenwesen sehr dankbar, dass der Ministerpräsident speziell für den Bereich „Demografie, ältere Menschen“ eine Beauftragte berufen hat. Denn es ist in der Tat so: Bei übergreifenden Themen ist es, denke ich, richtig, eine Stelle zu schaffen, an die alles, was damit zu tun hat, angedockt wird.

So wie Sie, Frau Vogt und Herr Kretschmann, den Vorwurf geäußert haben, zu bestimmten Bereichen sei nichts gesagt worden, könnte ich Ihnen jetzt sagen: Mich hat es schon gewundert, dass man nichts über die Chancen älterer Menschen in unserer Gesellschaft gesagt hat. Klar, Sie können auch nicht alles sagen,

(Abg. Ute Vogt SPD: Wir sind noch fünf Jahre lang hier!)

aber das ist eines der drängenden Probleme. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn Sie über Seniorenpolitik als Teil der demografischen Entwicklung sprechen. Gott sei Dank werden wir alle immer fitter und gesünder älter. Doch als Erstes wird man in diesem Zusammenhang immer gefragt: Wie geht es mit den Pflegeheimen und mit den Dementen weiter? Obwohl inzwischen jeder weiß, dass das Alter per se nichts Schlechtes ist, sondern dass es einem viele Chancen, viel Kompetenz und viel Erfahrung bringt, wird doch sehr häufig von einem Defizitansatz ausgehend diskutiert: Was brauchen die Menschen, wenn sie betreut werden müssen?

Stattdessen müssen wir die Chancen wieder viel mehr in den Mittelpunkt stellen. Genau in solchen Bereichen wie dem bürgerschaftlichen Engagement gibt es Chancen der Mitwirkung und der Teilhabe, die wir gerade für ältere Menschen möglich machen können. Es gibt sie aber auch, und das ist ganz wichtig, in der Wirtschaft, in den Betrieben. Dort, wo die Politik Vorruhestandsregelungen Vorschub geleistet hat – diesem unwürdigen Herausdrängen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozess –, muss damit schnell und definitiv Schluss gemacht werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Wenn Erwin Teufel das gehört hätte, hätte er sich gefreut!)

Jetzt komme ich doch noch zu dem defizitären Ansatz und zu dem Thema Pflegeheimpolitik: Auch da haben ältere Menschen, wie wir inzwischen alle wissen, und übrigens auch deren Angehörige völlig andere Prioritäten, wenn es darum geht, wie sie denn im Falle des Falles, dass sie Unterstützung brauchen, leben möchten.

(Abg. Heiderose Bertho FDP/DVP: So ist es!)

Auch aus diesem Grund glaube ich, dass unser Beschluss aus der letzten Legislaturperiode, der in der Regierungserklärung zwar erwähnt, aber

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Verwässert!)

etwas verwässert wurde, sage ich jetzt einmal, richtig war. Das entspricht ja auch den tatsächlichen Bedürfnissen zum

(Dr. Ulrich Noll)

einen der Kommunen, die die Pflegeheimförderung mit KIF-Mitteln betreiben, und zum anderen der Menschen, die sich möglicherweise andere Wohnformen vorstellen, die dann wieder nicht systemkonform oder programmkonform sind. Was soll also ein Festhalten am Programm? Deshalb haben wir als Fraktionen den Beschluss gefasst, aus diesem Programm nach und nach auszusteigen und keine neuen Verpflichtungsermächtigungen mehr auszusprechen, denn hier funktioniert der Markt, und es ist auch menschengerechter, wenn man da nicht versucht, sozusagen mit dem goldenen Zügel zu lenken. Hier können wir beim Thema Subventionen konkret etwas verändern.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das ist Daseinsvorsorge!)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Querschnittsthema kommen, das mehrere Kabinettsausschüsse betrifft. Auch darüber ist bei der Regierungserklärung nicht geredet worden, weil man eben nicht alles sagen kann – so wie Sie nichts über Seniorinnen und Senioren gesagt haben,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

wobei ich wirklich glaube, dass es ein wichtiges Signal ist, dass wir diese im Land Baden-Württemberg im Blick haben.

Ich meine das Thema „innere Sicherheit und Liberalität“. Frau Vogt, Sie haben sich zu Recht – und ich darf alle, die sich vorhin vielleicht nicht getraut haben, zu klatschen, aufrufen, jetzt vielleicht noch nachträglich zu klatschen –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da überfordern Sie jetzt Ihre CDU-Kollegen!)

bei all denen bedankt, die – sei es professionell und hauptamtlich oder ehrenamtlich – in den Rettungsdiensten und bei der Polizei dafür sorgen, dass wir bisher Gott sei Dank im Wesentlichen nur wunderbare Bilder von dieser Weltmeisterschaft im Land haben sehen dürfen. Es herrscht eine wunderbare Stimmung, und diese Menschen sorgen mit ihrer Arbeit dafür, dass alles in einem sicheren Rahmen abläuft.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Da können wir mitklatschen! Aber die CDU klatscht wieder nicht! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die CDU hat es immer noch nicht kapiert!)

Vor der Weltmeisterschaft ging ja die Meldung durch die Medien, dass in manchen Teilen der Welt, vor allem in Afrika, von No-go-Areas in Deutschland die Rede sei. Ich halte das für eine schlimme Entwicklung. Das galt nicht für Baden-Württemberg, aber es zeigt natürlich, dass innere Sicherheit und Liberalität zwei Seiten derselben Medaille sind und dass wir einerseits selbstverständlich darauf achten wollen, Sicherheit zu gewährleisten, in diesem Spannungsfeld andererseits aber auch keine überzogenen Einschränkungen der Liberalität und der persönlichen Freiheit zulassen sollten. Bisher sind wir da schon sehr gut gefahren. Wir haben keine No-go-Areas. Aber wir müssen natürlich immer wieder in diesem Spannungsfeld diskutieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gerade dieses schöne Bild, das wir von den Spielen von den Public-Viewing-Plätzen haben, und diese vielen Menschen unterschiedlicher Kulturen, die die Offenheit dieses Landes Baden-Württemberg ein Stück weit zeigen, dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir nicht ohne Grund den Justizminister als Beauftragten für das Thema Integration haben. Er geht über die Aufgabe eines klassischen Ausländerbeauftragten hinaus, er benennt genau die Fragen der Integration schon im Kindergarten. Er nimmt bei diesem Gesamtkonzept jetzt wirklich die Fäden stärker in die Hand, um aus einem Guss dieses wichtige Thema für uns in Baden-Württemberg anzusprechen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der SPD)

– Ja, natürlich. Wir haben vieles richtig und gut gemacht, aber man kann alles immer noch verbessern, wenn man versucht, die Kompetenzen zu bündeln und von einer Hand steuern zu lassen.

Integration ist ein wichtiges Thema, aber Integration erfordert nicht nur die Bereitschaft, die Menschen aufzunehmen, sondern auch die Bereitschaft der Menschen, die zu uns kommen, sich zu unserer Werteordnung, zu unserer Gesellschaft zu bekennen. Dazu gab es ja schon Debatten in diesem hohen Hause. Für uns gilt an diesem Punkt wie an anderer Stelle: keine Toleranz der Intoleranz, auf keiner der Seiten der Beteiligten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Thema Nachhaltigkeit: Auch wenn Herr Kretschmann meint, nur die Grünen hätten solche Themen bisher behandelt, darf ich selbstverständlich das, was der Ministerpräsident zum Thema Energie gesagt hat, noch einmal aufgreifen. Sie wissen, der Wirtschaftsminister hat jetzt die wesentlichen Teile der Energiepolitik in seinem Ressort. Man muss sich einfach einmal von dem Märchen verabschieden, wir würden einen – was haben Sie gesagt? – Kreuzzug gegen die erneuerbaren Energien führen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP schüttelt den Kopf. – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Unsinn!)

Das ist doch so was von abstrus. Im Gegenteil: Wir wollen doch alles daransetzen, den Anteil der erneuerbaren Energien zu steigern. Wir kümmern uns um genau die Bereiche, die Sie genannt haben: Energieeffizienz, Energiesparen als die Energiequelle und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie wollen Sie das machen?)

– Jetzt kommt eine schöne Frage: Wie wollen Sie das machen?

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Jetzt kommt genau der Punkt, dass man bei all diesen Strategien auch das Thema Klimaschutz nicht ganz vergessen sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Deswegen halte ich es für einen sehr intelligenten und sehr innovativen Ansatz – natürlich muss man es noch einmal rechtlich prüfen, aber wir sind ziemlich sicher, es geht –, eine Vereinbarung zum Beispiel mit der EnBW dergestalt abzuschließen, dass man, wenn wir es erreichen würden, aus Klimaschutzgründen die Laufzeit verlängert. Damit meine ich keine Verlängerung der Laufzeit für immer, sondern eine wirtschaftlich, ökonomisch und klimaschutzmäßig sinnvolle Verlängerung, und ein Teil der finanziellen Vorteile sollte nicht bei den Aktionären – Landkreise, Kommunen – bleiben, sondern für die Förderung der erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Das ist unser ganz klares Bekenntnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Thema Flächenverbrauch: Wer wie ich in der Regionalversammlung des Regionalverbandes Stuttgart war – Herr Hofelich, Sie sind es immer noch –, weiß, welche Steuerungsinstrumente, planungsrechtlichen Instrumente zur Verfügung stehen, um den Flächenverbrauch einzudämmen. Zu diesem Ziel bekennen wir uns. Man muss sich aber wirklich die Möglichkeiten überlegen. Wir haben das Planungsrecht, das nicht immer ausreicht, und auch die Möglichkeit, über Förderprogramme Einfluss zu nehmen. Wir haben uns auch vorgenommen, Ernst Pfister, die Mittel des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum und die Städtebauförderung selbstverständlich nicht zugunsten des Straßenbaus zu kürzen, sondern verstärkt für die gezielte Förderung der Reaktivierung von Brachen und für innerstädtische Entwicklungen zu verwenden. Wir wollen diese Instrumente nutzen, um das Ziel, den Flächenverbrauch einzudämmen, zu erreichen. Ob und wann wir auf null kommen, wird eine andere Frage sein.

Letzte Bemerkung zum Bereich Verkehr: Der schöne alte Spruch „Wohlstand kommt auf guten Straßen“ war lange Zeit nicht mehr Gender,

(Heiterkeit)

nicht mehr der Mainstream. Daran haben Sie einen großen Anteil.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie kommen Sie denn da auf Gender? – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Er ist schon gegendert!)

– Ja, okay. Okay. Mainstream, general Mainstream habe ich gemeint.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Der Gegenderte!)

Jedenfalls wird die Verkehrspolitik natürlich eines der entscheidenden Themen sein, weil die Erreichbarkeit der Einbindung in das europäische Schienennetz für uns eben auch wirtschaftlich die zentrale Frage ist. Da können Sie noch so oft vom „Bahnhof vergraben“ reden; Sie würden Chancen für die Wirtschaft und für die Menschen dieses Landes vergeben, wenn wir es angesichts der Konkurrenzstrecken nicht hinbekommen würden, Stuttgart 21 zu realisieren.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir bekommen es hin!)

Wir müssen alle – und da rufen wir vor allem diejenigen auf der linken Seite auf, sich zu beteiligen – gemeinsam dafür sorgen, dass das funktioniert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Genau dasselbe gilt natürlich für die Rheinstalstrecke. Überhaupt keine Frage.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wir haben – Herr Kretschmann, hören Sie zu – vereinbart, bei der Fortschreibung des Generalverkehrsplans des Landes Baden-Württemberg auch die Themen Flughäfen und Luftverkehr mit einzubeziehen und fortzuschreiben, weil es da natürlich geänderte Rahmenbedingungen gibt, wenn man alle Verkehrsstränge betrachtet. Zum Beispiel wird am Flughafen Stuttgart hoffentlich bald ein ICE-Halt an einer europäischen Magistrale vorhanden sein. Da soll es übrigens auch eine Messe geben.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Da haben sich die Rahmenbedingungen also gewaltig geändert. Deswegen bin ich mir – das ist kein Geheimnis – ohne große Vorprüfung – ich sehe aber auch der Prüfung gelassen entgegen – ziemlich sicher, dass es Alternativen zu einem luftseitigen Ausbau des Flughafens Echterdingen gibt. Denn ich glaube, die verkehrliche Erreichbarkeit dieser dann drei Großeinrichtungen – Bahnhof, Flughafen und Messe – würde schlicht und einfach nicht mehr darstellbar, und die Kosten dürften dann wirklich in einem Verhältnis zum Nutzen stehen, das uns weit von Frankfurt, München und Zürich entfernt bleiben lässt. Da kann man die politische Entscheidung guten Mutes an das Ende dieses Prozesses stellen.

Meine Position ist klar, weil man den Menschen da oben, als man die Messe gebaut hat, übrigens auch einmal versprochen hat, beim Flughafen nichts mehr zu machen. An dieses Versprechen fühle ich mich auch über Legislaturperioden hinweg gebunden. Aber ich glaube, dass man dies auch fachlich belegen kann.

Ich sage einmal: Billigflieger haben übrigens auch Sie nicht wesentlich gedämpft, indem Sie zum Beispiel steuerliche Vorteile abgeschafft hätten, Herr Kretschmann, als Ihre Partei in Berlin noch Regierungsverantwortung getragen hat. Sie haben in meine Richtung immer getönt – das weiß ich noch –: „Wann endlich kommt die Kerosinsteuer, damit das nicht unverhältnismäßig billiger ist?“, und dann haben Sie immer kleinlaut gesagt, das gehe halt nur im europäischen Kontext. So einfach ist halt manchmal Politik.

Ich prognostiziere Ihnen aber: Das wird so nicht weitergehen. Wenn man in Stuttgart möglicherweise an Kapazitätsgrenzen stößt, werden sich die Gleichen, die sagen, nur in Stuttgart gehe es, übermorgen, wenn der politische Beschluss gefallen ist, auf Alternativen, die wir im Generalverkehrsplan anbieten können, selbstverständlich mit hoffentlich gleichem Erfolg stürzen.

Lassen Sie mich zum Abschluss zu wenigen bundespolitischen Themen kommen. – Es ist nett, dass Sie jetzt nicht

(Dr. Ulrich Noll)

klatschen; das gehört sich nämlich tatsächlich nicht; das habe ich schon gesagt.

Eines der bundespolitischen Themen ist die Föderalismusreform. Ich glaube, wir hier drin sind uns über Parteigrenzen hinweg ziemlich einig, dass wir das hier nicht noch einmal groß austappen müssen. Aber in einem Punkt – und das will ich schon sagen – stehen ich und die FDP/DVP sehr an der Seite des Ministerpräsidenten; er hat ja Spott, Häme und Verärgerung aus den eigenen Reihen ertragen müssen. Auch wenn man weiß, dass ein solcher Vorschlag nicht übermorgen im Gesetzblatt oder im Grundgesetz steht, ist es angesichts dessen, was über nicht leistungsfähige Länder, die sich Dinge zu unseren Lasten erlauben, an Tatsachen vorgetragen worden ist, legitim, bei diesem Thema einen Stein ins Wasser zu werfen, der hoffentlich nicht nur jetzt Wellen schlägt.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Man sollte den Leuten die Steine auch nicht ins Gesicht werfen!)

So ist es ja oft in der Politik. Uns hat man auch immer gesagt: Ach, lasst die Finger davon; dafür bekommt ihr nie Verbündete. Wenn man bei jedem Problem, bei dem man im Moment noch nicht vorankommt, sagt, davon lasse man die Finger, ist das ein falsches Politikverständnis.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Ich bin in der Tat der Meinung, dass gerade die Länderneugliederung und die Neugliederung der Finanzbeziehungen wichtiger werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn wir jetzt im Wege der Föderalismusreform Zuständigkeiten zusätzlicher Art bekommen sollten, wenn wir im Personalbereich Zuständigkeiten bekommen sollten und wenn wir dies verantwortlich zur Haushaltskonsolidierung nutzen, dann wird uns das überhaupt nichts nützen, wenn wir an der Finanzverfassung nichts ändern,

(Beifall bei der FDP/DVP)

weil all das, was wir hier einsparen und den Leuten zumuten, dann wieder an andere geht, die Wohltaten verteilen.

Deswegen: Die Verknüpfung zwischen der Föderalismusreform I und der Föderalismusreform II ist wirklich zwingend und muss jetzt schnell, bis hin zum Thema „Rechtliche Erleichterung von Länderneugliederungen“, weitergetrieben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

An einem Punkt hat mich die Diskussion über den Gesundheitsfonds wirklich betroffen gemacht. Ich meine nicht die Tatsache, dass der Ministerpräsident darüber nachdenkt, wer in den Fonds einzahlt. Betroffen macht mich vielmehr, dass der Fonds inzwischen offenbar zum Selbstläufer geworden ist und dass jeder davon ausgeht, dass es diesen Fonds geben wird. Hierzu sage ich einmal strikt im Sinne des Landesinteresses: Stefan Mappus hat auf den Risikostrukturausgleich hingewiesen. Das ist so etwas Ähnliches. Das Wort „Fonds“ klingt immer so, als gäbe man dort Geld hinein, das sich damit vermehren würde, und irgendwann

könne man etwas herausholen. Dieser Fonds ist jedoch kein solcher Fonds, sondern ein Geldsammeltopf bzw. ein Fass ohne Boden, in das vonseiten des Staates hineingeschüttet werden muss – übrigens dann auch vom Land als Arbeitgeber der Beamten; das muss man einfach wissen.

Wenn wir in der Gesundheitsreform eines brauchen, dann mehr Transparenz und Eigenverantwortung. Der Risikostrukturausgleich hat gezeigt: Überall dort, wo Töpfe aufgestellt werden, wird Geld entnommen, aber nicht mehr unter dem Aspekt, welcher Patient welche Versorgung braucht, sondern unter dem Aspekt, wie man am besten seine Kartei „zurechttrickst“, damit möglichst viele drin sind, die dazu berechnen, aus dem Topf zuzugreifen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben gemeinsam gesagt: Wir brauchen in der Gesundheitspolitik mehr Eigenverantwortung und mehr Direktbeziehungen zwischen dem, der die Leistung erbringt, und dem, der sie nachfragt und dann auch bezahlt. Übrigens braucht der Versicherte auch mehr Wahlmöglichkeiten in Verbindung mit seiner Versicherung. Wenn jetzt ein Fonds eingerichtet wird, dann ist die Direktbeziehung des Versicherten zu seiner Versicherung praktisch fortgefallen; übrigens gilt das auch für den Arbeitgeber, zum Beispiel den Staat. In dem Fonds sind dann drei anonyme, kollektive Anteile enthalten. Jeder weiß jedoch: Je mehr Kollektivismus, desto mehr

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sozialismus!)

kollektive Verantwortungslosigkeit – das Wort „Sozialismus“ wollte ich hier nicht gebrauchen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen wird es von unserer Seite zu einem solchen Fonds keine Zustimmung geben. Übrigens würden dann, wenn es einen solchen Fonds geben würde, die sparsam wirtschaftenden Versicherten – Patienten – und Versicherungen aus Baden-Württemberg mit Sicherheit in diesen Fonds mehr einzahlen, als sie letztendlich wieder herausnehmen könnten. Ich bitte daher, einfach noch einmal darüber nachzudenken.

Ich darf damit zum Ende kommen und noch einmal das Thema der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, das da lautete: „Solide, innovativ, leistungsbereit“, aufrufen. Solide zu sein, ist, glaube ich, für uns als Baden-Württemberger schon immer ein Markenzeichen gewesen. Aber „solide“ heißt ja, wörtlich übersetzt, auch: fest. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden hier drin Festigkeit brauchen, und zwar nicht nur die Festigkeit der Regierungsfraktionen, sondern auch die der Oppositionsfraktionen. Wenn wir es mit den Reformen und der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ernst meinen, müssen wir diese Solidität im Sinne von Festigkeit gemeinsam aufbringen und dürfen nicht in populistischer Weise versuchen, uns jeweils auf Kosten des anderen zu profilieren.

Innovativ sind die Baden-Württemberger schon immer gewesen. Nur ist es in der Politik manchmal so, dass innovative Ideen hin und wieder lächerlich gemacht werden oder man dagegen einwendet: „Ach was, das haben wir doch im-

(Dr. Ulrich Noll)

mer so gemacht; warum sollen wir das jetzt anders machen?“ Lasst uns also in der Politik ebenso innovativ sein, wie es die Menschen in diesem Land sind!

Leistungsbereit sind die Baden-Württemberger allemal, und ich rufe uns und Sie alle auf: Gemeinsam wollen wir als Parlament leistungsbereit sein und in diesem Land jetzt die Aufgaben angehen, die wir uns für die kommenden fünf Jahre vorgenommen haben. Dann, glaube ich, wird die Bevölkerung auch wieder mehr Respekt vor diesem Parlament zeigen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Peter Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Oettinger.

**Ministerpräsident Günther Oettinger:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe heute Morgen die Aussprache aufmerksam verfolgt und danke zunächst den Kollegen Mappus und Dr. Noll für die konstruktive Partnerschaft und Unterstützung der Regierungskoalition von CDU und FDP/DVP mit vielen gemeinsamen Vorhaben, mit einem klaren Programm, mit einer Koalitionsvereinbarung, die nachlesbar und nachprüfbar Baden-Württemberg weiterbringt, sowie einer Vertrauensgrundlage, die mit Sicherheit in den kommenden schwierigen Jahren wichtig sein wird. Ich danke Frau Kollegin Vogt und Herrn Kollegen Kretschmann für konstruktive und kritische Reaktionen, für Erwidern, für Fragen und für Themen, auf die ich gerne im weiteren Verlauf eingehen will.

Die Haushaltspolitik steht im Mittelpunkt. Ich glaube, dass die Neuordnung, die Verbesserung der öffentlichen Haushalte allgemein und des baden-württembergischen Haushalts im Besonderen in den nächsten Jahren eine Chance hat, im Blickpunkt unserer Beratungen, im Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stehen.

Wie ist die Eröffnungsbilanz dafür? Baden-Württemberg steht so schlecht, wie es manche Stimmen von links behaupten, nicht da. Wir haben in den letzten zehn Jahren in den Regierungen von CDU und FDP/DVP, aber auch schon in der großen Koalition mehr als andere Länder auf solide Haushaltsentwicklung geachtet. Dass Baden-Württemberg seit 14 Jahren eine steigende Schülerzahl hat und infolgedessen 12 000 zusätzliche Lehrerstellen schuf – in der großen Koalition und auch in den zehn Jahren der Regierung von CDU und FDP/DVP –, dass aber keine einzige Stelle neu entstanden ist, sondern durch Umschichtung, durch Streichung im allgemeinen Verwaltungsbereich Lehrerstellen und Polizeivollzugsbeamtenstellen entstanden sind, ist ein Kraftakt, den andere Länder nicht aufzuweisen haben.

Baden-Württemberg baut auch in diesem Jahr die Zahl der Lehrerstellen aus. Dass die GEW uns dafür lobt, mag ein Zeichen sein, dass unsere Bildungspolitik im Einklang mit der Haushaltspolitik so falsch nicht sein kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben Behördenschließungen hinter uns, wir haben Verwaltungsmaßnahmen und wir haben Reformen unserer Sonder- und Fachbehörden hinter uns gebracht, wir haben

mehrfach die Sachmittel gekürzt. Kurzum: So schlecht ist die Ausgangslage nicht.

Wir haben mit 40 Milliarden € Gesamtverschuldung genau 2,6 % der Gesamtverschuldung der deutschen öffentlichen Hand – 2,6 %, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Wer dann die Gründe wissen will, warum in den letzten Jahren die mittelfristige Finanzplanung zum Teil nicht eingehalten worden ist, dem möchte ich sagen, dass ich schon glaube, dass weniger die Landespolitik und mehr die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aus dem Ruder geraten ist. Rezession und Stagnation haben die letzten fünf Jahre bestimmt. Dies war auch der Grund, warum Rot-Grün abgewählt worden ist. Deswegen ist meine Meinung: Wer in diesen Tagen aus Berlin, aus der Konkursmasse Schröder und Fischer, zu uns als Abgeordneter neu kommt, ist als Ratgeber denkbar schlecht geeignet, denn Baden-Württemberg ist besser als die Bundespolitik.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von der SPD)

Für dieses Jahr haben wir nach Landtagsbeschluss eine Neuverschuldung von 1,935 Milliarden € vorgesehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Das Ziel der Regierung im Haushaltsvollzug wird es sein, diesen Betrag zu unterschreiten.

(Zuruf des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Der Finanzminister hat meine volle Unterstützung, wenn es um restriktiven Haushaltsvollzug geht, wie dies auch schon im letzten Jahr unsere Politik gewesen war. Im letzten Jahr hat der Landtag der Regierung für den Haushalt und dessen Vollzug ein Schuldenrecht von knapp 2 Milliarden € gegeben. Wir haben davon nicht einmal 1,7 Milliarden € ausgeschöpft. Ich will die Politik des restriktiven Haushaltsvollzugs auch in diesem Jahr zur Grundlage dafür machen, dass die fünf Jahre, die vor uns liegen, zu bewältigen sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Dr. Noll hat die erste Zahl genannt: 1,935 Milliarden € neue Schulden in diesem Jahr. Wir streben eine deutliche Unterschreitung der bisher gültigen und bekannten Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung an. Diese sieht – sie ist Ihnen bekannt – eine Neuverschuldung von 1,7 Milliarden € im nächsten Jahr und von 1,5 Milliarden € im Jahr 2008 vor. Wenn man diese Stufen sieht – 1,935 Milliarden €, 1,7 Milliarden €, 1,5 Milliarden € –, merkt man, dass es auf dem Weg zu einer Nullnettoneuverschuldung im Jahr 2011 auf den Kellertreppen relativ vertikal wird.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD)

Deswegen wollen wir die Anstrengungen verstärken. Wir – Landesregierung und Regierungskoalition – werden dem Landtag im Herbst einen Haushaltsentwurf vorlegen, der in der Tat im Jahr 2008 statt 1,5 Milliarden € zumindest näherungsweise, wenn nicht als Punktlandung 1 Milliarde €

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

als Obergrenze für neue Schulden vorsieht. Wir machen Ernst damit und brauchen dafür genau die Zeit bis zum Herbst. Aber, liebe Frau Kollegin Vogt: Wir trauen uns dies zu. Die von Ihnen getragene vormalige Bundesregierung hat das in sieben Jahren nicht annähernd erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Frage, was die Regierungskoalition bei der Ganztagschule tut, wurde hier mehrfach debattiert. Der Höchststand der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer wird im nächsten Jahr erreicht. Die Zahl der Schulkinder sinkt während dieser Legislaturperiode von Jahr zu Jahr in der Gesamtbetrachtung aller Schularten, aller öffentlichen Schulen. Obwohl wir 15 Jahre steigender Schülerzahlen hinter uns haben und in diesen 15 Jahren die Zahl der Lehrer jedes Jahr erhöht haben und obwohl wir mittel- und langfristig um einen Abbau von Lehrerstellen nicht herumkommen, werden wir in den nächsten fünf Jahren den Schwerpunkt darauf legen, dass sinkende Schülerzahlen bei gleich bleibender Stellenzahl und Mittelhöhe unterm Strich zu mehr Betreuung und Bildung durch Lehrer und Jugendbegleiter und somit zu mehr flächendeckender Ganztagschule in Baden-Württemberg führen.

Unser Ganztagschulenausbauprogramm, das seinesgleichen in Deutschland sucht, die Sicherung der Ausgaben für Lehrerstellen und Sachmittel im Betreuungs- und Bildungsreich, im Hauptamt und im Ehrenamt, werden dafür sorgen, dass die Ganztagschule in Baden-Württemberg ohne Ideologie entsprechend der Nachfrage, entsprechend dem Bedarf flächendeckend auch in die praktische Kinderwelt unserer jungen Generation kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war kein rauschender Beifall! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Scheint nicht populär zu sein! – Gegenruf des Abg. Werner Pfisterer CDU: Hör erst mal zu!)

Frau Vogt hat das Thema Agrarsubventionen erwähnt. Ich finde den Begriff Subventionen nicht in Ordnung, weil damit immer etwas Negatives, ein Mitnahmeeffekt, etwas Haushaltsschädliches verbunden ist. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Europäische Union ihre Mittel, wenn es um Agrarstrukturen geht, um einen erheblichen, zweistelligen Millionenbetrag, auf Baden-Württemberg projiziert, kürzt,

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

das heißt der bäuerliche Familienbetrieb und damit der ländliche Raum in Baden-Württemberg mit weniger Fördermitteln für ökologisch vertretbare Landschaftspflege und Bewirtschaftung rechnen muss, genau zu dem Zeitpunkt, zu dem sich die EU hier etwas zurückzieht, ziehen wir uns nicht zurück, damit im ländlichen Raum auch in Zukunft intakte Familienstrukturen bestehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Den ländlichen Raum – so verstehe ich Sie – haben Sie in der Generation nach Teßmer längst aufgegeben. Aber wir treten umso mehr dafür ein, dass Baden-Württemberg aus intakten Großstädten und einem intakten ländlichen Raum

besteht. Wer den bäuerlichen Familienbetrieb im Hohenloischen, im Allgäu, im Schwarzwald, in anderen Regionen Baden-Württembergs will, der muss honorieren, dass hier nach klaren Kriterien für Boden, für Produkte und für Grundwasser bewirtschaftet wird.

(Zurufe von der SPD)

Dies wird weiter die Politik Baden-Württembergs sein. Mittelsteigerungen schaffen wir nicht, aber Kürzungen sind nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die Beziehung zwischen Land und Kommunen wird bei allen Fragen – Bildung, Haushaltssanierung, Infrastruktur – immer eine Gratwanderung der Fairness sein. Wir haben die Interessen sowohl des Landes als auch der Kommunen im Auge. Bei manchem Redebeitrag von links scheint es mir manchmal, als wenn es Ihnen recht wäre, wir würden Landesinteressen vernachlässigen; Hauptsache, alle Forderungen der Kommunen werden erfüllt. Wir alle haben zuallererst einen Eid auf Baden-Württemberg geleistet. Die Kommunen sind ein Teil Baden-Württembergs.

(Abg. Ute Vogt SPD: Hei! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber beide Seiten gegeneinander auszuspielen wäre der falsche Weg. Ich glaube, dass Baden-Württemberg die Gratwanderung in den letzten Jahrzehnten hervorragend bestanden hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man die Haushalte unserer Kreise und Gemeinden in Baden-Württemberg betrachtet, ist, glaube ich, festzustellen: Wir haben dort weniger ein Einnahme- als ein Aufgab-, ein Standard- und ein Ausgabenproblem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Schauen Sie sich einmal eine Gemeinde in einem durchschnittlichen Landkreis an: Sie ist durch die Kreisumlage geprägt. Und die Kreisumlage steigt, weil der Umfang der gesetzlichen Aufgaben durch die Bundesgesetzgebung in Größen geht, die kommunal nicht mehr zu verkraften sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nehmen wir den Arbeitsmarkt und Hartz IV, nehmen wir Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und anderes mehr.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen beim Bund erreichen, dass über Standards in der Bundesgesetzgebung, die auf Gemeinde- und Kreisebene zu erfüllen und zu erbringen sind, über Aufgabendichte und -breite, über Ausgabenfülle nachgedacht wird. Nur durch einen Standardabbau auf bundesweiter Ebene werden wir bei den Kommunen dafür sorgen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Welchen Standard?)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

dass die Haushalte wieder dorthin kommen, wo sie hingehören, nämlich ohne Schulden ausgleichbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Vogt hat hinterfragt, warum es zu einem Interessenverbund zwischen Bayern, Hessen, Hamburg, Sachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gekommen ist.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Gut regierte Länder!)

Ja, warum? Weil diese sechs Länder etwas zu verlieren haben, weil diese sechs Länder – allesamt unionsgeführte Länder – Geberländer in den Finanzausgleichssystemen sind. Diese sechs Länder haben keine Mehrheit; das stimmt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Aber weitere kommen nicht hinzu. Aber diese sechs Länder haben eine Mehrheit in der Minderheit, um eine Verfassungsänderung zu verhindern. Deswegen positionieren wir uns mit dem Ziel der Schadensabwehr. Denn die Gefahr besteht doch – siehe Wowereit in Berlin, siehe Bremen, siehe Saarland –, dass andere Länder im Bundesrat, im Bundestag oder gleich vor Gericht versuchen, uns noch mehr wegzunehmen. Deswegen fordere ich Sie auf: Helfen Sie gemeinsam mit! Diese sechs Länder können mit guten Argumenten vor Gericht und im Bundesrat begründen, warum eine Verschlechterung unserer Finanzgrundlage verfassungsrechtlich falsch und ansonsten auch ungerecht ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ein aktuelles Thema ist die Unternehmensteuerreform. Der Vorschlag von Bundesminister Steinbrück liegt vor. Dass es um eine Entlastung der Unternehmen geht, dass die Gesamtertragsteuerbelastung gesenkt werden muss – nämlich die Addition aus Körperschaftsteuer und Gewerbebesteuerung, derzeit knapp 39 % –, weil andere Länder mit uns um Standorte, Ansiedlung, Investitionen und Arbeitsplätze im Wettbewerb stehen, beispielsweise Österreich oder die Schweiz oder England und Wales, und dort der Ertragsteuersatz deutlich unter 30 % liegt, sind die Gründe, warum Steinbrück zu Recht einen Vorschlag zur Senkung der Gesamtertragsteuerbelastung vorgelegt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Sätze! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Was bedeutet das für das Land?)

Wir glauben, dass die Gesamtertragsbesteuerung, Kollege Schmiedel, auf unter 30 % im ersten Schritt und mittel- und langfristig auf 25 % sinken muss. Die Frage ist nur: Wie baut man um? Derzeit haben Körperschaftsteuer und Gewerbebesteuerung ein in etwa vergleichbares Gewicht.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Steinbrück will die Körperschaftsteuer marginalisieren und die Bemessungsgrundlage der Gewerbebesteuerung verbreitern. Dies halten wir für den falschen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Generell – das kommt hinzu –: Wir haben in den letzten Jahrzehnten längst ertragsfremde Steuerbestandteile ge-

löscht. Wir haben die Lohnsummensteuer nicht mehr, wir haben die Gewerbekapitalsteuer nicht mehr. Wenn wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt Zinsen auf Fremdkapital, Leasingraten, Miete und Pacht, das heißt alles, was im Grunde kostet und keinen Ertrag darstellt, noch besteuern, dann höhnen wir das Eigenkapital der deutschen Wirtschaft weiter aus. Dann wird nicht nur der Arbeitsplatz, sondern der Sitz verlagert. Das wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Frau Vogt sagte zu Arbeitsplätzen kein Wort.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Sie sagte generell, wir hätten kein Konzept und wir sollten endlich etwas tun. Weiter sagte sie, man solle endlich einmal deutlich auftreten, der Industrie – sinngemäß – auf die Finger klopfen. Ich glaube, dass für Arbeitsplätze mit dieser Tonart wenig getan werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir als Landesregierung setzen, wenn es um Wirtschaftsförderung geht, zuallererst auf Innovation, auf Forschung, auf Bildung und auf Wissenschaft.

Wenn bundesweit die 3 % erreicht werden sollen, so weise ich darauf hin: Baden-Württemberg verfügt schon über 4 %. In keinem anderen Land, auch nicht in Bayern, wird von Staat, von Instituten und von der Wirtschaft nur annähernd so viel für Grundlagenforschung, für produktionsnahe Forschung getan wie in Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

– Wie in der Wirtschaft! Bosch ist gerne hier und investiert hier in Baden-Württemberg, in Abstatt, weil die Politik in diesem Land die beste Deutschlands ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die „Stuttgarter Nachrichten“ schreiben heute: „Neue Jobs nur im Hightechsektor – Land mit guter Ausgangslage“. Wissensintensive Wirtschaftszweige seien nirgendwo so stark verankert wie hier.

Sie sagten, wir sollten endlich einmal etwas für neue Antriebstechniken tun.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Willkommen im Klub! Ich sage nur: Ulm, Stuttgart und Karlsruhe. Wir haben das ZEW in Ulm. Gehen Sie einmal hin! Es lohnt sich – Solar- und Wasserstoffforschung auf höchstem Niveau. Wir haben einen Verbund mit Daimler-Chrysler, wir haben die Brennstoffzelle.

(Abg. Ute Vogt SPD: Was tun Sie zur Markteinführung? Wo ist die Struktur für die Tankstellen?)

Wir stellen unseren Hochschulen dafür in nennenswertem Umfang auch Landesmittel und Stellen zur Verfügung, da-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

mit unsere Industrie die Produktionsreife und die Markteinführung schneller erreicht.

(Zurufe von der SPD)

Die Markteinführung ist Sache der Wirtschaft. Die Grundlagenforschung hingegen ist unsere Aufgabe. Diese erfüllen wir. Genau beim Thema „neue Antriebstechniken“, liebe Frau Vogt, hat Baden-Württemberg – das wussten Sie nicht – Ihre Forderungen bereits erfüllt. Wir haben längst getan, was von Ihnen verlangt worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Sie haben mich wegen meiner Aussagen zum Thema „Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht, Kündigungsschutz, Liberalisierung und Deregulierung“ kritisiert.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich will nicht Entlassungen erleichtern. Ich will Einstellungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Tatsache ist, dass in den letzten Jahren namentlich Klein- und Mittelbetriebe ihre Lektion gelernt haben. Sie haben früher, wenn die Auftragsbücher voll wurden, aufgrund der chancenreichen neuen Umsätze zusätzliche Leute eingestellt. Wenn aber die Umsätze sanken und die Aufträge ausblieben, blieb die Lohnsumme gleich hoch, und der Betrieb geriet in die Gefahr der Insolvenz. Heute, unter völliger Veränderung der Personalpolitik, stellt ein Handwerksmeister, ein Mittelständler, wenn die Auftragsbücher gefüllt sind, nicht mehr ein, sondern macht selbst Überstunden oder ordnet sie an. Er automatisiert oder verlagert. Das heißt, wir haben im Grunde eine Entwicklung, wonach auch eine gute Konjunktur und 2 % Wirtschaftswachstum auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nichts mehr bringen. Da müssen wir ran.

Deswegen sage ich – ich blicke nicht zurück –: Wer als Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag mit dem geltenden Kündigungsschutz hat, soll ihn behalten – Vertrauensschutz. Aber wäre es nicht überlegenswert, dass in Betrieben mit 20 oder etwas mehr Beschäftigten, wo neue Arbeitsplätze entstehen, für diese – und nur für diese – versuchsweise für drei Jahre gelten soll, dass das Kündigungsschutzgesetz nicht angewandt wird? Dann haben die Arbeitgeber die Möglichkeit, zu beweisen, dass steigende Umsätze bei weniger Regeln zu mehr Arbeitsplätzen führen. Einen Versuch wäre es wert.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Hire and fire!)

Im Grunde genommen sind Sie mutlos, weil Sie mit den Gewerkschaften dieses Thema nicht besprechen können. Ich glaube, dass ein solcher Versuch abweichend vom geltenden Kündigungsrecht sehr wohl zu neuen Arbeitsplätzen und zu mehr Mut bei den Arbeitgebern in Deutschland führen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Was hat denn das mit Mut zu tun? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Befristete Arbeitsverträge sind doch schon die Regel!)

Frau Vogt, Sie haben mir den Kindergarten des Universitätsklinikums Ulm vorgehalten. Ich habe nachgeschaut und festgestellt, dass Sie exakt die halbe Wahrheit und damit die Unwahrheit dargestellt haben. Richtig ist, dass der Kindergarten – übrigens legen ja die Parlamentarier immer auf die eigenständige Verantwortung der Unikliniken Wert –

(Abg. Ute Vogt SPD: Sie haben doch versprochen, dass es dort Kindergärten gibt, nicht wir! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön zuhören! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Das fällt uns sehr schwer!)

– Augenblick, gleich, ganz ruhig bleiben! – für die bis Sechsjährigen am Uniklinikum geschlossen wird, aber gleichzeitig ein gemeinsamer Kindergarten der Uni und des Klinikums für die Kinder zwischen null und drei Jahren neu gebaut und eröffnet wird.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Selektive Wahrnehmung!)

Denn dafür besteht Bedarf. Dafür wird jetzt die Infrastruktur hergestellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Und was ist mit dem Rest?)

Für die Drei- bis Sechsjährigen gibt es – fragen Sie die Stadt – genügend Kindergartenplätze in der Stadt. Damit erfüllen wir passgerecht das Angebot im Kinderland Baden-Württemberg und auch in der Kinderstadt Ulm.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Peinlich, peinlich, Frau Vogt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber mit ganz anderen Öffnungszeiten, als die Uni sie braucht! So ein Unsinn!)

Die angebotene Unterstützung in Sachen ICE-Strecke Stuttgart–Ulm und auch für das Nadelöhr Mannheim, für den Bau der entsprechenden Trassen und Bahnhöfe nehme ich gerne an. Denn in der Tat, da wird es jetzt ernst: Die Strecke von Frankfurt über Franken und Ingolstadt nach München ist in Betrieb, und damit zeigt sich, dass Deutschland Stuttgart 21 nicht dringend braucht. Aus Köln oder aus Rotterdam oder auch aus Frankfurt kommt man nach München, ohne dass man Stuttgart durchfahren muss.

Andererseits sind die Strecken Karlsruhe bzw. Mannheim–Straßburg–Kehl–Appenweier und Stuttgart–Ulm weiter unverzichtbar, wenn es um die zentrale West-Ost-Achse Europas geht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Nach Prag oder Bratislava kommt man nur ideal, wenn Stuttgart 21 in den nächsten Jahren neu gebaut wird.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es geht auch ohne Stuttgart!)

Jetzt geht es um die Frage der Priorität. Kollege Oelmayer, bei diesem Thema bitte ich Sie nicht um Hilfe, obwohl Ulm davon abhängig ist. Aber da ist Ihre Partei leider verbrannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Bei diesem Thema brauche ich die Unterstützung der mitregierenden SPD in Berlin. Denn klar ist:

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es kommt nachher gar nichts!)

Es wird nicht alles, was in Deutschland wichtig ist, in den nächsten Jahren realisierbar sein. Unsere Partner sind überschaubar. Deswegen sollten wir bei diesem Thema alles tun – Sie wissen, dass Gespräche laufen, und ich bin zu jeder Offenlegung und zu jeder Mitberatung bereit –, damit die Bundesregierung und die sie tragende Koalition im Deutschen Bundestag im Herbst dieses Jahres um eine Entscheidung für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke in einer fairen Finanzierungspartnerschaft zwischen Bund, Bahn, dem Land und der Stadt nicht herumkommen. Diese Chance ist für uns im Herbst greifbar. Aber wir brauchen dafür eine kluge gemeinsame Strategie. Denn wenn dies jetzt nicht entschieden wird, haben wir in unserer Generation dafür mit Sicherheit keine Realisierungsmöglichkeit mehr.

Beim Flughafen Stuttgart will ich nicht lavieren. Aber „Führung“ oder die „Faust auf den Tisch“? Nein. Ich glaube, dass bei diesem Thema verschiedene Möglichkeiten bestehen. Es gibt ohne weiteres die Möglichkeit, zu sagen: „Der Flughafen setzt nur auf Qualität und nicht auf Quantität. Geschäftsflug, Europaflug und Linie kriegen wir mit dieser Start- und Landebahn in den nächsten 20 Jahren gut hin.“ Oder man sagt: „Wir müssen um alle Arbeitsplätze kämpfen, auch wenn man dadurch Streit bekommt. Wir wollen jede Steigerungsmöglichkeit. Wir wollen jeden Effekt. Wir wollen so viel Passagiere wie möglich, weil daraus Arbeitsplätze im Umfeld entstehen.“

Das heißt: Setzen wir eher, so sage ich einmal, auf Lebensqualität, auf fliegerische Qualität, auf das, was die Erwartung der Filder ist, oder ist der Arbeitsmarkt wichtiger als alles andere? Aber diese Frage will ich nicht allein entscheiden. Das ist eine demokratische Angelegenheit. Sie mögen Ihre Fraktion führen, wie Sie wollen. Ich führe meine Regierung demokratisch und meine Koalition ebenso.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit bei der FDP/DVP – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Ihre Fraktion führt Herr Mappus und nicht Sie!)

Da ich weiß, dass bei diesem Thema zum Beispiel mein Abgeordneter auf den Fildern mitreden will, dass es aber auch Verkehrspolitiker und Wirtschaftspolitiker gibt, die mitreden wollen, dass der Kollege Noll mitreden will,

(Abg. Thomas Knapp SPD: Der ist nicht schlimm!)

dass es aber auch den Wirtschaftsminister gibt, der mitreden will, lassen wir uns für diesen Prozess ein Jahr Zeit. Das Gutachten wird mit unterschiedlichen Prognosen die Grundlage dafür sein. Es wäre doch, wenn ein Gutachten in Auftrag gegeben worden ist, ein Schwachsinn, vorher zu entscheiden. Die Entscheidung muss in einem Jahr kommen. Wer sie jetzt einfordert, handelt im Grunde genommen

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Fahrlässig!)

im Blindflug und mit Sicherheit nicht klug.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Dr. Nils Schmid SPD)

Kollege Kretschmann hat zwei Problemlösungen auf den Tisch gelegt. Er hat gesagt: „Verkauft die Messe am Tag der Öffnung. Weg damit! Dort hat das Land einen Anteil von 50 %. Und verkauft den Flughafen parallel gleich mit, der zu 65 % dem Land gehört.“ Lieber Kollege Kretschmann, ich schließe eine Privatisierung mittel- und langfristige nicht aus. Aber die Frage ist: Was passiert denn, wenn man Ihrem provokanten, aber falschen Rat folgt? Wer kauft den Flughafen wohl, wenn man die 65 % Landesanteil in einer Auktion, im Bieterverfahren auf den Tisch legt? Die Caritas kauft ihn mit Sicherheit nicht.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Die hat auch nicht so viel Geld!)

Vielmehr kauft ihn dann ein Hedgefonds, oder ihn kauft der Flughafen Frankfurt oder der Flughafen München oder der Flughafen Paris.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist das Wahrscheinlichste!)

Das wäre ein Ausverkauf Ihrer und unserer gemeinsamen Interessen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Flughafen Frankfurt wird in wenigen Jahren so groß sein, dass er Stück für Stück börsengängig wird, auch wenn er nicht übernommen werden kann. Aber zu einem Zeitpunkt, zu dem das Land Hessen in Frankfurt noch bestimmt und der Freistaat Bayern noch in München bestimmt, wäre es doch aberwitzig, wenn sich Baden-Württemberg und unser Landesflughafen zum billigen Zweitflughafen des Freistaats oder von Hessen machten. Wir wollen Zentralität. Wir wollen Qualität. Wir haben Standortinteressen im Auge. Deswegen ist ein Verkauf zu dem von Ihnen genannten Zeitpunkt Schwachsinn und kommt nicht infrage. Wir setzen eine kluge Infrastruktur und eine kluge Standortpolitik fort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dass der Messemarkt und die Zahl der Messestandorte und Messeflächen in Europa allgemein und in Deutschland im Besonderen zu groß sind, stimmt. Aber trotzdem komme ich zu dem Ergebnis, dass die vor einigen Jahren getroffene Entscheidung für die Landesmesse in Partnerschaft zwi-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

schen dem Land, der Stadt und der Region eine richtige Entscheidung gewesen ist. Wer, wenn nicht Baden-Württemberg, wenn nicht das Exportland Nummer 1, braucht eine Plattform, braucht ein Schaufenster und braucht eine Messe, damit die Wirtschaft durch die öffentliche Hand diese Unterstützung für künftigen geschäftlichen Erfolg bekommt?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, von daher muss im Messegeschäft unterschieden werden. Eine Messe zu bauen war immer und ist auch in der Gegenwart Aufgabe der öffentlichen Hand. Eine Messe baut sonst niemand, weil sich die Investition und die Abschreibungen nie rechnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sinsheim!)

Aber der Betrieb, Herr Kollege Schmiedel –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sinsheim, Kollege Oettinger! Das war eine Privatinvestition!)

– Kollege Schmiedel, Sie sitzen im Aufsichtsrat der Stuttgarter Messe und wissen deswegen, was ich sage. Eine Messe in dieser Dimension wird privatwirtschaftlich nie tragbar sein,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weil sie zu groß ist!)

der Betrieb aber allemal. Und da behaupte ich – zum Trost, Kollege Kretschmann –, dass unsere Messe in Stuttgart so günstig liegt, umgeben von der Wirtschaft, dass sie nachgefragt wird, und so attraktiv ist – auch bezüglich des Angebots an Verkehrsinfrastruktur, Kultur und anderem –, dass diese Messe uns im laufenden Betrieb mit Sicherheit weniger Sorgen machen wird als die Leipziger Messe den Sachsen. Wir bekommen die Messe Stuttgart mit Sicherheit gut hin. Ich schließe auch hier mittel- und langfristig Platzierungen nicht aus. Aber zum jetzigen Zeitpunkt sollten wir dieses Kind erfolgreich großziehen und das Beste daraus machen. Ihre beiden Konzepte zum Flughafen und zur Messe sind mit Sicherheit verkürzt, eher ideologisch und falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mir wurde der Vorschlag gemacht, dass Lehrer nicht mehr Beamte sein sollten. Wenn man Schule und Schulpflicht jetzt neu erfinden würde, wäre ich auch nicht sicher, ob man Lehrer zu Beamten machen sollte. Doch Vorteile hat es allemal. Ich habe vor ver.di großen Respekt und sehe das mit dem Streik sportlich. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass uns ver.di, wenn es um Statistik und Verwaltung ging, nicht erpressen konnte. Wir blieben stark. Sobald es um Ärzte ging, wurden wir schwach. Ich glaube, dass ein Streik nie die Schule bestimmen darf,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

zumal wenn Schule Kinder ganztags betreuen soll und nicht nur halbtags. Zu einem Zeitpunkt, zu dem wir unsere Kinder immer häufiger ganztags in die Obhut von Schule und Lehrern geben, möchte ich, dass Schule auch stattfindet und dass Bildung, Erziehung und Betreuung gesichert sind.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Jugendbegleitung!)

Deswegen kann ich mir ergänzend Lehrer als Angestellte vorstellen. Ich will aber nicht, dass 100 000 Lehrer Angestellte sind. Dann wäre die Übermacht der Gewerkschaft für alle arbeitsrechtlichen Verhandlungen eindeutig gegeben. Ich glaube, dass das Beamtentum auch in Zukunft eine geeignete Grundlage für eine gute Schule, eine gute Bildung und eine gute Erziehung in Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Breiten Raum nahm das Thema Energiepolitik ein. Ich bin davon überzeugt, dass Baden-Württemberg bei vielen erneuerbaren Energiequellen den Markt stärker als andere Länder erobern kann. Bei Biodiesel hat Baden-Württemberg längst den stärksten Absatz. Die Bereitschaft der Autoindustrie, Biodiesel zu akzeptieren, ist gerade in Baden-Württemberg hoch.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nicht mal die landeseigenen Fahrzeuge!)

Bei der Geothermie ist unser Programm überbucht. Auch bei der Tiefengeothermie werden wir in den nächsten Jahren erfolgreich sein. Bei der Kleinen Wasserkraft und der Großen Wasserkraft haben wir überhaupt kein Problem. Treiben Sie uns an! Wir sind bereit, so schnell wie möglich in mehr Marktanteile zu gehen.

Auch die Windkraft lehnen wir nicht generell ab,

(Abg. Ute Vogt SPD: Aber die Standorte werden hintertrieben!)

aber da muss eine Unterscheidbarkeit möglich sein. Im Einklang mit kommunalen Mandatsträgern,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

mit Tourismusvertretern und mit Landwirten glauben wir, dass viele Regionen Baden-Württembergs keine idealen Standorte für Windkraft sind. Wir sagen nicht generell Nein,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

aber leider in vielen Fällen. Das ist die Politik unserer Regierung, und die setzen wir fort.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Es gibt Kommunen, die möchten das, und Sie lehnen es ab! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Es bleibt das Thema Kernenergie. Da überzeugen Sie mich nicht. Ich bleibe bei meiner Linie und hoffe noch immer, dass eine Chance besteht. Denn in zwei Jahren muss Neckarwestheim vom Netz.

(Abg. Ute Vogt SPD: Genau!)

Als Obrigheim vom Netz ging, hat die Energie Baden-Württemberg nach geltendem Energierecht wieder Strom aus Öl und alten Kohlekraftwerken hergestellt. Das heißt, die alten Brenner wurden wieder in Betrieb genommen.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und verschandeln nicht die Landschaft!)

Deswegen: Wer zum jetzigen Zeitpunkt nicht einsichtig ist, wer nicht über Laufzeitenübertragung nachdenkt, wird erleben, dass mit der Abschaltung der Ökologie der Umwelt Schaden zugefügt wird

(Oh-Rufe von der SPD)

und die erneuerbaren Energien im Grunde noch mehr als notwendig verdrängt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Argumente der Technik nicht helfen, dann muss das Feindbild her. Sie sprachen von Reibach.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Liebe Frau Kollegin Vogt, was meinen Sie damit, Aktionäre würden noch mehr Reibach machen? Wissen Sie eigentlich, wer die Aktionäre der Energie Baden-Württemberg sind?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Offensichtlich nicht!)

Das ist zuallererst die OEW. Das sind die Bürger in Ravensburg, in Friedrichshafen, in Biberach, in Ulm, im Alb-Donau-Kreis, in Rottweil.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die EdF! – Abg. Ute Vogt SPD: Die EdF nicht vergessen! – Weitere Zurufe)

– Augenblick. Wenn, dann ist es der Staat Frankreich, aber nicht irgendein Kapitalist. – Es geht darum, dass hier im Grunde genommen Interessen zu wahren sind. Ich will, dass man nicht Vermögensinteressen in Baden-Württemberg aufs Spiel setzt. Kollege Zeller, zumindest Sie im Bodenseekreis müssten mithelfen, dass die Aktie werthaltig bleibt. Das geht besser, wenn die Energie Baden-Württemberg länger als von Rot-Grün vorgesehen Kernkraft in Baden-Württemberg technisch sinnvoll anwenden darf.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Ich zitiere wörtlich aus der „Financial Times Deutschland“ von heute:

*Nur noch 40 % der Bevölkerung wollen am Ausstieg festhalten, fast 60 % plädieren angesichts der neuen geopolitischen Probleme für Aufgeschlossenheit gegenüber Kernkraft.*

40 % gegenüber 60 %.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das passt genau!)

Der Wähler in Deutschland ist so klug wie der Wähler in Baden-Württemberg. Ich behaupte: Auch populistisch ist Ihr Weg eine Sackgasse. Werden Sie endlich differenzierter. Ermöglichen Sie einen Energiemix in Deutschland, zu dem die Kernkraft noch auf längere Zeit gehört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Das Landeserziehungsgeld, die Kinderpolitik und die Familienpolitik wurden hier dargestellt. Ich glaube, dass das Landeserziehungsgeld und das Elterngeld keine Gegensätze sind, sondern beides Sinn macht. Kollege Kretschmann sprach die soziale Gerechtigkeit an. Wenn ein Programm in Baden-Württemberg sozial gerecht ist, den Schwächsten ohne Ansehen von Herkunft oder Nationalität hilft, wenn ein Programm wirklich über die Sozialhilfe hinaus Familien ertüchtigen will, dann war und ist es das Landeserziehungsgeld. Ob das eine Kernaufgabe ist, ist eine andere Frage, aber sozial gerecht ist das Programm allemal. Es zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem Menschen Sorge um ihre finanziellen Überlebenschancen und um ihren Arbeitsplatz haben, abzuschaffen wäre der falsche Weg.

Andererseits sehen wir, dass das Landeserziehungsgeld kompatibel gemacht werden muss, wenn das Elterngeld kommt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Deswegen hat die Koalition genau dazu eine richtige und differenzierte Aussage in der Koalitionsvereinbarung gemacht: Elterngeld ein Jahr plus gegebenenfalls ein zweites Jahr. Da macht ein Erziehungsgeld ab dem 25. Monat keinen Sinn, weil zehn oder zwölf Monate zu überbrücken sind. Also prüfen wir, ob wir unser Erziehungsgeld auf die Zeit des zweiten Lebensjahrs des Kindes vorziehen oder es halbieren und es zwei Jahre zahlbar wird. Beide Wege sind vorstellbar. Wir nehmen ganz bewusst einen Teil des Erziehungsgeldes in die Hand, mindestens 10 %, 8 Millionen € oder mehr.

Wir haben schon im Haushalt 2006 10,4 Millionen € für die Tagesmütter und für die Kinderkrippen, das heißt für die Bildung und Erziehung der Kleinstkinder, für die Ein- bis Dreijährigen

(Zuruf: Null- bis Dreijährigen!)

eingestellt. Die Höhe dieser Mittel wird – ich vereinfache – tendenziell auf 20 Millionen € gehen, und daraus wird dann eine faire Partnerschaft, damit die Träger vor Ort – die Kommunen, die freien Träger, die Kirchen – entsprechend dem Bedarf auch für die Altersgruppe von einem bis drei Jahren

(Zuruf: Null bis drei!)

etwas aufbauen können, was für die Zeit vor dem Kindergarten gehört und was Familien ergänzt. Ich glaube, dass das Erziehungsgeld, so umgebaut, und die Hilfen für Kinderkrippen und Tagesmütter, so ausgebaut, die richtige Antwort auf die Bundespolitik sind.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Nichts Halbes und nichts Ganzes!)

Dann wurde uns das Thema „Hochschule und Studiengebühren“ vorgehalten. Auch darauf am Schluss noch eine kurze Antwort: Wenn wir in den nächsten Monaten, Kollege Kretschmann – nachdem wir in jeder Region Veranstaltungen mit der Wirtschaft, den Kammern und den Hochschulen durchgeführt haben werden –, darüber nachdenken,

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

welcher Bedarf an Studienplätzen 2012 in Baden-Württemberg besteht, und zwar nicht nur der Zahl nach, sondern auch der Qualität nach – denn es geht nicht nur um die Zahl, sondern auch um die Standorte, die Fächer und die Hochschularten; darüber beraten wir derzeit –, und der Wissenschaftsminister uns im Spätherbst ein Konzept zur Hochschule 2012 und einen achtjährigen Solidarpakt vorlegen wird, dann ist der Zeitpunkt gegeben, um zu beraten. Das bieten wir ausdrücklich an.

Klar ist – dies kann man auch allen meinen Aussagen entnehmen –: Wenn es um bis zu 30 % mehr Studienplätze geht, dann ist dies kein Nullsummenspiel. Dann braucht die Hochschule tendenziell für die Hälfte der Mehrkosten Geld des Landes ergänzend zu den Status-quo-Mitteln und wird dann gemeinsam mit der Wirtschaft sowie durch Umbau und eigene Maßnahmen die andere Hälfte erbringen können. Diese Formel – etwa halb/halb – wird die Formel der Beratungen sein. Im Herbst dazu mehr.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da sind wir gespannt!)

Frau Vogt sagte, die Studiengebühren seien unsozial.

(Abg. Ute Vogt SPD: Volkswirtschaftlich unsinnig!)

Dieses Thema haben wir ganz bewusst nicht hinter den Wahltag verdrängt,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

sondern mutig und konsequent – attempto –

(Heiterkeit bei der CDU)

noch im alten Jahr entschieden, im Jahr 2005.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Interessant ist Folgendes: Schauen Sie einmal auf die Reaktion des Wählers und Bürgers – und dazu zählen ja auch die Studierenden –, auf das Wahlergebnis in den Unistädten Baden-Württembergs: Die Grünen waren bei diesem Thema etwas vorsichtiger und haben differenziert. Die CDU und die FDP/DVP haben vor der Wahl mutig die Studiengebühr vorgestellt. Die Sozialdemokraten haben opponiert – ohne jeden Erfolg. „Attempto“ steht über der neuen Aula in Tübingen. Dort war ich fünf Jahre zu Gast.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In Tübingen haben die Sozialdemokraten mit ihrer Politik, Frau Spitzenkandidatin, ein Wahlergebnis unter aller Sau gekriegt.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Dass die Sozialdemokraten nicht nur in der Stadt Tübingen auf Platz 3 abgefallen sind,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die CDU war auch nicht viel besser! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Die CDU war auch nicht Klasse in Tübingen! – Heiterkeit bei den Grünen)

sondern im Landkreis Tübingen insgesamt, zu dem Rottenburg am Neckar, Nehren und das Steinlachtal gehören, mag auch ein Ausdruck dafür sein, dass billige populistische Politik bei den Bürgern, zumal in Hochschulstädten, durchschaut wird. Deswegen haben wir die Studiengebühr eingeführt. Sie stärkt die Hochschulen. Sie stärkt die Studierfähigkeit der jungen Generation. Ich glaube, dass das Thema längst ausgefochten ist. Im Grunde genommen ist das eine rückwärts betrachtende Wortmeldung gewesen. Wir glauben, dass die Studiengebühr der Qualität von Wissenschaft und Lehre in Baden-Württemberg dienen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alles in allem: Die Koalitionsvereinbarung ist das richtige Nachschlagewerk, und Schwerpunkte der Regierungserklärung setzen wir um. Der Haushalt kommt im Herbst, alles andere in den nächsten fünf Jahren. Ich baue auf eine stabile Koalition von CDU und FDP/DVP sowie einen fairen Wettbewerb und Streit mit den Grünen und den Sozialdemokraten in Baden-Württemberg.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Peter Straub:** Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Frau Abg. Vogt, das Wort.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es ist doch alles gesagt! Das kann eigentlich nur noch schief gehen!)

**Abg. Ute Vogt SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen und noch einige Anmerkungen zu dem machen, was der Herr Ministerpräsident soeben erwidert hat.

Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, dass Sie die Struktur Ihrer Regierungsarbeit so offen dargelegt haben und dass wir Einblick in die Art und Weise bekommen haben, wie es offenbar zugeht, wenn Sie in Ihrer Fraktion oder in Ihrem Kabinett Entscheidungen zu treffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Stellv. Präsident Wolfgang Drexler übernimmt den Vorsitz. – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das galt dem Präsidenten! – Zurufe von der CDU: Jetzt kommt der Vizepräsident!)

– Ich freue mich über die Rückenstärkung, Herr Präsident.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Beifall für den Vizepräsidenten! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir wünschen uns wieder den Drexler!)

Herzlichen Dank auch für den Beifall für den von uns vorgeschlagenen Vizepräsidenten.

Sehr geehrter Herr Kollege Oettinger, lieber Herr Ministerpräsident, ich würde in Bezug auf Ihr Regierungshandeln gerne das Bild eines Fahrzeugs bemühen. Man stelle sich ein Auto vor,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Einen Rolls-Royce!)

(Ute Vogt)

bei dem Sie am Steuer sitzen. Natürlich wissen wir, dass Herr Mappus auf der Beifahrerseite in vielen Dingen eine völlig andere Meinung hat und dass im Fond die FDP/DVP weilt, die auch wiederum ganz viele unterschiedliche Ideen hat. Trotzdem, Herr Ministerpräsident, sind Sie es, der die Hand am Steuer hat. Deshalb reicht es nicht, wenn Sie nur Dialoge führen und nur Dinge überprüfen, wenn Sie nur abwarten und hier und da zuhören.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Frau Vogt, haben Sie nicht zugehört? – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wo waren Sie denn gerade?)

Vielmehr ist es notwendig, dass Sie bei den Dingen, die schon lange anstehen, auch tatsächlich Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Gas geben und lenken! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber wenn der Beifahrer bremst?)

Zuweilen hatte man das Gefühl, Sie seien ganz frisch in die Regierung gekommen. Gerade der Flughafenausbau war doch schon unter Erwin Teufel ein Thema; auch da war doch schon die Frage, ob es eine zweite Start- und Landebahn geben soll oder nicht. Das ist doch nichts, was jetzt neu vom Himmel gefallen wäre.

Was wir von Ihnen erwarten, ist: Es ist klar, dass wir nicht immer in allen Dingen einer Meinung sind. Aber wenn man sich auseinander setzen soll, dann braucht man auch ein Gegenüber, dann braucht man jemanden, der klar sagt, wofür er steht, was er will und was er nicht will.

Sie haben selbst gesagt – das hat mich im Rückblick etwas verwundert –, wie gut doch eigentlich die Entwicklung der Finanzen, des Landeshaushalts, gewesen sei. Aber Sie sind es doch gerade gewesen, der gesagt hat, die Hauptaufgabe sei nun, die Sanierung des Haushalts zum Schwerpunkt zu erklären. Wenn alles so wunderbar gelaufen wäre, als Sie die Verantwortung als Fraktionsvorsitzender hatten und Herr Teufel Ministerpräsident war, dann wäre ein solch straffer Einschnitt, wie wir ihn nun alle für notwendig halten, jetzt gar nicht notwendig. Aber Sie sind auch in Ihrer Erwiderung soeben die Antwort schuldig geblieben, wo Sie sparen, was Sie sparen und welche Beiträge Sie als Regierung, zum Beispiel durch die Reduzierung Ihrer eigenen Bürokratie und Ihrer eigenen Ministerien, zu leisten bereit sind. Das sind die offenen Fragen. Strittig ist doch nicht, dass Sie insgesamt den Willen haben, etwas zu tun. Aber die Realisierung eines solchen Willens kann doch nur dann tatsächlich überprüft werden, wenn Sie auch Ross und Reiter nennen und sagen, welche Belastungen konkret auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werden.

Ich will noch ein Wort zum Thema „ländlicher Raum“ sagen. Das Wohl und Wehe des ländlichen Raums in Baden-Württemberg liegt doch mit Sicherheit nicht in der Frage, wie viele Subventionen man auf Dauer erhält – Subventionen, die zum Teil gerade in Baden-Württemberg in eine überbordende Landwirtschaftsverwaltung fließen.

(Minister Peter Hauk: Das ist doch gar nicht wahr!)

Die Bauern im Land wären froh, wenn es weniger Landwirtschaftsverwaltung bei uns in Baden-Württemberg gäbe

und damit weniger Überprüfung und nicht die permanenten bürokratischen Belastungen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! Zu wenig bei den Bauern, zu viel in der Verwaltung! – Minister Peter Hauk: Die größte Bürokratie kam doch in den letzten Jahren von Berlin!)

Wenn Sie etwas für die Landwirtschaft tun möchten, dann schauen Sie einmal, wo vielleicht Strukturhilfen notwendig sind. Was passiert – Sie haben Herrn Kollegen Teßmer genannt – im Neckar-Odenwald-Kreis, im Main-Tauber-Kreis? Das sind Bereiche, die große Probleme durch den Rückzug der Bundeswehr haben. Dort wäre die Landesregierung gefragt. Dort müsste man eingreifen und unterstützen, zum Beispiel Konversionsprojekte anstoßen.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre sehr viel sinnvoller, als Leute am Tropf zu halten.

Wichtig wäre eine Perspektive für Landwirte: Energiewirt als Berufsperspektive. Da braucht es Ihr Bekenntnis zu erneuerbaren Energien, und da braucht es auch eine andere Schwerpunktsetzung.

Nicht zuletzt hätten wir dann eine große Chance, wenn sich Ihre Regierung durchringen könnte, mit den Landwirten insgesamt festzulegen: Wir wollen in Baden-Württemberg eine hohe Qualität, einen Vorteil in der Vermarktung und verzichten in der gesamten Landwirtschaft auf Gentechnik. Eine solche Vorgabe wäre es, die uns Vorteile brächte und die die baden-württembergischen Landwirte auch im Wettbewerb mit anderen voranbringen würde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Erschütternd, Herr Ministerpräsident, ist das, was Sie zu den Kommunen gesagt haben. Für uns als Sozialdemokraten sind die Kommunen die Basis, an der die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich jeden Tag jegliche politische Entscheidung spüren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie sind das Herzstück unserer Demokratie und nicht irgendetwas, was lästig ist und was Sie möglichst wenig behelligen soll. Das fand ich schon bemerkenswert.

Wenn es Ihnen zu viel ist, sich mit den Kommunen auseinander zu setzen, dann hätte ich einen Vorschlag: Machen Sie eine konkrete Aufgabenteilung. Wünschenswert wäre, wenn Sie zum Beispiel hergingen und deutlich machten: Wir hören mit vielen Mischfinanzierungen auf. Nehmen wir das Beispiel „Schule und Kindergarten“. Versuchen wir doch einmal einen Weg, um zu erreichen, dass wir in fünf bis acht Jahren eine Zuständigkeit der Kommunen haben für alles, was den Kindergartenbereich betrifft. Das Land übernimmt dann aber komplett die Verantwortung für alles, was den Schulbereich betrifft. Dann hätten wir konkrete Zuständigkeiten, und Sie hätten nicht das Problem, dass Sie sich in Verhandlungen stürzen müssen. Ich halte es aber für eine Selbstverständlichkeit, dass Sie sich mit Kommunen auseinander setzen. Denn ohne ein kommunales Leben hät-

(Ute Vogt)

ten wir keine Lebensqualität in Baden-Württemberg. Da würde der ganze Landtag nichts nützen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben ein paar spannende Stichworte wiederholt: Standardabbau. Ja, welche Standards, wo, bei wem?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bis wann?)

Wer muss abbauen? Wer trifft die Entscheidungen? Keine abstrakte Vorgabe, konkret und direkt aufgezählt!

(Abg. Peter Schneider und Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das hat er doch gesagt! – Gegenruf des Abg. Thomas Knapp SPD: Kein einziger Satz! – Abg. Norbert Zeller SPD: Nein, hat er nicht gesagt!)

Das wäre es, was wir erwartet haben. Möglicherweise werden wir ja in der Haushaltsberatung mehr dazu hören.

Ich denke, Herr Kollege Oettinger,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Ministerpräsident Oettinger!)

wenn Sie wirklich der Meinung sind, dass es notwendig ist, etwas beim Finanzausgleich zu verändern, sollten wir tatsächlich dieses Thema ernst nehmen. Wenn Sie sechs Bundesländer zu Verbündeten erklären und mit diesen sechs Bundesländern dann nichts anderes im Kopf haben, als eine Verhinderungsstrategie zu fahren, dann kann man dadurch natürlich die Grundgesetzänderung verhindern, wenn diese sich alle einig werden. Aber viel wichtiger wäre es doch, etwas Positives zu schaffen. Wir sind doch nicht gewählt, um Dinge zu verhindern, sondern wir sind gewählt, um etwas zu gestalten, und zwar auch über das eigene Land hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie da auf unser Angebot eingegangen wären, wenn Sie gesagt hätten: „Jawohl, wir machen gemeinsam einen Vorschlag zur Föderalismusreform, Teil II. Wir machen einen Vorschlag, wie wir die Länderfinanzen neu ordnen, wie wir Möglichkeiten schaffen, eigene Steuereinnahmen zu bekommen, und wie wir auch den schwächeren Ländern so helfen, dass sie selbst auf Dauer auf die Beine kommen.“ Aber das geht nicht, wenn Sie nur den Bund der Starken schließen. Das geht nur, wenn auch die kleinen, die finanzschwächeren Länder merken, dass wir es ernst meinen und auch bereit sind, ihre Interessen mit zu berücksichtigen. Da geht es nicht um das gemeinsame Ziel – das teilen wir vielleicht sogar –, sondern um die Frage, welchen Weg Sie einschlagen. Mit dem falschen Weg – wenn man den Leuten die Brechstange ins Kreuz haut –, erreicht man im Grunde gar nichts. In unser aller Interesse ist es, dass wir es schaffen, hier tatsächlich eine Veränderung zu erreichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Dann, Herr Ministerpräsident, will ich noch Ihre „hervorragende“ Idee mit dem Feldversuch ansprechen: Lasst doch

alle neu eingestellten Arbeitnehmer für drei Jahre befristet arbeiten. Ich darf Sie erinnern: Wir haben auf Bundesebene – übrigens unter Verantwortung der rot-grünen Regierung – den Kündigungsschutz der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genau in diesem Sinne gelockert. So ist es inzwischen möglich, einen älteren Arbeitnehmer neu einzustellen, ohne dass dieser ein Kündigungsschutzrecht nach alter Gestaltung hat. Vielmehr wurde das Kündigungsschutzrecht im Grunde dadurch „erledigt“, dass man gesetzlich verwirklicht hat, dass Arbeitnehmer nur noch befristet für ein Jahr eingestellt werden und die Befristung unendlich verlängert werden kann. Das Ergebnis ist, dass im Grunde heute noch weniger ältere Beschäftigte in den Betrieben sind als vor dieser Regelung. Insofern war diese Regelung nicht nur falsch und überflüssig – das muss ich auch an die eigene Adresse sagen –, sondern am Ende durchaus schädlich. Genutzt hat sie nichts. Wenn Sie jetzt im Prinzip das Gleiche machen, indem Sie einführen, dass jemand, der neu in den Beruf einsteigt oder seinen Beruf wechselt, für drei Jahre keinen Kündigungsschutz haben soll, was passiert denn dann? Jeder, der einen Job hat, wird überhaupt nicht mehr freiwillig wechseln, sondern versuchen, so lange wie möglich in seinem Job zu bleiben. Das zementiert auch den Arbeitsmarkt.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Und was machen die von Ihnen so geförderten Familien? Wer will denn ein Haus bauen oder kaufen oder eine teure Wohnung mieten, wenn er die Perspektive hat, in den nächsten drei Jahren keine Sicherheit zu haben?

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Österreich hat es doch vorgemacht!)

Wer hat denn den Mut, eine Anschaffung zu machen oder überhaupt erst eine Familie zu gründen, wenn die Perspektive ist, drei Jahre lang in der völligen Unsicherheit zu leben? Insoweit ist Ihr Vorschlag, Herr Ministerpräsident, nicht durchdacht und auch schädlich für das Ziel, ein Kinderland in Baden-Württemberg zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen deshalb empfehlen: Das, was Sie dialogorientiert umsetzen wollen, sollten Sie nicht immer nur im Dialog mit den eigenen Leuten angehen. Nehmen Sie das Beispiel aus Ulm, das Sie vorhin entgegnet haben: Wenn die Eltern es im Grunde Klasse fänden, dass wir jetzt nur noch Kleinkinder betreuen, aber die Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren herausmüssen, dann hätten sich die Eltern nicht über diese Zustände beklagt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Klaus Herrmann: Diese Kinder sind im städtischen Kindergarten!)

Das Problem an dieser Sache ist doch, dass es völlig andere Öffnungszeiten gibt, dass es räumlich eine ganz andere Entfernung ist. Es kann doch nicht sein, dass unsere Kinderpolitik und Betreuungspolitik und die Möglichkeit, Kinderbetreuung zu stärken, so abläuft, dass nur die Kinder im Alter von bis zu drei Jahren betreut werden und die vier- bis sechsjährigen Kinder hinausgeworfen und an andere Stellen verpflanzt werden. Es kann nicht sein, dass die kleinen auf

(Ute Vogt)

Kosten der größeren Kinder eine entsprechende Betreuung finden. Jedenfalls habe ich Ihr Kinderland so nicht verstanden, Herr Kollege Oettinger.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen: Weiten Sie den Dialog aus! Reden Sie auch mit den Betroffenen direkt und nicht nur mit denen, die Interessen vertreten! Und beziehen Sie auch Menschen ein, die Ihnen nicht immer nach dem Mund reden!

Nehmen Sie das Beispiel der Gewerkschaften: Sie haben ja formal den Dialog mit den Gewerkschaften eröffnet. Aber hier im Landtag haben Sie wieder in Bezug auf die Lehrerbildung und die Frage, ob Lehrerinnen und Lehrer Beamte sein sollen, die Gewerkschaften als „das Damoklesschwert“ für die Entwicklung in den Schulen genannt. Wie sonst ist zu erklären, dass Sie solche Ängste davor haben, dass es einmal einen Streik geben könnte? Erinnern Sie sich überhaupt noch, wann zum letzten Mal in den Krankenhäusern gestreikt wurde? Ich glaube, das ist weit über zehn Jahre – ich glaube, fast 20 Jahre – her. So heftig kann das nicht sein.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: In den Kindertagesstätten! Das ist vier Wochen her!)

– In den Kindertagesstätten wurde gestreikt. Und vorher war dort fast 20 Jahre Ruhe. Es ist also nicht so, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Jux und Tollerei streiken würden. Aber erkennen Sie doch an, dass Gewerkschaften und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich deshalb zusammenschließen, weil man auf gleicher Augenhöhe verhandeln können muss und weil es ein großes Unrecht ist, wenn nur derjenige, der die Arbeit zur Verfügung stellt, über jeden Einzelnen bestimmen kann. Wir waren in unserer sozialen Marktwirtschaft schon einmal weiter.

Es geht darum, dass wir auf gleicher Augenhöhe miteinander verkehren. Nur dann, Herr Ministerpräsident, macht das Wort vom Dialog Sinn, wenn Sie nicht Angst vor Ihren Dialogpartnern haben,

(Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

sondern wenn Sie aufgeschlossen und offen sind und auch tatsächlich Mut beweisen, wenn Sie nicht nur zuhören, sondern tatsächlich die Themen anpacken, von denen Sie gerne reden. Handeln ist gefragt. Das ist es, was wir von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort erteile ich dem Kollegen Kretschmann. Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung muss nach der Erklärung des Ministerpräsidenten zuerst den Vorsitzenden der Oppositionsfractionen das Wort erteilt werden. Erst danach geht es in der normalen Reihenfolge weiter, Herr Kollege Mappus. Das steht so in der Geschäftsordnung.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da merkt man den Unterschied! Der kennt sich aus! Das war ein Lob, Herr Präsident!)

Bitte, Herr Kollege Kretschmann.

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, lieber Günther Oettinger, dein Konter war kraftvoll geschossen, er ist aber am Tor vorbeigegangen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt wortreich erklärt, welches die Gründe dafür waren, dass wir die erhöhte Zahl bei der Einstellung von Lehrern nicht durch die Einsparungen im Größenordnungsbereich von 10 000 Beschäftigten in anderen Bereichen kompensieren können. Das war alles richtig.

Kollege Mappus hat gesagt, ohne Hilfe von außen gehe es nicht. Er hat also rein darauf spekuliert, dass wir beim Länderfinanzausgleich Änderungen erreichen können. Sie haben aber in Bezug auf die Frage, wie man jetzt trotzdem zu einem ausgeglichenen Haushalt kommt, überhaupt nicht die Kurve gekriegt. Darum hat mich das wenig beeindruckt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Herr Kollege Mappus, wir sind uns einig: Der Länderfinanzausgleich ist zwar richtig, und wir halten auch an ihm fest, aber nicht in dieser Form. Er bietet in der Tat zu wenige Leistungsanreize für die Nehmerländer, sich nach der Decke zu strecken.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es! Genau!)

Er ist auch leistungshemmend für die starken Länder. Schließlich kann man nicht die starken Länder immer so weit schwächen, bis sie irgendwann selbst nichts mehr abgeben können.

(Beifall der Abg. Oswald Metzger GRÜNE und Dieter Hillebrand CDU)

Das ist richtig. Aber ich möchte mich trotzdem gegen die Töne, ganz aus dem Länderfinanzausgleich auszusteigen, verwahren. Die Drohung mit einem Ausstieg wird auch nicht zum Erfolg führen.

Das ist alles bekannt. Aber wo sind jetzt die Vorschläge gewesen, wie man trotzdem zu einer Nettollverschuldung bis zum Jahre 2011 kommt? Das sind ja immerhin Ihre Aussagen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jetzt warten Sie doch einmal auf die Haushaltsberatungen!)

Wenn Sie glauben, dass es gar nicht geht, dann sagen Sie: „Dieses Ziel können wir leider nicht erreichen. Da sind wir von anderen abhängig.“ Das haben Sie aber nicht gemacht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nein, es kommt auf die Haushaltsaufstellung an!)

Sie haben noch einmal auf die mittelfristige Finanzplanung verwiesen. Herr Ministerpräsident, das hätten Sie besser unterlassen. Das, was Sie in der mittelfristigen Finanzplanung dargelegt haben, ist nichts anderes als ein billiger Trick. Da sollten Sie, Herr Finanzminister, zuhören. Sie sind ja schließlich dafür verantwortlich.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird die Nettoneuverschuldung bis 2011 heruntergeführt – mit einem ganz einfachen

(Winfried Kretschmann)

chen Trick: Es wird mit einer Deckungslücke gegengerechnet. In dem Maße, in dem die Neuverschuldung heruntergeht, steigt die Deckungslücke.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Das ist doch reine Rhetorik. Aber dazu, wie Sie die Deckungslücke schließen, haben Sie wieder kein Wort gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Der Hinweis auf den Einsatz der 600 Millionen €, die Sie aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer erwarten, war alles, was kam, Herr Ministerpräsident. Es kamen noch nicht einmal 100 000 € hinzu, als Sie bei Ihrem Konter sagten: Damit decken wir jetzt die Haushaltslücken.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben heute noch keine Haushaltsberatungen!)

Das, was schließlich folgte – die ganzen Bögen, die zu allen Bereichen der Politik geschlagen wurden –, macht ohne Anbindung an die Haushaltspolitik überhaupt keinen Sinn. Deswegen behaupte ich, dass Sie bei Ihrem Konter weit am Tor vorbeigeschossen haben. Wir haben überhaupt keine Ansage bekommen, in welche Richtung das Ganze gehen soll – keine einzige Ansage, auch nicht bei Ihrer Erwidernung.

Jetzt greife ich noch einmal das Thema „Messe und Flughäfen“ auf. Das ist genau der Punkt. Die Frage bei der Messe und den Flughäfen ist doch: Gehören die entsprechenden Maßnahmen zu den Kernaufgaben des Landes Baden-Württemberg,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

oder gibt es höhere Prioritäten gegenüber diesen Maßnahmen?

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Auch eine zweite Start- und Landebahn macht – das wissen wir heute – ökonomisch überhaupt keinen Sinn, es sei denn, man will noch einmal 30 % mehr Billigflieger auf den Landesflughafen bringen. Das ist überhaupt der einzige Hintergrund für die zweite Start- und Landebahn.

(Zuruf von den Grünen: Sehr richtig!)

Bei Söllingen haben wir genau dasselbe. Sind diese Maßnahmen also Kernaufgaben des Staates, oder haben wir nicht wichtigere Aufgaben wie zum Beispiel die Sanierung der Hochschulbauten, die ein Rückstandsvolumen von über 2 Milliarden € aufweist? Dabei haben Sie sich bei Ihrer Regierungserklärung völlig vergriffen, als Sie gesagt haben: Hochbaumittel in den Straßenbau, wenn dies Not tut. Der Vorschlag, sozusagen vom Hochschulbau in den Landesstraßenbau zu gehen, ist ja nun völlig abwegig.

(Beifall bei den Grünen)

Bei den Messen gilt genau dasselbe. Auf den ersten Blick war es zunächst einmal sehr überzeugend, was Sie zur Konkurrenzsituation im Messebereich gesagt haben. Genau die von Ihnen gemachte Aussage ist die Begründung für Sub-

ventionswettläufe: Weil es andere Länder wie Hessen und Bayern machen – Hessen steht bei der Neuverschuldung ja noch viel schlechter da als Baden-Württemberg –, müssen wir es auch machen. Das ist genau die Logik von Subventionswettläufen, die Sie hier wieder heruntergebetet haben – und nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn Sie in diesen Subventionswettläufen drin bleiben, dann – so behaupte ich – erreichen wir die Nettonullverschuldung am Sankt-Nimmerleins-Tag. Das ist genau der Punkt, um den es hier geht, und das ist genau die Provokation meines Vorschlags, dass wir uns aus solchen Unternehmungen zurückziehen müssen, die in einem harten internationalen Konkurrenzwettbewerb stehen, weil sie nur dazu führen, dass wir uns Wettbewerbsvorteile mithilfe staatlicher Steuermittel verschaffen wollen. Das geben unsere Haushalte schlicht und einfach nicht her. Das überfordert uns, und dann haben wir kein Geld mehr für die Erfüllung der zentralen Aufgaben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das überfordert die Steuerbürger!)

Wenn Ihnen, Herr Ministerpräsident, zum Projekt Stuttgart 21 und der Neubaustrecke, das wiederum vor enormen Kostenexplosionen steht, nichts anderes einfällt als die Streckenführung einer Ost-West-Magistrale, dann haben Sie ganz schlechte Karten. Denn für eine Ost-West-Magistrale von Paris nach Budapest müssen wir keinen Bahnhof tiefer legen.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Stefan Mappus CDU)

Dafür gibt es überhaupt keine Gelder von der EU. Daher gibt es auch keinen Grund für dieses Projekt. Sie haben jetzt schon bei der Planung für das frei werdende Gelände höchste Schwierigkeiten. Deswegen geistert auch immer wieder die makabre Idee herum, auf die Flächen von Stuttgart 21 ein Regierungsviertel zu bauen. Sie sehen also: Es klemmt überall.

Aber Sie einfach haben nicht den Mut, diese Vorplanung infrage zu stellen und die Ost-West-Magistrale gerade unter diesen knappen Bedingungen durchzusetzen mit einem Kopfbahnhof, dessen Sanierung nur ein Drittel dieser Kosten ausmachen würde. Dazu sind Sie nicht imstande.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein grüner Traum, was Sie da verbreiten!)

Deswegen werden Sie entweder am Schluss verlieren – und damit verliert die ganze Streckenführung, auch die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, für die wir ja bekanntlich sind –, oder Sie setzen sich gegen alle ökonomische Vernunft durch, und wir haben ein neues Subventionsgrab im Haushalt. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt ist eines interessant – da haben wir Sie ja immerhin aus der Reserve bekommen –: Dort, wo wir dringend Geld brauchen und frisches Geld hineinbringen müssen – nämlich in unsere Hochschulen wegen des enormen Anstiegs

(Winfried Kretschmann)

der Studienbewerber –, eröffnen Sie uns jetzt auf einmal ein Modell, das Sie zusammen mit der Industrie machen wollen. Fifty-fifty, okay, das hören wir jetzt. Aber woher kommen die 150 Millionen €, die wir dann als Land erbringen müssen? Wieder Fehlanzeige, nichts gesagt. Das kann man natürlich auch nicht, wenn man von den großen Subventionsschienen nicht herunterwill. Wir haben also eine Nullansage, wo die Hälfte, die das Land erbringen muss, herkommen soll. Wo stehen die 150 Millionen €? Sie stehen weder im Koalitionsvertrag noch in Ihrer Regierungserklärung. Wieder eine Fehlanzeige, woher in einem wichtigen Bereich das Geld kommen soll.

Dazu muss ich schon noch eine Bemerkung machen. Wenn Sie den Aufwuchs der Studienplätze an den Hochschulen ausschließlich mit der Wirtschaft verhandeln, dann werden wir bestenfalls Ingenieur- und Technikerstudienplätze bekommen. Davor kann ich Sie nur warnen. Im Koalitionsvertrag und in Ihrer Regierungserklärung findet sich kein einziges Wort zu den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Wenn wir die Förderstrukturen anschauen, sehen wir ohnehin: Die größte Säule ist die der so genannten Lebenswissenschaften mit Biotechnologie und Ähnlichem, die zweite, schon wesentlich kleinere Säule ist die der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, und die Säule der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften wird immer kleiner. Wir graben am Fundament unserer Gesellschaft, wenn wir glauben, wir könnten zugunsten der rein technischen und ökonomischen Wissenschaften die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften immer mehr vernachlässigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Eines der ganz großen und bisher ungelösten Probleme sowie eine Herkulesaufgabe, die wir vor uns haben, betrifft die Integration von Migrantinnen. Man sieht dabei genau: Wenn wir es nicht schaffen, auch die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften, die sich mit den Fragen beschäftigen, wie wir friedlich und integriert in einer Welt zusammenleben, zu stärken, dann werden schwerwiegende Ereignisse, wie wir sie mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 hatten, alle wirtschaftliche Wohlfahrt auf einen Schlag untergraben. So schnell geht das. Wir sehen heute noch, welche dramatischen Auswirkungen diese Terroranschläge auf die Wirtschaft der USA und auch auf ihren ganzen Wissenschaftsbereich hatten. Viele Wissenschaftler meiden die USA wegen der Maßnahmen, die Präsident Bush ergriffen hat, und wollen sich dem nicht mehr unterwerfen.

Ich kann nur dringend davor warnen, Fragen der Hochschulfinanzierung ausschließlich mit der Wirtschaft zu besprechen. Da sind alle gesellschaftlichen Gruppen gefragt. Genauso, wie wir die wichtigen Bereiche der Lebenswissenschaften und der Ingenieurwissenschaften stärken müssen, müssen wir auch alle anderen geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche, aber auch die musischen Bereiche, Herr Staatssekretär Birk, stärken. Denn nirgendwo sind wir als Hochschulstandort so attraktiv wie zum Beispiel an unseren Musikhochschulen.

(Beifall bei den Grünen)

Noch ein letztes Wort zu den Lehrern als Beamte.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das haben wir jetzt schon gehabt!)

Wenn Ihnen zum Beamtenstatus der Lehrer nichts anderes einfällt als die panische Angst, dass die streiken könnten,

(Heiterkeit bei den Grünen)

dann geht es uns wirklich glänzend.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist Lebensrealität, was da passiert!)

Das muss man sich jetzt wirklich einmal vorstellen. Bei Ärzten geht es um Leben und Tod, um schwere Krankheiten,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die machen aber Notdienste!)

und die dürfen streiken. Aber die Lehrer, bei denen es um gar keine Not, sondern um Noten geht, dürfen das nicht. Die Ärzte dürfen streiken, und die Lehrer dürfen das nicht. Wer soll denn das verstehen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie als Haushaltspolitiker! Da geht es um Erpressung!)

Da lachen Sie doch selbst, oder?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit des Ministerpräsidenten Günther Oettinger)

Wir lassen also einerseits zu, dass an Krankenhäusern gestreikt wird, wo es für die Menschen wirklich um viel geht, und dann sagen wir mit dieser Argumentation: „Oh, wie fürchterlich, wenn die Lehrer streiken. Das können wir unseren Bildungseinrichtungen nicht zumuten. Deswegen können wir das nicht machen.“

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Natürlich! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Wen, Herr Ministerpräsident, wollen Sie davon überzeugen? Da es so ein schwaches Argument ist, hoffen wir alle, dass das auch bald fällt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Kretschmann, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Berroth zu?

**Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE:** Wenn sie intelligent ist.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Kollegin Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Kollege Kretschmann, gestehen Sie mir zu, dass an den Krankenhäusern da, wo dies dringend notwendig war, ein Notdienst eingerichtet wurde, dass ich mir aber nicht vorstellen kann, dass Lehrer,

(Heiderose Berroth)

wenn sie streiken, einen Betreuungsnotdienst an Schulen einrichten,

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Jesses! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Kretschmann, das brauchen Sie nicht zu beantworten!)

und dass das Land es zu organisieren hat, wenn die Eltern nicht zur Arbeit kommen, weil an Schulen gestreikt wird?

(Heiterkeit und Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Jesses Gott!)

**Abg. Winfried Kretschmann** GRÜNE: Oh Jesses Gott! Frau Kollegin Berroth, Streiks sind für diejenigen, die das betrifft, immer unerquicklich,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bloß wenn es das ganze Land betrifft!)

egal ob das den Müll betrifft oder die große Strafe, dass ein Schüler dann keine Klassenarbeit mehr schreiben darf.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Müll kann ich stehen lassen, aber Kinder nicht!)

Das ist natürlich alles unerquicklich. Aber das gehört nun einmal zum Sinn des Streikrechts. Sonst hätte es nämlich gar keinen Sinn, dass Streiken irgendwie auch Stress macht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Müll kann ich stehen lassen, aber Kinder kann ich nicht abstellen! Eben drum!)

Wenn Streiks nur Vergnügen bereiten würden, dann würden wir alle dauernd streiken.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es! Dann würde es ja jeder machen! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie kapierten nicht, worum es geht!)

Frau Kollegin Berroth, was Sie gesagt haben, war einfach nicht sehr logisch. Ich glaube, ein Streik an Schulen ist wirklich nicht schlimmer als ein Streik an einem Krankenhaus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Gundolf Fleischer CDU: So weit kommt es noch, dass der Kretschmann streiken darf!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch, Herr Ministerpräsident, etwas zur Atomkraft sagen. Zunächst einmal sind Sie im Bund an einer Regierung beteiligt, bei der Ihr Koalitionspartner am Ausstieg festhält. Dazu ist ein Vertrag mit der Industrie abgeschlossen worden,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Den habt ihr doch gemacht!)

in dem sich die Industrie verpflichtet hat, das umzusetzen. Es gibt gar keinen Grund, ihn zu ändern.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wer das tut, nimmt den Druck aus der Umgestaltung unserer Energielandschaft – das möchte ich besonders Ihnen einmal ans Herz legen, Herr Ministerpräsident – hin zu einer mittelständisch orientierten Energiewirtschaft, weg von den großen Monopolen, und zweitens auch hin zu einer dezentralen Energiewirtschaft mit den drei E als Säulen, die Sie ja freundlicherweise in Ihrer Regierungserklärung ausbreitet haben.

Was die Energiekonzerne machen, wenn sie übriges Geld haben, haben wir bei Eon gesehen: Dort gab es den Versuch, sich bei anderen Energieversorgern in Europa einzukaufen. Wozu wird das führen? Dazu, dass der Wettbewerb auf unserem Energiesektor noch mehr untergraben wird, anstatt dass er gestärkt wird.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das stimmt so auch nicht, Herr Kollege!)

Wenn Sie wirklich etwas für unseren Mittelstand in diesem Bereich tun wollen, dann setzen Sie sich kraftvoll dafür ein, dass die Regulierungsbehörde endlich faire Bedingungen für alle anderen Netzanbieter schafft.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gut!)

Das ist das Gebot der Stunde. Dazu sind Sie aufgerufen.

(Beifall bei den Grünen)

Sie sollten nicht stattdessen den großen Monopolen mit ihren Atomkraftwerken hinterherlaufen.

Sie hatten Mut und haben die Effizienzrevolution, die wir vorgeschlagen haben, für die baden-württembergische Industrie übernommen, allerdings noch nicht die Instrumente benannt, mit denen Sie das erreichen können. Aber die werden wir Ihnen nennen und Sie auffordern, dies dann umzusetzen. Dann können wir bis zum Abschaltzeitpunkt von Neckarwestheim I einsparen; da besteht für mich gar kein Zweifel.

Im Wahlkampf habe ich das „Hohenloher Modell“ besucht. Da haben sich 150 mittelständische Unternehmer zusammengeschlossen, um in ihren Bereichen kraftvoll Energie einzusparen. Das ist auch sehr gut gelungen. Solche Modelle für Handwerk und Mittelstand auf das gesamte Land zu übertragen ist das Gebot der Stunde. So tun wir direkt etwas für die Wertschöpfung in unserem Land und schaffen Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes. Das ist der richtige Weg – aber sicher nicht, stattdessen an Altindustrien und deren Verlängerung festzuhalten. Wer das tut, gerät ins Hintertreffen, wie die Kohlesubventionen in NRW gezeigt haben. Wir aber wollen Motor auf den Weltmärkten sein. Das ist die richtige Linie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort erhält Herr Abg. Mappus.

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war zum Teil durchaus spannend, was wir in den letzten Stunden zu hören bekommen haben.

(Stefan Mappus)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber nicht bei Ihnen!)

Mit Verlaub, Frau Vogt: Wenn ich vor allem das Revue passieren lasse, was Sie heute Morgen gesagt haben, dann gewinnt der Begriff Morgengrauen für mich eine ganz neue Bedeutung.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Stehen Sie so spät auf?)

Ich möchte schon einmal auf ein paar Punkte eingehen. Sie haben viel von Zaudern und Zögern geredet, von Mut und Vorschlägen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und von bremsenden Beifahrern!)

– Und von bremsenden Beifahrern. Zu diesem schönen Bild komme ich auch noch; dieser ganze Vergleich gefällt mir nämlich sehr gut.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Passen Sie auf, dass Sie nicht rausfallen!)

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage muss doch lauten: Wer steht eigentlich zu welchem Zeitpunkt zu welchen Inhalten? Vor allem: Wie vermittelt er diese? Dazu möchte ich jetzt einfach einmal einige Punkte durchdeklinieren: Was macht die Regierung? Was machen die sie tragenden Fraktionen? Was macht die Opposition?

Das Thema Studiengebühren ist vorhin mehrfach angesprochen worden. Ich will dies in einem Punkt einmal erweitern. Es ist schon so, Frau Vogt, dass wir zu etwas früheren Zeiten gar nicht so weit auseinander waren. Ich zitiere einmal aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Oktober 2003:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Uralte Kamellen!)

*Man muss Solidarität auch einfordern, nicht nur von Stärkeren, sondern auch von denen, die unterstützt wurden und denen es dann wieder besser geht. Das gilt ganz allgemein. Warum sollte es zum Beispiel nicht möglich sein, Leuten, die nach einem Studium im Beruf erfolgreich sind, rückwirkend eine Leistung für ihren gebührenfreien Besuch der Universität abzufordern?*

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Das müssen Sie doch auswendig können! Das haben Sie schon so oft zitiert!)

*Für mich ist eine solche Überlegung kein Schreckgespenst mehr. Damit könnte man der Gesellschaft etwas von dem zurückgeben, was man von ihr erhalten hat.*

Zitat Ute Vogt, „Süddeutsche Zeitung“, 17. Oktober 2003.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört! – Zurufe von der SPD)

Dass die Kollegin Vogt rechtzeitig die Kurve gekratzt hat, haben wir spätestens im Wahlkampf mitbekommen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sprach von „gebührenfreiem Studium“! Das haben Sie doch gerade zitiert!)

„Die Welt“, 25. Januar 2006:

*Die SPD will als einzige Partei das Erststudium gebührenfrei halten.*

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Richtig! So ist es!)

Aber, meine Damen und Herren, es wird noch viel spannender. Deshalb die Frage: Wer ist es, der hier zaudert und zögert? Wer steht wo? Wer weiß eigentlich, was er will?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben es doch gerade vorgelesen!)

Die SPD-Fraktion, der jetzige stellvertretende Landtagspräsident Drexler, damals noch Fraktionsvorsitzender, am 21. Oktober 2003 in den „Stuttgarter Nachrichten“ – ich zitiere –:

*Ich halte nachlaufende Gebühren für sinnvoll, wenn das Geld tatsächlich den Hochschulen zur Verfügung steht. Ich hatte schon früher eine etwas andere Meinung als die Mehrheit meiner Fraktion, aber allmählich denken viele meiner Kollegen endlich um.*

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Glückwunsch zur Erkenntnis! Aber als kleiner Beleg dafür, meine Damen und Herren, dass die CDU und alle Beifahrer im Vergleich zu Ihrer Mannschaft grenzenlos homogen sind, ein weiteres schönes Zitat. Ich zitiere den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der hat noch gefehlt!)

„Stuttgarter Nachrichten“, 19. Februar 2004:

*Nachlaufende Studiengebühren, die an das Einkommen anknüpfen und erst dann verlangt werden, wenn ein Akademiker sie bezahlen kann, halte ich für sozial ausgewogen.*

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Sie müssen bei Ihnen klären, wer etwas will, wohin Ihr Auto mit Ihren Beifahrern oder wem auch immer fährt. Im Vergleich zu der Position, die Sie im Moment haben, im Vergleich zu Ihrer Fraktion ist jeder Ameisenhaufen eine geordnete Kampfformation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Herr Palmer, ganz ruhig bleiben. Ich habe Ihnen schon x-mal gesagt: Das, was Sie machen, ist ungesund. Sie regen sich immer so auf.

(Unruhe)

Nächster Punkt: Wir haben heute ausgiebig das Thema Schule diskutiert. Frau Vogt, Sie haben darauf verwiesen, das Entscheidende sei nicht PISA oder was dabei herauskomme, sondern sei, ob wir jetzt weltweit Spitze seien oder

(Stefan Mappus)

nicht. Sie haben sicherlich nachvollzogen, dass wir in den letzten Jahren in dieser Rangskala deutlich nach oben gerutscht sind. Wir sind noch nicht ganz oben – das ist in Ordnung –, aber auf dem richtigen Weg. Was den Vergleich mit anderen Bundesländern angeht, sind wir an der Spitze in Deutschland.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode vor allem die Inhalte verändert: Einführung von Englischunterricht in der Grundschule, Abitur nach dem zwölften Schuljahr – die SPD war lange Zeit vor Ort, zum Beispiel in Pforzheim, in weiten Bereichen massiv dagegen –, Veränderung der Lerninhalte und vieles andere mehr. Aber wenn es jetzt um Zaudern und Zögern geht, dann kann ich nur sagen: Es war dieser Ministerpräsident,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Welcher denn?)

der vor der Wahl, und zwar gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden, in Rekordzeit, was Sie garantiert nicht hinbekommen hätten, im letzten Jahr ein Paket – übrigens unter anderem mit dem Kollegen Ivo Gönner, der Ihnen wahrscheinlich nicht ganz unbekannt ist; er gehört, wenn ich es richtig weiß, Ihrer Partei an – mit einem Volumen in Höhe von 1 Milliarde € geschnürt hat, und zwar ein flächendeckend bedarfsorientiertes Konzept an Ganztagschulen innerhalb der nächsten Jahre in ganz Baden-Württemberg. Mit Verlaub: Man kann doch nicht davon reden, wir würden zaudern oder zögern und hätten keine Inhalte. Wir haben das gemacht. Wir haben es mit den Kommunen und nicht gegen die Kommunen umgesetzt, und wir werden es in den nächsten Jahren vollständig umsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt zum Thema Ganztagschulen. Sie haben vorhin einfließen lassen, wir wollten das alles nicht, Fahrer und Beifahrer hätten da völlig unterschiedliche Ansichten. Die Metapher finde ich ganz gut. Ich kann Ihnen nur sagen: Fahrer und Beifahrer und alle 67 Mitfahrer der CDU-Fraktion – an der Homogenität dieser Mannschaft werden Sie noch viel Freude haben. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Lachen bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war bald mehr Beifall bei der SPD als bei der CDU!)

Die Frage bei der Umsetzung dieses Projekts ist aber: Welches Familienbild haben Sie? Welches Familienbild hat die CDU? Sie wollen die generelle Ganztagschule. Wir wollen nicht die generelle Ganztagschule. Wir wollen die generelle Ganztagschule deshalb nicht, weil wir der Überzeugung sind, dass ein flächendeckend bedarfsorientiertes Konzept an Ganztagschulen, nach dem die Familien entscheiden, ob sie dies in Anspruch nehmen wollen oder nicht, richtiger ist –

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Stichwort Subsidiarität als ein Zwangskonzept, das der Staat einführt. Das ist der große Unterschied. Deshalb ist Ihre kontinuierliche Forderung nach einer generellen Ganztagschule, wobei Sie uns ständig vorwerfen, dass wir sie nicht umsetzen, schlicht und ergreifend falsch, und zwar familienpolitisch und inhaltlich falsch. Deshalb wird die ge-

nerelle Ganztagschule in Baden-Württemberg nicht stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Sozialpolitik, Landeserziehungsgeld: Sie haben vorhin gesagt: „Das muss weg, und das Geld wird vollständig in Betreuung investiert.“ Ich räume ein, dass man bei dem Thema Betreuung unbestritten noch mehr Gas geben muss als bisher, und zwar gemeinsam mit den Kommunen. Wir können die Kommunen nicht alleine lassen, weil sie die Betreuung nicht alleine schultern können.

Meine Damen und Herren, auch hier gilt ein anderes Familienbild, als Sie es offensichtlich haben. Ich will, dass wir Betreuung haben. Ich will, dass wir als Land für die Betreuung mehr Geld ausgeben. Aber was mit uns nicht zu machen ist, ist, dass quasi diejenigen finanzpolitisch bestraft werden, die die Betreuung in der Familie selber übernehmen. Das ist mit der CDU nicht zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Aber genau das wäre der Fall, wenn man das, was nicht nur die Opposition ab und zu fordert, tun würde, nämlich das Landeserziehungsgeld zu streichen und eine vollständige Investition in die Betreuung vorzunehmen. Dann würde genau das eintreten, dass Familien, die selber betreuen, unabhängig vom Einkommen nichts mehr bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Übrigens gibt es aus meiner Sicht der Dinge bei dem, was im Moment in Berlin passiert, einen kleinen Strickfehler. Denn beim Familiengeld gibt es Fälle, in denen Geringverdiener, die ihr Kind selber erziehen, beaufsichtigen und betreuen und nicht zur Arbeit gehen, in bestimmten Fällen weniger Geld vom Bund bekommen als bisher. Das halte ich für einen Strickfehler. Ich sage das in aller Offenheit. Aus meiner Sicht der Dinge muss das so schnell wie möglich entsprechend korrigiert werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Haben Sie das Frau von der Leyen schon gesagt?)

In diesem Punkt haben wir ein anderes Familienbild, für das wir kämpfen und mit dem wir in den nächsten Jahren mit Sicherheit draußen auch noch entsprechenden Erfolg haben werden.

Nächster Punkt, meine Damen und Herren: Energiepolitik. Das ist Ihr Lieblingsthema, Herr Kretschmann, das Sie heute wieder zweimal angeführt haben. Frau Vogt hat in einem Nebensatz etwas Interessantes gesagt, nämlich, dass man deshalb gegen die Kernenergie sein müsse, weil das Thema „Lagerung der Abfälle“ ja unter anderem auch auf den Schwarzwald zukommen könnte. Das ist schon eine ziemlich interessante Bemerkung, meine Damen und Herren. Der Steuerzahler hat in den letzten 20 Jahren Hunderte von Millionen – zuerst D-Mark, dann Euro – dafür ausgegeben, dass zwei Lagerstätten – eine für Hochtemperaturabfälle, eine für Niedrigtemperaturabfälle – en detail untersucht werden. Die Untersuchungen sind abgeschlossen. Da können Sie in die Planfeststellung und dann in die Umsetzung ge-

(Stefan Mappus)

hen. Aber der Spät-68er Trittin hat das erst einmal gestoppt, und die Strategie, die jetzt von Gabriel verfolgt wird – nämlich zu sagen: „Jetzt legen wir das mal ad acta und erpressen die mal ein bisschen nach dem Motto ‚Na ja, wir könnten ja vielleicht auch bei euch untersuchen, ob wir den Abfall bei euch ablagern‘“,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb sind Sie für Atomenergie, weil Baden-Württemberg da nicht infrage kommt?)

so nach dem Motto „Dann sind die ganz schnell dagegen“, und am besten noch einmal richtig Geld zu investieren –, ist, meine Damen und Herren, schon eine ziemlich üble Nummer, sowohl was die Politik angeht als auch was das Geld des Steuerzahlers angeht. Ich kann nur sagen: Damit werden Sie uns nicht einfangen.

Es gibt zu dem – auch was der Ministerpräsident an Vorschlägen gemacht hat – in einem Land, in dem 60 % des Stroms durch Kernenergie erzeugt werden, kurz- und mittelfristig keine vollständige Alternative zu diesem Thema. Deswegen halte ich den Weg, den wir gehen, für richtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn Sie so weitermachen, wird es nie eine geben!)

Deshalb werden wir ihn gemeinsam gehen. Ich bin mir sicher und bin bereit, Wetten anzunehmen: Innerhalb der nächsten drei Jahre kippt in dieser großen Koalition in diesem Bereich – schlicht und ergreifend aufgrund der Preisentwicklung an den Märkten – die Meinung. Ich biete Ihnen die Wette an, dass das Konzept, das vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen wird und im Übrigen von den Stromkonzernen gewollt wird,

(Lachen bei der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Auch ein interessanter Nebensatz!)

die Sie, Herr Kretschmann, um es einmal sehr vorsichtig auszudrücken – ich will jetzt nicht sagen: erpresst –, auf relativ unlautere Art und Weise zu diesem Vertrag gebracht haben, kommen wird, dass es richtig ist und dass wir auch im Hinblick auf das Preisniveau in den nächsten Jahren auch hier richtig liegen werden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wieso wollen Sie wetten? Haben Sie Insiderinformationen, oder ist das nur eine Vermutung?)

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren: Stuttgart 21. Herr Kretschmann, das ist ein Thema, das mich deshalb bewegt, weil ich genau wie der Ministerpräsident der Überzeugung bin, dass, was den Fernverkehr der Bahn angeht, dieses Projekt über Zukunft oder Nicht-Zukunft im Hochgeschwindigkeitsbereich der Deutschen Bahn AG am Standort Baden-Württemberg entscheiden wird.

Sie sagen, das gehe alles ohne Stuttgart 21, aber Sie sagen natürlich eines nicht: dass die Bahn im Zuge einer Wirtschaftlichkeitsrechnung einmal untersucht hat, was es kostet, wenn man den Bahnhof saniert. Denn dieses wunderschöne Gebäude steht unter Denkmalschutz und ist dummerweise baufällig. Komischerweise ist bei dieser Untersuchung herausgekommen, dass eine Sanierung des derzeitigen

Stuttgarter Bahnhofs – die Bahn hat das untersucht, nicht wir, nicht die CDU; die Bahn, der Eigentümer, der Bauherr, übrigens auch der Bauherr von Stuttgart 21 – über 800 Millionen € kosten würde. Danach hätte man die gleiche Kapazität wie vorher.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht allen Ernstes unsere Politik sein, knapp eine Milliarde in einen Bahnhof zu stecken, der völlig unrentabel und völlig unwirtschaftlich ist, damit man danach, nachdem man einen Haufen Geld rausgehauen hat, das gleiche Problem hat wie vorher. Wenn das Ihre Politik ist, dann kann ich nur sagen: Betreiben Sie die in Zukunft in Tübingen, Herr Palmer, aber in Stuttgart betreiben sie die mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum dreimal mehr ausgeben für noch weniger Kapazität?)

Die Strategie, Herr Palmer – das müssten Sie eigentlich auch wissen –, ist beim Thema „Fernverkehr der Bahn“ doch eigentlich ganz einfach. Mehdorn sagt immer, etwas zugespitzt: „Ich brauche schnelle Verbindungen und schöne Bahnhöfe.“ Wenn Sie sich einmal selbst fragen, wann Sie mit der Bahn fahren und wann Sie sich gegen die Bahn als Verkehrsmittel entscheiden, dann sehen Sie doch, dass der Faktor Zeit das entscheidende Kriterium ist. Deshalb fährt man nach Möglichkeit nicht unbedingt mit dem Zug etwa nach Berlin, weil man dann fünf oder sechs Stunden unterwegs ist.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Boris Palmer: Doch!)

– Herr Palmer, da Sie sonst nichts machen, haben Sie ja Zeit.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

Aber es gibt andere, die möglicherweise berufstätig sind; das soll ja auch vorkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn ich Ihr Zeitbudget hätte, würde ich auch den ganzen Tag Zug fahren.

(Unruhe – Abg. Norbert Zeller SPD: Werden Sie doch einmal niveauvoller! Das ist unterstes Niveau, was Sie da bringen! – Weitere Zurufe)

Tatsache ist: Die Geschwindigkeit ist der entscheidende Punkt. Klar ist – und das wissen Sie -: Wenn Sie Stuttgart 21 nicht verwirklichen und praktisch Dinge einschleifen müssen, wie es jetzt der Fall ist, dann bekommen Sie die Wirtschaftlichkeit, nicht zuletzt aufgrund der Zeitfrage, nicht hin.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Deshalb kann ich nur sagen: Hören Sie endlich auf, ein Projekt zu bremsen, das entschieden war und ist und in das in

(Stefan Mappus)

der Zwischenzeit über 300 Millionen € an Planungskosten investiert wurden,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war der größte Blödsinn!)

mit dessen Bau nun begonnen werden kann. Hören Sie endlich auf, dieses Zukunftsprojekt kaputtzureden. Lassen Sie uns in die Umsetzung gehen, damit das Land Baden-Württemberg im Bereich des Schienenpersonenfernverkehrs auch in Zukunft Spitze ist. Wir brauchen dieses Projekt mit Blick auf die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Wette für das Jahr 2006 haben Sie jedenfalls verloren!)

Ich möchte zum Schluss noch das Thema Finanzen ansprechen. Herr Kretschmann, niemand hat gesagt, dass wir mit einer höheren Mehrwertsteuer und mit einigen kleinen Maßnahmen im Übrigen quasi die Nullverschuldung erreichen. Sie dürfen mir glauben, dass wir sehr genau wissen, dass wir in diesem Bereich in den nächsten Jahren Dinge tun müssen, die wehtun. Deshalb habe ich eingangs auch gesagt, dass ich davon ausgehe, dass auch Vorschläge kommen – und zwar umsetzbare Vorschläge und nicht nur Kontraargumente –, wenn es um entsprechende Maßnahmen in den nächsten Jahren geht.

Aber Tatsache ist: Frau Vogt hat hierfür keine Vorschläge gemacht. Sie hat allerdings einen Vorschlag gemacht, der uns eine dreistellige Millionensumme kosten würde. Frau Vogt, Sie haben bei der Anführung des vermeintlichen Positivbeispiels des Herrn Ministerpräsidenten Beck in Rheinland-Pfalz gesagt, er habe weder gezaudert noch gezögert, sondern habe kurz einmal die Kindergartengebühren abgeschafft; dort darf jetzt also jedes Kind umsonst in den Kindergarten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Rheinland-Pfalz ist schon ein Kinderland, im Gegensatz zu Baden-Württemberg!)

Das ist eine tolle Sache. Meine Damen und Herren, natürlich ist das schön, klar. Jeder ist froh, wenn er für eine bestimmte Leistung nichts zahlen muss.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Baden-Württemberg zahlt das!)

Aber jetzt frage ich Sie einmal: Ist es eigentlich sozial gerecht, dass der Chefarzt, der Fraktionsvorsitzende, der leitende Angestellte – oder wer auch immer – die 70, 80 oder 90 €, die er zahlt, damit sein Kind im Kindergarten versorgt wird, einspart, während wir an anderer Stelle kein Geld haben?

(Abg. Ute Vogt SPD: Mit diesem Argument können Sie auch wieder Schulgebühren einführen!)

Und das ausgerechnet in einem Land, das durch das Land Baden-Württemberg über den Länderfinanzausgleich quasi eine Mund-zu-Mund-Beatmung erfährt! Das kann doch, mit Verlaub, kein Positivbeispiel sein!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir – –

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: War das ein Plädoyer für Schulgeld?)

– Das war jetzt, mit Verlaub, kein besonders intelligenter Beitrag, weil es für den Kindergarten kein Schulgeld gibt und weil von der Schule überhaupt niemand gesprochen hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Kindergarten ist eine Bildungseinrichtung!)

Sie wissen ganz genau, dass ein solcher Vergleich völlig daneben liegt. Sie müssen einen Deckungsvorschlag machen. Wenn Sie einen Vorschlag machen, der das Land eine dreistellige Millionensumme kosten würde und bei dem es entweder die Möglichkeit gibt, dass die Kommunen dies bezahlen, oder die, dass das Land dafür aufkommt, dann sollten Sie angesichts der Haushaltslage und der überhaupt noch bestehenden Investitionsmöglichkeiten einen Vorschlag machen, wie das gelingen kann. Einen solchen Vorschlag aber haben Sie nicht gemacht, und auch wir haben ihn nicht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wollen es nicht!)

Deshalb ist die Lösung ganz einfach: Wir brauchen einen Weg, über den wir erreichen, dass möglichst alle Kinder in den Kindergarten gehen, etwa in Form einer wie auch immer gearteten Kindergartenpflicht, vor allem für das letzte Jahr. Aber eine Gebührenfreiheit à la Rheinland-Pfalz – das sage ich Ihnen ganz offen – ist nicht finanzierbar. Ein solcher Vorschlag ist blinder Populismus, und deshalb halte ich es für nicht in Ordnung, wenn Sie das heute so präsentieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeller?

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Von Herrn Zeller immer gerne.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte schön, Herr Zeller.

**Abg. Norbert Zeller** SPD: Herr Mappus, ich will trotzdem noch einmal auf Folgendes zurückkommen: Nach Ihrer Logik müssten eigentlich Chefärzte, Rechtsanwälte, Fraktionsvorsitzende und Angehörige ähnlicher Berufsgruppen auch ein Schulgeld bezahlen und könnten ihr Kind nicht weiter kostenlos zur Schule schicken.

(Zuruf von der CDU: Wo ist da die Frage?)

Zum Zweiten: Ist Ihnen vielleicht schon einmal der Gedanke gekommen, dass die Gebührenfreiheit für den Kindergartenbesuch über die Steuerpolitik finanziert werden kann? Wer viel verdient, der muss auch mehr bezahlen – das wäre die gerechtere Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Frage! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das ist doch schon so!)

**Abg. Stefan Mappus** CDU: Schauen Sie, Herr Zeller: Ihr letzter Punkt ist genau die gleiche – Entschuldigung – unehrliche Diskussion, wie sie im Moment bei der Gesundheitsreform geführt wird. Da ist immer das übliche populistische Argument, die gleiche sozialistische Leier zu hören

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

– ja, das ist so –: „Wir schaffen die Gebühren ab und machen es über eine Steuerfinanzierung, damit die, die mehr verdienen, das alles bezahlen, weil es ihnen keine Probleme bereitet.“ Das ist immer die gleiche Nummer.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das war doch gerade Ihr Argument!)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: In diesem Staat zahlen diejenigen, die gut verdienen, deutlich mehr Steuern als andere.

Übrigens: Wenn Sie sich einmal ein bisschen in der Kommunalpolitik umschauen, dann erkennen Sie ganz genau, dass das Thema Kindergarten nicht an der Kindergartengebühr scheitert – in keiner Stadt, in Pforzheim nicht – das wissen Sie nicht, Frau Vogt, weil Sie eher peripher dort sind –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oh, Herr Mappus! – Abg. Reinhold Gall SPD: Woher wissen Sie das denn?)

und in anderen Städten auch nicht, weil es schlicht und ergreifend so ist, dass dort, wo es entsprechende Möglichkeiten gibt, für diejenigen, die wenig Geld haben, auch Rabatte möglich sind.

Klar ist: Niemand ist für Schulgeld. Aber ich halte nichts davon, wenn Sie einen Vorschlag machen, der das Land Baden-Württemberg eine dreistellige Millionensumme kosten würde und gleichzeitig sagen: Wir müssen jetzt endlich einmal sparen und die Nullverschuldung erreichen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben Sie das mit Ihrem Ministerpräsidenten besprochen? Der war auch dafür!)

Das ist unsolid und unehrlich, und deshalb lehnen wir diesen Vorschlag ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Vor der Wahl hat Herr Oettinger auch darüber gesprochen! Das war halt vor der Wahl!)

Meine Damen und Herren, unterm Strich: Ich bin der Überzeugung, dass diese Regierungserklärung die entscheidenden Punkte für die nächsten Jahre nicht nur dargestellt hat, sondern – ich habe es eingangs gesagt – dass vor allem in einem Punkt sich eine Form von Mut abzeichnet,

(Abg. Ute Vogt SPD: „Eine Form von Mut“!)

wie sie wahrscheinlich nicht allzu oft da war. Das Ziel „Nullneverschuldung im Jahr 2011“ ist verdammt ehrgeizig. Wir werden es nur schaffen, wenn wir nach Möglichkeit gemeinsam Maßnahmen ergreifen, die nicht einfach sein werden

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Ich würde sagen, es ist geradezu tollkühn!)

und die wehtun, die aber vor allem dadurch gekennzeichnet sind, dass man nicht einerseits vom Sparen redet und andererseits ständig das Blaue vom Himmel herunter verspricht und ständig Mehrkosten produziert. So kommt man mit Sicherheit nicht ans Ziel. Wir wollen im Jahr 2011 den Erfolg haben.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Ursula Haußmann SPD)

Deshalb werden wir in dieser Richtung arbeiten, und deshalb werden die Fraktionen von CDU und FDP/DVP alles dafür tun, dass die Regierung dieses Ziel erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Tagesordnungspunkt 1 ist deshalb erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

#### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes unterrichtet das Innenministerium in Abständen von höchstens sechs Monaten ein Gremium, das aus fünf vom Landtag bestimmten Abgeordneten besteht, über die Durchführung des Artikel-10-Gesetzes, soweit sie von ihm zu verantworten ist.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht der CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht für drei und der SPD-Fraktion für zwei Mitglieder des Gremiums zu. Dazu sollen acht Stellvertreter gewählt werden. Eine gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD liegt Ihnen auf Ihren Tischen vor (*Anlage 2*). – Sie stimmen dem Wahlvorschlag zu.

(Widerspruch bei den Grünen)

– Dann müssen wir abstimmen. Wer für den Wahlvorschlag ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Wahlvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich erteile Frau Abg. Bauer für eine Erklärung zur Abstimmung das Wort.

**Abg. Theresia Bauer** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will kurz erläutern, warum sich die Fraktion GRÜNE soeben bei der Abstimmung enthalten hat.

Wir sind als drittstärkste Fraktion in diesem Gremium, das vom Grundgesetz vorgesehen ist, nicht vertreten. Es geht ja bei dem Gremium nicht um irgendetwas, sondern es geht um die Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit des Brief- und Fernmeldegeheimnisses, und es geht in diesem Gremium um die parlamentarische Kontrolle von Geheimdienstaktivitäten.

(Theresia Bauer)

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass wir als drittgrößte Fraktion in diesem Gremium nicht vertreten sind. Die viertgrößte Fraktion, die FDP/DVP, ist darin vertreten, weil die CDU die Freundlichkeit besaß, einen ihrer Sitze an die FDP/DVP-Fraktion abzutreten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich frage mich, was das mit Freundlichkeit zu tun hat!)

Diese Freundlichkeit hat früher auch die SPD gegenüber den Grünen besessen. Dieses Mal war das nicht der Fall.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Aber es kann heute nicht darum gehen, ob eine große Fraktion so nett ist, einer kleinen Fraktion einen Sitz abzutreten. Es geht darum,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dass in einem so wichtigen Kontrollgremium alle demokratischen Fraktionen eines Hauses vertreten sein müssen. Wir können nicht hinnehmen und nicht zulassen, dass da immer in einer Art Kuhhandel oder einer permanenten Umgehung unseres d'Hondt'schen Verfahrens den kleinen Fraktionen gnadenhalber ein Sitz abgegeben wird.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir wollen, dass sich die Zusammensetzung dieses Gremiums verändert, und verlangen für die Zukunft ein Grundmandat für alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses. Auch das, sehr geehrter Herr Mappus, zählen wir zu den Themen der Parlamentsreform, die wir umgehend angehen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Punkt 2 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

#### **Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes wird bestimmt, dass das Innenministerium unverzüglich eine Kommission über die von ihm angeordneten Beschränkungsmaßnahmen unterrichtet. Die Kommission besteht nach § 2 Abs. 5 des Ausführungsgesetzes aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und zwei Beisitzern. Sie wird für die Dauer einer Wahlperiode bestellt. Gleichzeitig ist für jedes Mitglied der Kommission ein Stellvertreter zu wählen.

Nach § 17 a Abs. 2 der Geschäftsordnung steht das Vorschlagsrecht der CDU-Fraktion für zwei Mitglieder und

zwei Stellvertreter und der SPD-Fraktion für ein Mitglied und einen Stellvertreter zu. Auch hierzu liegt auf Ihren Tischen ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (*Anlage 3*). Ich darf feststellen, dass Sie dem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses**

Meine Damen und Herren, der Landtag hat nach dem Landesrichtergesetz sechs Abgeordnete und die gleiche Zahl von Stellvertretern sowie einen Vertreter der Rechtsanwaltschaft und dessen Stellvertreter in den Richterwahlausschuss zu wählen.

Wir wählen zunächst nach § 47 des Landesrichtergesetzes die Abgeordneten und ihre Stellvertreter. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der SPD haben sich interfraktionell auf einen Wahlvorschlag geeinigt, der Ihnen vorliegt (*Anlage 4*). Ich schlage vor, zunächst über diesen Wahlvorschlag abzustimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit einstimmig beschlossen.

Außerdem hat der Landtag nach § 50 des Landesrichtergesetzes auf Vorschlag der Rechtsanwaltskammern einen Vertreter der Rechtsanwaltschaft und dessen Stellvertreter in den Richterwahlausschuss zu wählen. Alle vier Rechtsanwaltskammern des Landes schlagen Ihnen als Mitglied Herrn Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer und als Stellvertreter Herrn Rechtsanwalt Dr. Eckhart Lohbeck vor.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Muss man da Eckhart heißen?)

Ein entsprechender Wahlvorschlag liegt Ihnen ebenfalls vor (*Anlage 5*). Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist der Vorschlag einstimmig angenommen. Vielen Dank.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Zehn Minuten nach Schluss der heutigen Plenarsitzung trifft sich der Ständige Ausschuss zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Beratung im Friedrich-Ebert-Saal.

Die nächste Plenarsitzung findet morgen, Donnerstag, 29. Juni 2006, um 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung hierzu liegt Ihnen vor.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall des Abg. Dr. Nils Schmid SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gute Jungferrede!)

**Schluss: 14:49 Uhr**

## Vorschlag

der Fraktion der SPD

### Umsetzung im Europaausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Europaausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Winkler Rivoir	Rivoir Winkler

28. 06. 2006

Ute Vogt und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP
-----	-----	-------	---------

---

#### Mitglieder:

Blenke Pauli	Braun Junginger		Dr. Wetzel
-----------------	--------------------	--	------------

#### stellvertretende Mitglieder:

Herrmann Lazarus Rüeck Schneider	Sakellariou Stickelberger	Oelmayer	Kluck
---	------------------------------	----------	-------

28. 06. 2006

Stefan Mappus und Fraktion  
Ute Vogt und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

SPD

---

Mitglieder:

Hans-Michael Bender  
Ekkehard Kiesswetter

Dr. Helmut Münch

stellvertretende Mitglieder:

Günter Fehringer  
Franz Longin

Dr. Frank Haenschke

28. 06. 2006

Stefan Mappus und Fraktion  
Ute Vogt und Fraktion

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### Wahl von Abgeordneten zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP
-----	-----	-------	---------

---

#### Mitglieder:

Herrmann	Junginger		Dr. Wetzel
Mack	Stickelberger		
Dr. Schüle			

#### stellvertretende Mitglieder:

Blenke	Bayer		Kluck
Hitzler	Drexler		
Hollenbach			

28. 06. 2006

Stefan Mappus und Fraktion  
Ute Vogt und Fraktion

## **Gemeinsamer Wahlvorschlag**

der Rechtsanwaltskammern

### **Wahl von Vertretern der Rechtsanwaltschaft zum Mitglied und zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

M i t g l i e d :

Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer,  
Gartenstraße 1, 88212 Ravensburg

s t e l l v e r t r e t e n d e s M i t g l i e d :

Rechtsanwalt Dr. Eckhart Lohbeck,  
Moltkestraße 10, 74072 Heilbronn

28. 06. 2006